

Sanem Kleff  
Eberhard Seidel

# *Stadt der Vielfalt*

Das Entstehen des neuen Berlin  
durch Migration



# **Stadt der Vielfalt**

**Das Entstehen des neuen Berlin durch Migration**

## **Impressum:**

Herausgeber:

Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration  
und Migration

Potsdamer Straße 65

10785 Berlin – Mitte

Telefon: (030) 9017-2351

Telefax: (030) 9017-2320

E-Mail: [Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de](mailto:Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de)

Internet: [www.integrationsbeauftragter.berlin.de](http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de)

Konzeption und Text:

Sanem Kleff

Eberhard Seidel

Titelfoto:

Barbara Dietl

Lektorat:

Bernd Cornely

Umschlaggestaltung:

Karin Schulz-Windschügl

Satz, Layout, Druck:

MercedesDruck

Berlin, November 2008

Copyright © 2009 Der Beauftragte des Senats von Berlin für  
Integration und Migration

**ISBN: 978-3-938352-38-0**

# Inhalt

Vorwort .....	5
Einleitung .....	9
1 Die Stadt der Einwanderer .....	12
Die Einwanderung der frühen Jahre (1671 – 1933)	13
Die Stadt der Zwangsmigration (1933 – 1945) .....	22
Die Stadt der Deutschen (1945 – 1964) .....	25
Der Mauerbau und seine Folgen (1961 – 2008) .....	27
2 Auf den Spuren der Vielfalt .....	31
Bildungsreise durch Neukölln .....	31
Das Ende der Illusionen .....	36
Blickwechsel .....	38
Ein Blick von außen .....	40
Das Ungleichgewicht zwischen Osten und Westen .....	42
Indikatoren der Vielfalt .....	46
3 Das Entstehen des neuen Berlin .....	58
Die Arbeitsmigranten .....	59
Fluchtpunkt Berlin .....	81
Ausländer in der DDR und Ost-Berlin .....	93
Die (Spät-)Aussiedler .....	106
Jüdische Kontingentflüchtlinge .....	111
Die Dienstleister .....	117

4 Das neue Berlin .....	120
Jugendliche Landnahme .....	121
Politische Partizipation .....	127
Der Arbeitsmarkt .....	132
Bildung und Migration .....	139
Migration und Kultur .....	147
Die spirituelle Stadt .....	154
5 Streitpunkte .....	161
Der Mythos vom Multikulti-Irrtum .....	162
Die Gewalt im Namen der Ehre .....	167
Die Ausländerkriminalität .....	174
Mediale Vielfalt oder mediale Parallelgesellschaft? .....	179
Ideologien der Ungleichwertigkeit .....	187
6 Ein Ausblick .....	194
Materialien .....	197
Die Autoren .....	199

## Vorwort

Deutschland ist Einwanderungsland, Berlin ist Einwanderungsstadt – es hat lange gedauert, bis sich diese Tatsache im Bewusstsein von Politik, Medien und Bevölkerung durchgesetzt hat.

Lange hat sich die Einstellung gehalten, die deutsche Kultur sei etwas Homogenes und Zuwanderer blieben auch nach mehreren Generationen eigentlich „Gastarbeiter“. Man ging davon aus, sie würden irgendwann in ihre „Heimat“ zurückkehren.

Dabei würde ein Zeitsprung zurück in die 50er oder 60 Jahre des vergangenen Jahrhunderts deutlich vor Augen führen, wie stark die Einwanderung alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen und der vermeintlich deutschen Kultur ihren Stempel aufgedrückt hat.

Aber warum wurde das so lange aus der öffentlichen Wahrnehmung ausgeblendet?

Kaum ein anderes Land hat einen solchen Bruch in der Geschichte erlebt wie Deutschland. Die Jahre der Nazidiktatur und ihrer Rassen- und Ausrottungspolitik haben die Verbindung zu anderen Nationen gekappt und Erfahrungen verschüttet, die es im Zusammenleben verschiedener Nationalitäten und Religionen gab. Im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern konnte Deutschland in West und Ost erst mit erheblicher Verspätung wieder den Umgang

mit ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt erlernen.

Dabei war gerade Berlin schon immer eine Stadt der Einwanderung und hat erlebt, wie lange Integrationsprozesse dauern können. Soll die Integration der Einwanderer gelingen, ist vor allem die Bereitschaft wichtig, sie nicht nur zu dulden, sondern ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die kulturelle oder religiöse Vielfalt, die Migrantinnen und Migranten einbringen, ist dabei nicht das Problem. Im Gegenteil: das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus ganz unterschiedlichen Kulturkreisen kann im Alltag manchmal anstrengend sein, es ist aber auch eine reiche Ressource, aus der Kultur und Wirtschaft schöpfen. Berlin bekennt sich heute klar und deutlich dazu, dass Vielfalt keine Gefahr ist sondern demokratische Er rungenschaft.

Allerdings beobachten wir, dass unsere Gesellschaft angesichts von Arbeitslosigkeit und sozialen Ausgrenzungsprozessen auseinanderdriftet. Die Schere zwischen denen, die in der Gesellschaft enorm erfolgreich sind, und denen, die vom Absturz bedroht sind oder denen nie ein Aufstieg gelingen konnte, klafft immer weiter auseinander. Migrantinnen und Migranten, denen der soziale Aufstieg früher über den Arbeitsplatz gelang, sind von dieser Entwicklung besonders betroffen.

Hier gegenzusteuern und die gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten zu verbessern – das ist die Kernaufgabe der Integrationspolitik. Nicht zuletzt ist „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ auch das Leitmotiv des Berliner Integrationskonzepts.

Unsere Gesellschaft lässt sich nicht mehr ethnisch aufdröseln in „die“ und „die“. Auch „die“ sind längst Teil der Gesellschaft und erwarten gleiche Chancen. Erst recht in einer Stadt wie Berlin, in der ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat. Die demographische Entwicklung ist eindeutig, der Migrationshintergrund hat sich schon längst vom Hintergrund zum Fundament des neuen Berlin gewandelt.

Eberhard Seidel und Sanem Kleff sind ausgewiesene Kenner auf dem Gebiet von Einwanderung und Integration. Sie zeichnen in der vorliegenden Arbeit den Verlauf der verschiedenen Migrationswellen nach Berlin nach und beleuchten, wo die Potenziale und wo die Probleme der modernen Einwanderungsstadt liegen.

Ich hoffe, dass dieser Überblick über das Entstehen des neuen Berlin einen Beitrag zur Versachlichung der integrationspolitischen Debatte leistet.

Einwanderung geschieht und verändert die Stadt. Wie sehr sie die Stadt bereichert, geht in den hitzigen

Debatten um die durchaus vorhandenen Probleme häufig verloren. In Deutschland fehlt bislang eine Tradition, die Einwanderung als Teil der eigenen Geschichte betrachtet und nicht nur als ein Schicksal, das über das Land hereinbricht und dem die Menschen hilflos ausgesetzt sind.

Dieses Buch möchte die Geschichtsschreibung der jüngeren Vergangenheit über Teilung und Wiedervereinigung der Stadt ergänzen. Es richtet sich an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, vor allem auch an die Schülerinnen und Schüler.

Dr. Heidi Knake-Werner

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

## Einleitung

Eine Stadt ohne Einwanderung ist wie ein stehendes Gewässer – modrig. Erst der stete Zustrom aktiver und beweglicher Neubürger entfesselt die Dynamik von Stadtgesellschaften. Bislang unbekannt Qualifikationen, neue kulturelle Anregungen, überraschende Perspektiven – auf diese Produktivkräfte kann keine Metropole verzichten. Wer sich selbst genug ist, riskiert Stillstand und das ökonomische und kulturelle Aus. Als Stadt von internationalem Rang existiert Berlin nur Dank der Zuwanderung von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, Nationalität und Religion. Über lange Phasen der Berliner Geschichte war das der Normalfall. Hugenotten, Böhmen, Polen, Russen und die jüdischen Zuwanderer – sie alle leisteten bis 1933 wertvolle Beiträge zur Entwicklung des alten Berlin.

Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus haben dieses Wissen vorübergehend aus dem Bewusstsein vieler Menschen getilgt. Jahrzehnte der Abschottung mündeten zumindest in Ost-Berlin in Provinzialität und wirtschaftliche Stagnation. Es war der Versuch, Zukunft weitgehend ohne Migration zu gestalten. Das Ergebnis: Noch vor fünfzig Jahren war Berlin eine durch und durch deutsche Stadt. Man sprach deutsch, aß deutsch, dachte deutsch. Die Biographien der Menschen waren fast ausnahmslos in der

deutschen Geschichte verankert. Heute ist das anders. Die Wurzeln eines Viertels der Berliner liegen in Polen, Russland, der Türkei, dem Nahen Osten, dem Balkan und am Mittelmeer. Sie haben ihre eigenen Erzählungen, Werte und Lebensentwürfe mitgebracht. Entstanden ist ein neuer Großstadtmix, das neue Berlin.

Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte waren die Bewohner Berlins vielfältiger als heute. Wie tiefgreifend die Migranten Berlin seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts verändert haben, ist nur wenigen in der ganzen Tragweite bewusst. Dieses Buch ist ein Versuch, das Werden des neuen Berlin durch Migration zu erzählen.

Im ersten Kapitel beschreiben wir in einem historischen Rückblick die großen Einwanderungswellen zwischen 1671 und 1945. Im zweiten nähern wir uns in einem Streifzug durch Neukölln und Berlin-Mitte der heutigen Stadt der Vielfalt an und beantworten die Frage: Ist Berlin wirklich die Hauptstadt der Einwanderung in Deutschland? In Kapitel Drei stellen wir die wichtigsten Einwanderergruppen der Nachkriegszeit vor. Es beantwortet die Fragen, warum und auf welchem Weg sie gekommen sind und welche wirtschaftspolitischen Entscheidungen und internationale Krisen hinter der Einwanderung stehen. In Kapitel Vier betrachten wir am Beispiel der Jugend, der Politik und Wirtschaft, des kulturellen Lebens

und der spirituellen Angebote den schwierigen Weg der Integration. In Kapitel Fünf gibt es Kontroverse satt, denn die Einwanderungsgesellschaft ist nicht nur eine Gesellschaft der Kreativität und Vitalität, sondern auch eine des Konflikts. Hier finden Sie alles zu Integration und Desintegration, zu Predigern der Ungleichheit und zu Gewalt der Ehre, zu Ausländerkriminalität und zu Parallelwelten. Zum Abschluss widmen wir uns in einem Ausblick dem Integrationskonzept „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“, einer umfassenden Antwort des Berliner Senats auf die in diesem Buch geschilderten Herausforderungen.

# 1 Die Stadt der Einwanderer

Berlin ist eine der faszinierendsten Städte der Welt. Hochkarätige Kulturmetropole, Zentrum der Politik, Nukleus der Weltgeschichte.

So sehen die Berliner ihre Stadt: „Berlin ist offen für Menschen aus aller Welt. Sie sind hier willkommen. Internationalität und Vielfalt sind eine große Chance für Berlin.“<sup>1</sup> Kaum einer, der dieser Beschreibung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, widersprechen würde.

Provinzialität, Abweisung und Abschottung kann sich die Hauptstadt eines Landes, das vom Export seiner Waren lebt, nicht leisten.

Und wer in Kunst, Kultur und Wissenschaften gerne in der ersten Liga spielen möchte, ist auf Offenheit, Internationalität und vielfältigen menschlichen Austausch angewiesen.

Berlin versteht sich heute als das kosmopolitische Zentrum Deutschlands; als Stadt, die wie keine zweite im Land von Einwanderung geprägt ist. Es war ein langer Weg, bis dieses Selbstverständnis von der Mehrheit der Bürger geteilt wurde.

Noch Mitte des 17. Jahrhunderts war Berlin nicht mehr als ein zu groß geratenes Dorf mit einer kur-

---

<sup>1</sup> Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hrsg.), *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept*, Berlin 2007, Grußwort

fürstlichen Residenz in der Mark Brandenburg. Nur wenig mehr als 4.000 Menschen lebten hier nach den Wirren des Dreißigjährigen Krieges (1618 – 1648), nach Mord und Totschlag, Seuchen, Vertreibung und Hungersnöten. Zu wenige für ein entwickeltes geistiges und wirtschaftliches Leben. Das blühte in anderen Städten. In Paris und Istanbul mit seinen mehr als 700.000 Einwohnern, in Neapel, London und Wien.

### **Die Einwanderung der frühen Jahre: 1671 – 1933**

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begann Friedrich Wilhelm, der „Große Kurfürst“, engagiert um Einwanderer zu werben. Leicht war das nicht. Warum sollte jemand ins ärmliche Berlin übersiedeln, wo es doch so viele andere prosperierende Regionen in Europa gab?

Vor allem für Glaubensflüchtlinge aus ganz Europa wurde Berlin in den folgenden Jahrzehnten zu einer attraktiven Adresse. Ab 1671 kamen fünfzig jüdische Familien, die Leopold I. aus Wien vertrieben hatte. Friedrich Wilhelm bot ihnen an, sich zur „Beförderung des Handels und Wandels“ in dem während des

Dreißigjährigen Kriegs ruinierten Brandenburg niederzulassen.<sup>2</sup>

Sie gründeten die Jüdische Gemeinde neu, nachdem die brandenburgischen Juden 1573, nach 300 Jahren der Verfolgung, „auf ewige Zeiten“ aus der Mark und Berlin vertrieben worden waren. Die jüdischen Siedler waren auch im 17. Jahrhundert mehr geduldet als willkommen. Sie lebten außerhalb des juristisch-sozialen Systems der Ständegesellschaft. Die Zünfte blieben ihnen versperrt und sie mussten eine jährliche Schutzgebühr bezahlen; wollten sie heiraten, war ebenfalls eine Gebühr zu entrichten.

Den Wiener Juden folgten im ausgehenden 17. und dem frühen 18. Jahrhundert weitere jüdische Zuwanderer aus Brandenburg-Preußen und anderen deutschsprachigen Gebieten. Der Bau von Synagogen war ihnen zunächst verboten; erst 43 Jahre später, am 7. September 1714, konnte in der Heidereutergasse in Berlin-Mitte die erste Synagoge eingeweiht werden. Sie war in den Boden eingelassen, weil sie die umliegenden Gebäude nicht überragen durfte. Die Auflage erinnert an Auseinandersetzungen 300 Jahre später. Diesmal geht der Streit darum: Welchen Platz und welche Höhe wollen wir den Moscheen zugestehen?

---

<sup>2</sup> Brigitte Scheiger, *Juden in Berlin*, in: Stefi Jersch-Wenzel/Barbara John (Hrsg.), *Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin*, Berlin 1990, S. 158 ff.

Besser erging es den Hugenotten, den in Frankreich verfolgten Protestanten. Mit Privilegien, kostenlosem Bauland, Baumaterialien und kostenfreien Bürgerrechten lockte der Regent die Glaubensschwester und -brüder ins protestantische Berlin. Mehr als 6.000 kamen von 1685 bis 1700 und stellten damit bereits 20 Prozent der Stadtbevölkerung. Im 18. Jahrhundert wanderten weitere Protestanten ein – diesmal aus Böhmen. Böhmisches-Rixdorf, im heutigen Stadtteil Neukölln gelegen, wurde von ihnen gegründet.

Mit den Hugenotten entwickelte sich im 17. und 18. Jahrhundert ein „französisches Berlin“. Nicht nur die Französische Straße, der Gendarmenmarkt und die Bellevuestraße erinnern an diese Zeit. Die Einwanderer bauten ihre eigenen Kirchen, den französischen Dom, ein Spital, einen Friedhof und eine Schule – das „Collège Français“. Französisch war zu jener Zeit nicht nur die Sprache der Verständigung in Europa, sondern auch die Verkehrssprache der gebildeten Stände in Berlin und auch am preußischen Hof. Bis heute ist der Berliner Jargon vom Französischen durchdrungen. Das etwas aus der Mode gekommene „totschick“ meint nichts anderes als „tout chic“, und auch das Berliner Nationalgericht, die „Bulette“, ist aus dem französischen „Boulette“ („Fleischkügelchen“) abgeleitet. Und bis heute läuft der echte Berli-

ner, wenn er sich die Beine vertreten möchte, nicht um den Block, sondern ums Karree.<sup>3</sup>

## Die russisch-jüdische Einwanderung

Zwischen 1881 und 1914 verließen rund zweieinhalb Millionen Juden Russland, Galizien und Rumänien. Der Grund: Unter den Zaren Alexander III. und Nikolai II. kam es zu einer Welle von Pogromen – von der Presse gestützt und von der Polizei geduldet. Knapp 65.000 der emigrierten Juden Osteuropas ließen sich im Deutschen Reich nieder, davon rund 19.000 in Berlin.<sup>4</sup> Es ist der Beginn der Erzählung des russischen Berlin.

Nach dem Ersten Weltkrieg (1914–1918) und der Oktoberrevolution (1917) kam es erneut zu einer Masseneinwanderung aus Russland. 2,5 Millionen Menschen flüchteten vor den neuen Machthabern, unter ihnen vor allem Angehörige der politischen, wirtschaftlichen, geistigen und der künstlerischen Eliten. Bis zu 700.000 Russen suchten im Deutschen Reich Asyl. Im Juni 1923 sollen sich mindestens

---

<sup>3</sup> Einen guten Einblick in die Einflüsse des Französischen in den Berliner Jargon gibt Ewald Harndt, *Französisch im Berliner Jargon*, Berlin 1978

<sup>4</sup> Brigitte Scheiger, *Juden in Berlin*, a.a.O., S. 417 ff.

360.000 Russen in Berlin aufgehalten haben – unter ihnen auch viele Juden.

Die osteuropäisch-jüdischen Einwanderer teilten sich in den 1920er und 1930er Jahren in vier Sprachwelten: „Das liberale, weltoffene Bürgertum sprach Russisch oder Deutsch und lebte im Westen. Die ärmeren Juden und Orthodoxen blieben im Scheunenviertel und in der Spandauer Vorstadt und verständigten sich auf Jiddisch. Die zionistischen Literaten schließlich lebten in Friedenau und sprachen Hebräisch.“<sup>5</sup>

Das „Scheunenviertel“ war das soziale Brennpunktgebiet der 1920er Jahre. Ein Drittel der Bewohner waren jüdische Migranten aus Osteuropa. „Sie teilten sich den engen Raum mit ihren nichtjüdischen Nachbarn; mit Arbeitern, Dienstmädchen, Handelshilfen, Bettlern, Kriminellen und Prostituierten.“<sup>6</sup> Innerhalb der Berliner Bevölkerung hatte das Scheunenviertel in der Weimarer Republik einen denkbar schlechten Ruf. Vor allem die orthodoxen Juden mit ihrem exotischen Äußeren und ihren religiösen Riten waren der Mehrheitsbevölkerung im Aussehen und Sozialverhalten fremd. Ein Teil der Bürger, vor allem aber rechtsextreme Parteien reagierten auf diese Pa-

---

<sup>5</sup> Christine Boldt, *Das Klein-Brooklyn von Berlin. Charlottengrad und Scheunenviertel: Osteuropäisch-jüdische Lebenswelten im Berlin der 1920er und 1930er Jahre*, in: *Der Tagesspiegel*, 19. April 2008, S. B1

<sup>6</sup> ebenda

rallelgesellschaft mit ähnlicher Abwehr und Empörung wie achtzig Jahre später gegenüber konservativ-orthodox muslimischen Milieus in Neukölln, Wedding oder Kreuzberg.

Das Pendant zum „Scheunenviertel“ war das „Russische Berlin“ in Charlottenburg rund um den Kurfürstendamm. Die Migranten nannten es schon bald „Charlottengrad“. Hier lebten vor allem die Zuwanderer, die in Folge der Oktoberrevolution nach Berlin kamen. Im Gegensatz zu den Migranten im „Scheunenviertel“ waren sie gebildet, viele hatten eine europäische Universität besucht. Aber auch dieses „Russische Berlin“ der Jahre 1917 bis 1923 war eine Parallelgesellschaft; sie sprach, dachte und lebte Russisch. Kaum jemand der Exilsuchenden war daran interessiert, Deutsch zu lernen oder sich in die Berliner Gesellschaft zu integrieren.

Zwischen 1918 und 1928 wurden in Berlin über 185 russische Verlage registriert, die Tausende russischsprachiger Titel und Dutzende von Zeitungen und Zeitschriften verlegten. Viele dieser gebildeten Russen lebten aus profanem Grund in Berlin: Die Stadt war in den Jahren der Inflation billig, vor allem wenn man über harte Devisen und Gold verfügte. Ab 1923, nach Ende der Inflation und der Währungsreform, verließ ein Großteil der russischen Kolonie Berlin, da nun das Leben ebenso teuer war wie in anderen europäischen Metropolen. Fünf Jahre später, 1928, leb-

ten von den 360.000 russischen Emigranten nur noch 75.000 in Berlin. In den Folgejahren, mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 und der sozialen Verelendung der Stadt, verließen weitere die Stadt.

## Die Arbeitsmigranten

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte Berlin eine stürmische wirtschaftliche Entwicklung. Neben der Textilindustrie boomten der Maschinenbau und die Metallindustrie und ab 1871 vor allem die Elektro- und die chemische Industrie. Riesige Werkhallen entstanden; hunderttausende von Arbeitskräften wurden benötigt. Sie strömten aus Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, aus Posen und Schlesien nach Berlin. Gemeinsam mit den entstehenden Mietskasernen prägen sie von nun an das Gesicht der Stadt.

Unter den Arbeitsmigranten befanden sich viele Polen. Durch die Teilung Polens lebten Ende des 19. Jahrhunderts über drei Millionen Polen in den Grenzen des deutschen Reiches; sie wurden als „preußische Untertanen polnischer Nationalität“ bezeichnet.<sup>7</sup> 1895 lebten bereits 1,7 Millionen Menschen in Berlin. 290.000 von ihnen waren nichtdeut-

---

<sup>7</sup> Gottfried Hartmann, *Polen in Berlin*, in: Jersch-Wenzel/John (Hrsg.), a.a.O., S. 598 ff.

scher Herkunft, die meisten davon Polen (130.000) und Russen (90.000 – 100.000). Das entsprach einem Ausländeranteil von 17 Prozent, heute beträgt dieser 14 Prozent. Bereits vor mehr als einhundert Jahren musste sich die Schule in Berlin mit mangelnden Deutschkenntnissen eines Teils ihrer Schüler herumschlagen, deren Muttersprache Polnisch, Sorbisch, Russisch oder Jiddisch war. Die Erinnerung an diese nicht ganz so neue Herausforderung für das Bildungssystem ist aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden.

Mit der Eingemeindung der Städte Charlottenburg, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau, Wilmersdorf und weiterer Landgemeinden und Gutsbezirke wurde 1920 die Einheitsgemeinde Großberlin gebildet. Damit vergrößerte sich die Fläche der Stadt von 66,93 auf 878,1 Quadratkilometer, die Einwohnerzahl verdoppelte sich auf 3,9 Millionen. Berlin wurde damit nach Los Angeles flächenmäßig zur zweitgrößten Stadt der Welt und nach der Einwohnerzahl – hinter London und New York – zur drittgrößten Stadt.

## **Einwohnerzahl Berlins:<sup>8</sup>**

1648	6.000
1685	17.000
1730	72.000
1800	172.122
1849	418.733
1900	1.888.848
1920	3.879.409
1930	4.332.834
1940	4.330.810
1945	2.807.405
1950	3.336.026
1960	3.274.016
1970	3.208.719
1980	3.048.759
1990	3.433.695
2000	3.382.169
2007	3.353.858

In weniger als 300 Jahren hat sich Berlin dank der stetigen Zuwanderung von einer Ackerstadt im sumpfigen Land zu einer der weltweit bedeutendsten Industriemetropolen mit rund vier Millionen Einwohnern entwickelt.

In den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war Berlin geistiges Zentrum Deutschlands, Hoch-

---

<sup>8</sup> Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

burg der Literatur, Avantgarde der Architektur, der schönen Künste, der Mode und der Filmindustrie. Eine dynamische, eine brodelnde Stadt mit dem modernsten Nahverkehr der Welt, dem verkehrsreichsten Platz – dem Potsdamer Platz. Berlin – das war die Moderne und ohne die Impulse des jüdischen Geisteslebens und der Einflüsse zum Beispiel der russischen und polnischen Exilkultur nicht denkbar. Eine Metropolis, die Neues, bislang Unerhörtes erschuf.

## **Die Stadt der Zwangsmigration (1933 – 1945)**

Anders als in New York ist Einwanderung in Berlin kein Prozess, der sich über die Jahrhunderte linear fortentwickelt. Durch die Ernennung Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler und die Übernahme der staatlichen Macht durch die Nationalsozialisten veränderte sich der Migrationsverlauf in Berlin grundlegend. Die Migration der Menschen wurde zu einem gewaltsamen, durch den Staat verordneten Akt. Neben der ethnischen Vertreibung hunderttausender Menschen wurden hunderttausende zur Migration nach Berlin gezwungen.

Die Zerstörung und Vernichtung der jüdischen Gemeinde Berlins mit ihren 160.000 Mitgliedern ist im kollektiven Gedächtnis verankert. Sondergesetze, die deutsche Juden ihrer Bürgerrechte beraubten, Terror

und alltäglicher Rassenhass vertrieben Zigtausende bereits vor der Vernichtung der europäischen Juden aus Berlin. Zum Beispiel den 1920 geborenen deutsch-polnischen Juden und späteren Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, der 1929 aus seiner polnischen Geburtsstadt Wloclawek nach Berlin übergesiedelt war. Seine Lehrerin verabschiedete ihn mit den Worten: „Du fährst, mein Sohn, in das Land der Kultur.“ Acht Jahre später, im Oktober 1938, wurde Reich-Ranicki in der so genannten „Polenaktion“ gemeinsam mit 17.000 jüdischen polnischen Staatsbürgern gewaltsam aus Deutschland ausgewiesen.

Trotz Fremdenhass und wahnhafter Überhöhung alles Deutschen: Zu keinem Zeitpunkt arbeiteten so viele Ausländer in Deutschland wie in den Jahren 1944 und 1945. „Über acht Millionen ausländische Zivilarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene aus zwanzig europäischen Ländern lebten im Sommer 1944 in über 30.000 Lagern im Reich.“<sup>9</sup> Über ein Drittel von ihnen waren Frauen und Mädchen. 85 Prozent der Frauen, die auch ihre Kinder mitbrachten, kamen aus der Sowjetunion und aus Polen. Bei Daimler-Benz arbeiteten sogar Neunjährige.

In Berlin stellten im August 1944 die 381.147 zwangsverpflichteten und zwangsverschleppten Ausländer-

---

<sup>9</sup> Berliner Geschichtswerkstatt, *Geschichte der NS-Zwangsarbeit in Berlin*, [www.berliner-geschichtswerkstatt.de/zwangsarbeit/geschichte.htm](http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/zwangsarbeit/geschichte.htm) (Stand: Januar 2008)

rInnen rund 28 Prozent aller Beschäftigten. Zum Vergleich: 2006 betrug der Anteil von AusländerInnen an den Beschäftigten in Berlin weniger als 7 Prozent. Bei AEG stellten sie 1944 sogar 60 Prozent der Belegschaft. Ein historischer Höchststand seit der Reichsgründung im Jahr 1871. Der im deutschen Sprachgebrauch verwendete Begriff „Fremdarbeiter“ beschönigt den Zwangscharakter des ganzen Systems. Fritz Saukel, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, erklärte 1944: „Von fünf Millionen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200.000 freiwillig gekommen.“<sup>10</sup>

„Alle AusländerInnen wurden streng überwacht durch einen rassistisch-bürokratischen Kontrollapparat aus Wehrmacht, Arbeitsamt, Werkschutz, SS und Gestapo. Sie wurden in zugige und verwanzte Baracken oder in überfüllte Gaststätten und Festsäle eingepfercht und miserabel gepflegt. (...) Viele Frauen litten unter zusätzlichen Schikanen wie Vergewaltigung und Zwangssterilisierung.“<sup>11</sup>

Dies war die Situation bis zur Befreiung Berlins durch die Rote Armee im April 1945.

---

<sup>10</sup> Robert W. Kempner in: Götz Aly u.a. (Hrsg.), *Herrenmenschen und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1933–1945* (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 3) Berlin 1986, S. 9.

<sup>11</sup> Berliner Geschichtswerkstatt, a.a.O.

## Die Stadt der Deutschen (1945 – 1964)

Zwanzig Jahre später, nach dem Rückfall in die Barbarei, nach Krieg und Völkermord, war Berlin nicht wiederzuerkennen. Die Spuren der Vielfalt des 19. und frühen 20. Jahrhunderts waren ausgelöscht.

Zu keinem Zeitpunkt seit Verkündung des Toleranzedikts im Jahre 1685 haben in Berlin weniger Angehörige von religiösen und ethnischen Minderheiten und Ausländer gelebt als in den fünfziger und frühen sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Weniger als ein Prozent betrug zu dieser Zeit der Ausländeranteil in der Stadt. Das gilt natürlich nur, wenn wir die Angehörigen der sowjetischen, englischen, amerikanischen und französischen Schutzmächte außer Acht lassen. Sie spielten zwar eine wichtige politische Rolle für die Stadt, aber sie lebten zurückgezogen in ihren Kasernen. Und allen war klar: Wir bleiben nur so lange in Berlin, wie es uns die Militärführung befiehlt. Organisierte Begegnungen wie das deutsch-französische und deutsch-amerikanische Volksfest sowie die deutsch-russischen Treffen brachten in jenen „urdeutschen Jahren“ zumindest einen Hauch von Internationalität an die Spree. Hamburger, Crêpe, Ketchup, Borschtsch-Suppe und American Ice-Cream erweiterten den Speise-

zettel. Und Radiosender wie die Welle der amerikanischen Armee AFN lieferten mit Rock 'n' Roll, Jazz und später der Popmusik den Soundtrack für ein neues, hedonistisches Lebensgefühl. Es wurde von der Jugend in beiden Teilen der Stadt ebenso begierig aufgegriffen wie Coca-Cola und Bluejeans.

Trotz dieser kulturellen Lichtblicke litt die einst glanzvolle Metropole an den Folgen des Nationalsozialismus und der deutschen Teilung. Hunderttausende West-Berliner verließen die Stadt Richtung Bundesrepublik Deutschland. Zu ungemütlich wurde das Leben in der Frontstadt, zu unsicher waren die beruflichen, politischen und wirtschaftlichen Perspektiven. Gleichzeitig suchten vertriebene Deutsche aus Ostpreußen, den Gebieten jenseits der Oder und Neiße und der Tschechoslowakei Zuflucht in der Stadt. 1950 lebten rund 150.000 Vertriebene in West-Berlin. Und hunderttausende Bürger der DDR flüchteten Richtung West-Berlin. 1960 kamen 200.000 aus dem Osten Deutschlands über die noch offenen Sektorengrenzen nach West-Berlin. Im Juli 1961, einen Monat vor dem Bau der Mauer, flüchteten über 30.000 DDR-Bürger nach West-Berlin, so viele wie nie seit 1953.

Viele zogen weiter gen Westen, nur wenige blieben in der Stadt. (West-)Berlin wurde zu einer Stadt des Transits.

## Einwohnerentwicklung Ost- und West-Berlin<sup>12</sup>

	Ost-Berlin	West-Berlin	davon Ausländer
1950	1.189.074	2.146.952	
1955	1.139.864	2.223.777	
1961	1.055.283	2.197.408	22.000 (1%)
1970	1.086.374	2.122.346	80.000 (3,8%)
1985	1.284.535	1.860.084	240.000 (12,9%)
1989	1.279.212	2.130.525	260.000 (12,2%)

## Der Mauerbau und seine Folgen (1961 – 2008)

Der Mauerbau am 13. August 1961 traf nicht nur die Menschen in beiden Teilen der Stadt wie ein Schock, sondern auch die West-Berliner Wirtschaft. Über Nacht wurde 56.283 Einpendlern aus Ost-Berlin, die bei den West-Berliner Arbeitsämtern registriert waren, und Tausenden nicht registrierter Arbeitskräfte der Zugang zu ihren Arbeitsplätzen im Westteil der Stadt versperrt. „So fehlten am 14. August rund 17.000 erfasste Arbeitnehmer der Metall- und Elektroberufe, 6.000 Bauleute, mehr als 5.000 Näherinnen und Schneiderinnen, rund 3.800 Verkäuferinnen und Kassiererinnen sowie 150 Krankenschwestern.“<sup>13</sup>

<sup>12</sup> Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

<sup>13</sup> Karl-Heinz Arnold, *Nach Abschottung die Zitterprämie*, in: *Berlinische Monatsschrift*, Heft 6/2001, S. 42

Das Wegbleiben der Ost-West-Pendler erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Bundesrepublik und West-Berlin der Weltöffentlichkeit gerade das „Wirtschaftswunder“ vorexerzierten. Flehend wandte sich die West-Berliner Industrie Richtung BRD. Mit mäßigem Erfolg. Die Berlinzulage („Zitterprämie“), ein Aufschlag von sechs Prozent auf den Nettolohn, lockte 1962 und 1963 nur etwas mehr als 40.000 westdeutsche Arbeitnehmer nach Berlin. Hinzu kamen ein paar Tausend junger Männer, die sich durch die Übersiedlung nach West-Berlin dem Dienst in der Bundeswehr entzogen.

Trotz dieser Zuwanderung war der Ausfall der Grenzgänger bis Mitte der sechziger Jahre noch nicht kompensiert. Denn gleichzeitig zogen Zigtausende junger und flexibler Arbeitskräfte nach West-Deutschland, da sie sich in der eingemauerten Stadt nicht mehr wohl fühlten. Sie waren im Westen Deutschlands hoch willkommen, da es hier schon viel früher als in Berlin an Arbeitskräften mangelte.

Um die Industrie mit den gewünschten Arbeitskräften zu versorgen und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen zu schwächen, schloss die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Kanzler Konrad Adenauer (CDU) mit zahlreichen Ländern Verträge zur Anwerbung von Arbeitskräften ab. Den Auftakt machte 1955 Italien.

Neun Jahre lang war diese Arbeitsmigration eine westdeutsche Entwicklung, West-Berlin blieb davon weitgehend unberührt. Das sollte sich 1964 schlagartig ändern.

1964 ist für die West-Berliner Wirtschaft das erfolgreichste Jahr der Nachkriegszeit – die Auftragsbücher sind gefüllt und die Betriebe erzielen Umsatzrekorde. Im Oktober 1964 stehen in West-Berlin 9.000 Arbeitslosen 20.000 offene Stellen gegenüber. „Aufgrund des Mauerbaus sank die Zahl der Beschäftigten von 322.548 auf 285.114 im Juli 1964. Der Wirtschaftsverband Eisen-, Maschinen- und Apparatebau e.V. (WEMA) klagt in der Denkschrift *Das Arbeitskräfteproblem in West-Berlin*: „Alle verantwortlichen Stellen müssen mehr als bisher zur Vergrößerung des Arbeitskräftepotenzials der Berliner Wirtschaft tun. (...) Man wird nicht umhin kommen, für die West-Berliner Industrie ausländische Arbeitskräfte, vor allem Türken und Griechen, anzuwerben.“<sup>14</sup>

Die Tür war geöffnet. In den folgenden Jahren strömten Hunderttausende von Arbeitsmigranten aus der Türkei, dem damaligen Jugoslawien, Griechenland, Spanien und Italien nach West-Berlin. Viele kehrten nach ein paar Jahren wieder zurück, manche blieben – für immer. Zwischen den späten siebziger Jahren und Mitte der neunziger Jahre folgten ihnen Zigtau-

---

<sup>14</sup> Eberhard Seidel-Pielen, *Unsere Türken. Annäherung an ein gespaltenes Verhältnis*, Berlin 1999, S. 84.

sende von Flüchtlingen aus den Krisenregionen des Libanon, Afrikas und des Balkan.

Die Migration nach Ost-Berlin nahm einen anderen Verlauf. Seit den sechziger Jahren arbeiteten Tschechen, Polen und Ungarn in der Stadt – vereinzelt. Und seit Anfang der achtziger Jahre machte sich auch in der DDR ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Die Beschäftigung von Vertragsarbeitern, wie Arbeitsmigranten in der DDR genannt wurden, blieb aber eine Marginalie. Und politisches Asyl wurde nur wenigen Funktionären kommunistischer Parteien und von Befreiungsbewegungen gewährt. Die ungleiche Entwicklung beider deutscher Staaten im Bereich der Migration in Zahlen: 1990 lebten in der gesamten DDR zirka 180.000 Ausländer, in der Bundesrepublik 25-mal so viel – 4,5 Millionen. Allein in West-Berlin mit rund 2,2 Millionen Einwohnern lebten fast doppelt so viele Ausländer wie in der ganzen DDR mit ihren 16 Millionen Einwohnern.

## 2 Auf den Spuren der Vielfalt

„Reisen bildet! Die Begegnung mit fremden Kulturen fördert Offenheit, Toleranz und Aufgeschlossenheit der Menschen“, so lautet ein bildungsbürgerliches Credo. Wenn es stimmen sollte, müssten Bezirke wie Neukölln, Kreuzberg und der Wedding für bildungsinteressierte Berliner aus Weißensee, Zehlendorf und Hellersdorf zur bevorzugten Destination werden. Warum denn in die Ferne schweifen, wenn das Fremde liegt so nah? Wo sonst als in Berlins bevölkerungsreichstem Bezirk lässt sich eine größere kulturelle, kulinarische, religiöse und ethnische Vielfalt erleben?

### **Bildungsreise durch Neukölln**

Mühe los kann der Besucher binnen kürzester Zeit eine verwirrende Vielzahl von Welten durchstreifen. Und das auch noch zu Fuß. Starten wir den Besuch an einem sommerlichen Freitagmittag in der Şehitlik-Moschee am Columbiadamm. In unmittelbarer Nähe des Flughafens Tempelhof ragen die weißen Minarette weit in den blauen Berliner Himmel. Sichtbares Zeichen des neuen Berlin. Es ist die Zeit des Hauptgebets der Woche. Dicht gedrängt stehen die Gläubigen Richtung Mekka, verneigen sich, um

Gott zu ehren. Die Männer im Parterre, die Frauen in der Empore. Jedermann und auch -frau ist willkommen.

Freundlich beantworten Gläubige im Anschluss an das Gebet die Fragen neugieriger Touristen. Fragen zu ihrem Glauben, zu ihrem Leben und dem Alltag in Berlin. Mit etwas Glück erfolgt die Einladung zu einem Glas Tee im Moschee-Shop. Hier findet sich auf jeden Fall ein exotisches Mitbringsel für die Lieben zu Hause: eine Ausgabe des Korans in deutscher Übersetzung oder im arabischen Original mit reichlich Kalligrafien verziert; oder eine Gebetskette, eingelegt mit türkisfarbenen Steinen.

Ein Gang über den muslimischen Friedhof schließt den Besuch dieses kleinen Stückchens muslimischen Berlins ab – und erweitert das Wissen um die Beerdigungsrituale. In lateinischer und arabischer Schrift, auf Türkisch und Osmanisch wird der Toten gedacht. Sie kamen als Gesandte des Sultans, als Händler, Gewerbetreibende und Gastarbeiter – und sie blieben für ewig.

Nur einen Steinwurf von diesem Ort der Ruhe entfernt, im Columbia-Bad, erschließt sich dem Besucher eine völlig andere Welt. In Nachbarschaft zu den Toten tobt das Leben. Und jeden Sommer schießen die Hormone mit den steigenden Temperaturen ins Kraut. Das Café auf der Hochterrasse bietet bei einer Limonade einen hervorragenden Blick über das Ge-

schehen. Wer etwas über die Vielsprachigkeit des Balzverhaltens in der Vielvölkerstadt erfahren möchte, über die Riten der Annäherung, der ist hier richtig. Denn hier ist sie ungeschminkt zu bestaunen, die körperliche Vielfalt und Schönheit der Berliner Jugend – blass, bronzefarben und schwarz, in allen Schattierungen, Zwischentönen und Nuancen. Hier balgt und neckt sich das sichtbare Ergebnis von fünfzig Jahren Einwanderung, fünfzig Jahre interkultureller Liebe in Neukölln. In einem dem Fremden nur schwer zu entschlüsselnden Idiom wird gelacht, geliebt, verliebt, entliebt, geflirtet und geschimpft. Hier treffen sich die „United Colors of Berlin“. So jung, so voller Energie und hoffnungsvollem Leben ist das alternde Berlin an kaum einem anderen Ort der Stadt. Im Anschluss empfiehlt sich an diesem sonnigen Sommertag ein Spaziergang durch die Hasenheide Richtung Hermannplatz. Ein Volkspark mit Geschichte. Hier eröffnete „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn vor knapp 200 Jahre den ersten Turnplatz Deutschlands, um die Jugend körperlich zu ertüchtigen. Vieles hat sich seitdem verändert, doch der Sport ist geblieben. Freizeitkicker treffen sich hier seit Jahren. Zum Beispiel das „Little Africa Allstar Team“. Oder Berlins ältestes Straßen- und Parkkicker-Team, die „Red Zombies Neukölln“, die seit vielen Jahren an der „Antirassistischen Weltmeisterschaft“ in Norditalien teilnehmen.

Der Gang durch den Park führt uns vorbei an einem Freiluftcafé. Die Stühle und Tische sind vor einem Pavillon aus den fünfziger Jahren gruppiert. Das Café ist ein Geheimtipp. In keinem der Reiseführer durch das hippe Berlin vermerkt. Ein Versäumnis. Schließlich gibt es nur wenige Orte in Berlin, in denen die Gäste so bunt, so verschieden, so international sind wie hier. Was sich sonst in ethnisch homogenen Zirkeln oder in einem der Cafés, reserviert für Vertreter der eigenen Community, trifft, mischt sich hier auf den weißen Plastikstühlen. Neben einem Tisch mit türkischen Rentnern, die sich mit Tavla, also Backgammon, die Zeit vertreiben und dabei den neuesten Tratsch aus dem Neuköllner Dorfleben austauschen, sitzt eine Gruppe Kosovaren beim Kartenspielen. Deutsche Mütter genießen die Sonne bei einem Stück Schwarzwälder Torte, während ihre Kinder durch das Café toben.

Auf den Wiesen ringsum liegen Liebespaare mit blonden, schwarzen, brünetten Haaren und werden hin und wieder von Jugendlichen gestört, die ihre Ballspiele in einem Sprachenmix lauthals auf Türkisch, Arabisch und Deutsch kommentieren.

Ein wenig abseits, kaum sichtbar durch Büsche und dichten Baumbestand abgeschirmt, trifft sich Afrika. Pausenlos werden Trommeln geschlagen, die einen weithin hörbaren, eindringlichen und rhythmischen Klangteppich über den Park legen. Tag für Tag, Jahr

für Jahr. In dieser Umgebung versorgt sich ein Teil Berlins mit Drogen – leichten und schweren. Kaum möglich, beim vorüberschlendern dem leise gezischerten „Brauchst du was!“ zu entgehen.

Nicht weit davon entfernt steht ein kleiner, grüner Bau-Container. Süßlicher Duft von Räucherkerzen dringt aus der geöffneten Tür. Gerne laden Hindus neugierige Flaneure auf einen Besuch in den provisorischen Tempel ein, der hier zu Ehren Ganeshas, dem elefantenköpfigen Gott steht. Schon bald soll hier auf der Wiese ein repräsentativer Sri Ganesha Hindu Tempel errichtet werden.

Nach wenigen Schritten hat der Neukölln-Besucher den Hermannplatz erreicht. Diesen Treffpunkt Neuköllns, die Grenzregion zum etwas beschaulicheren Kreuzberg. Junge türkische und arabische Mädchen gackern vor McDonald's. Laut und schrill tragen sie ihre Schönheit und Jugend zur Schau. Selbstbewusst, kokett und immer aus den Augenwinkeln einen kurzen Blick auf die coolen Jungs. Nach ein paar Minuten ist die nördliche Sonnenallee erreicht, der „Gaza-streifen“, wie dieses Stück Berlin von manchem inzwischen genannt wird. In den Straßenzügen ringsum leben Tausende von Einwanderern aus dem Nahen Osten, vor allem aus dem Libanon. Die kleinen Lebensmittelläden durchweht ein würziger Duft, der an die Basare Tunesiens oder die Souks von Marokko erinnert. Shisha-Bars laden zu Tee und Wasserpfeife

ein, Dutzende Telefonläden zu Gesprächen mit Freunden und Verwandten in der Türkei, dem Libanon, dem Senegal, Angola oder Kamerun.

## **Das Ende der Illusionen**

Brechen wir unsere Neuköllner Erkundung an dieser Stelle ab, bevor der Vorwurf der Sozialromantik auf uns herniederprasselt. Zugegeben: Diese Sicht auf Neukölln ist altmodisch. Nicht frei von einem Schuss Multikulti-Romantik. Wer heute von Neukölln spricht, der darf von Ehrenmorden, Ausländerkriminalität, Heiratsmigration, Sozialmissbrauch, Machismo, Rütli-Schule, Jugendgewalt, Armut und Parallelgesellschaften nicht schweigen. Neukölln gilt heute nicht als eines der spannendsten und aufregendsten Labors einer Einwanderungsgesellschaft – auf der Suche nach einer neuen Identität. Neukölln ist heute für ganz Deutschland das Synonym einer gescheiterten Integrationspolitik. Der Stadtteil steht für Probleme, die Migranten schaffen, die ganz unten auf der Werteskala stehen.

Hier lebt der goldkettchenbewehrte, breitbeinige, freche junge muslimische Mann. Ungebildet, arbeitslos und aggressiv. Hier lebt sie, die bemitleidenswerte muslimische Frau. Unterdrückt, misshandelt und eingesperrt. Heerscharen von Kamerateams und

Journalisten tauchen für ein paar Stunden ein in diese Welt. Und noch jeder hat hier das Material gefunden für seinen Bericht über die multikulturellen Nahkampfzonen der Republik.

Berlin – eine Stadt der Vielfalt? Vor ein paar Jahren hätte es darauf nur eine Antwort gegeben: Ja, sicherlich doch. Und ohne Umschweife hätte eine Erzählung über die bunt schillernden Universen Berlins begonnen: über die ethnische Vielfalt, die religiöse Diversität, die kulinarische Weltläufigkeit und die kulturelle Topographie, die Probleme, die es noch zu lösen gilt. Eine Abhandlung über die Metamorphose Berlins von einem homogen deutschen, proletarischen Zentrum in der Mitte Europas hin zu einer Metropole, die den Vergleich mit anderen westeuropäischen Zentren nicht mehr zu scheuen braucht. Von der Überwindung der Zwangsgermanisierung der Stadt während des Nationalsozialismus, vom Ende der preußisch-protestantisch-sozialistischen Provinzialität nach 1989.

Doch die Zeiten der Gewissheiten sind vorbei. Die nuller Jahre sind das Jahrzehnt von Glaubenskriegen und ideologischen Schlachten: Wie ist die Zuwanderung der vergangenen Jahrzehnte zu bewerten? Ist sie mehr Frust als Lust? Bereicherung, Ärgernis, Gefahr oder gar kultureller Rückschritt? Auf jedes Argument folgt das Gegenargument. Wer auf den ökonomischen Nutzen der Migration verweist, muss sich fol-

genden Zahlen stellen: Während die Zahl der in Berlin lebenden Ausländer seit 1989 um 50 Prozent gestiegen ist, nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer um 50 Prozent ab. Wer auf die demographische und kulturelle Bereicherung der Stadt durch Migration verweist, darf nicht vergessen: Die Arbeitslosenquote bei nicht-deutschen Berlinern beträgt 2007 über 40 Prozent. Die schulischen Karrieren der Kinder aus Migrantenfamilien verlaufen miserabel.

## **Blickwechsel**

Man kann auch einfach die Blickrichtung ändern. Berlin – eine Stadt der Vielfalt? Aber natürlich! Kommen Sie mit in die Spandauer Vorstadt. Hier finden Sie das kosmopolitische Berlin. Die Spuren des einstigen jüdischen Berlins. Wer sich hier durch die Straßen rund um die Oranienburger treiben lässt, schnuppert an dem lichternden, quirligen Berlin der zwanziger, der dreißiger Jahre. Oder auch nur der fünfziger Jahre der DDR. Trotz hundertmillionenschwerer Sanierungen scheint das Viertel ein wenig wie aus der Zeit gefallen und verströmt ein leicht morbides Flair. Hier, rund um die goldene Kuppel der Neuen Synagoge, die etwas von der einstigen Größe und dem Einfluss des jüdischen Lebens auf Berlin

erahnen lässt, trifft sich eine hippe internationale Szene. Zahlungskräftig, erlebnishungrig, beweglich und schön. Werbemenschen, TV-Promis, Philosophen, Existentialisten, Lang- und Kurzzeittouristen, Lebenskünstler und viele Studenten aus dem angelsächsischen Raum. Sie streifen durch verrottete, kunstvoll auf Trash gestylte Cafés und kühl-sachliche Bars. Und die Straßen rund um die Oranienburger und den Hackeschen Markt geben jedem das Gefühl, etwas an Downtown Manhattan zu schnuppern, an einer großen und langen Party teilzunehmen.

Neukölln mit seiner Armut ist fern, hier geben sich Menschen ein Stelldichein, die sich noch nie wirklich Sorgen darüber machen mussten, wovon sie im nächsten Monat die Miete zahlen. Lässig sind sie, wendig und allem Neuen aufgeschlossen.

Ein euphorisches, ein begeistertes Lied auf die Vielfalt Berlins lässt sich anstimmen. Auf die internationale Karawane der Globalisierungsgewinner und ihre segensreichen Wirkungen für Berlin, über die neue Internationalität rund um den Gendarmenmarkt und am Prenzlauer Berg. Auf die Verfeinerung der Esskultur, die Restaurants der internationalen Luxusklasse, die dem Elend der Berliner Küche den verdienten Todesstoß versetzt haben. Die Edel-Boutiquen und Galerien, deren Qualität und Quantität parallel mit der Zahl der zuziehenden Angehörigen der nationalen und internationalen politischen Klasse und der

Zahl der Medienmacher aus aller Welt steigt. Das alles hat Berlin herausgerissen aus jahrzehntelanger Provinzialität, Selbstgenügsamkeit und Beschränktheit.

Der Wedding, Kreuzberg und Neukölln sind nicht mehr alleine exotisches Aushängeschild der Stadt. Jahr für Jahr macht die Stadt ein wenig mehr her, muss nicht mehr vor Ehrfurcht erstarren und vor Scham erröten, wenn sie Richtung London oder Amsterdam blickt.

Welche Ecke der Stadt man auch ausleuchtet, überall findet sich Originelles, Einzigartiges. In den Thermen des Europa-Centers trifft sich die russische Szene zur schwitzenden Entspannung. Sie prägt den einen oder anderen Block rund um die Fasanen- und Kantstraße. Wer will, der findet sein vietnamesisches, sein afrikanisches Berlin. Mikrokosmen, kleine Anhäufungen von ethnischem Gewerbe, eine Konzentration der Ansiedlung.

## **Ein Blick von außen**

Wer aber von London, Paris oder New York kommend auf dem Flughafen Berlin-Tegel eintrifft und mit dem Taxi Richtung Kurfürstendamm fährt, ist überrascht – beschauliche Kanäle, gepflegte, blühende Parkanlagen, übersichtliche Häuserblocks, flie-

ßender Verkehr. Kurz: Statt urbanem Leben findet der Besucher geordnete, wohlgenährte Kleinbürgerlichkeit. Daran ändern auch die Klagen der Berliner über die geopolitischen Veränderungen in ihrer Stadt, Kriminalität, Baustellen, Harz IV, steigende Mieten und Verkehrskollaps nichts. Berlin ist heute weder ein Moloch noch eine prosperierende und expandierende Stadt. Nach den stürmischen politischen Entwicklungen des letzten Jahrhunderts gönnt sich die Stadt eine Phase der Ruhe. Nicht nur die Wirtschaft stagniert, auch die Einwohnerzahl. Und anders als von vielen befürchtet, findet die große Einwanderung in diesem Jahrzehnt nicht mehr statt. Entgegen der weitverbreiteten Legende ist Berlin heute weder eine Stadt der Immigration noch eine Stadt der Zuflucht. Seit 1997 hat sich an der Zahl der in der Stadt lebenden Ausländer wenig geändert – trotz Hauptstadtumzug seit 1999, trotz Osterweiterung der EU. In zehn Jahren stieg sie von 440.000 auf 470.000 an. Mit einer erleichterten Einbürgerung seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes im Jahr 2000 hat das wenig zu tun. Denn in den acht Jahren vor der Reform (1992 – 1999) ließen sich in Berlin mehr als 85.000 Ausländer einbürgern, in den acht Jahren nach der Reform (2000 – 2007) weniger als 55.000.

Das heutige Berlin hat noch jeden überrascht, der die mit viel Historie und weltpolitischer Bedeutung aufgeladenen Fernsehbilder für bare Münze genommen

hat. Berlin eine „City of Immigrants“, wie sich New York selbstbewusst nennt? Sicherlich, die Zahl von 470.000 in Berlin lebenden Ausländern hört sich für einen Augsburger beeindruckend an – schließlich sind das mehr, als seine Stadt Einwohner hat. Aber mit einem Ausländeranteil von vierzehn Prozent belegt Berlin lediglich Platz 21 unter den vierzig Großstädten mit über 200.000 Einwohnern in Deutschland – hinter Bonn, Wuppertal und Krefeld.

Die Zeit, als Berlin den kosmopolitischen Anspruch erfüllte, liegt bereits lange zurück. Im Juni 1990, wenige Wochen vor der Währungsunion, entsprach die östlichste der westlichen Großstädte für einen kurzen Sommer tatsächlich dem verbreiteten Medienbild. Die in Bewegung geratenen Menschen Ost- und Südosteuropas verwandelten den Alexanderplatz kurzfristig in eine Freihandelszone: Rumänen musizierten, vietnamesische Habenichtse verkauften unverzollte Zigaretten und tauschten Ost- gegen Westmark, Polen versetzten ihr Tafelsilber, Russen Kaviar und Rumänen Holzarbeiten. Berlin ist heute wieder zur alten Ordnung zurückgekehrt.

## **Das Ungleichgewicht zwischen Osten und Westen**

Wer sich der Stadt vom Osten nähert, in der Erwartung, auf Spuren des vor wenigen Jahren beschwore-

nen großen Trecks aus den ehemaligen sozialistischen Bruderländern zu stoßen, wird ebenfalls überrascht. Die großen geopolitischen Umwälzungen seit 1989 haben das Straßenbild wenig verändert. Sicherlich, in den Plattenbausiedlungen des Bezirks Marzahn-Hellersdorf leben heute 25.000 Aussiedler, im Volksmund „Russen“ genannt. Aber man muss sich in Deutschland schon sehr weit umsehen, um noch so etwas homogen Deutsches anzutreffen wie in diesem Stadtteil mit seinen 250.000 Einwohnern.

Betrachten wir Marzahn-Hellersdorf für einen Moment nicht als einen der zwölf Berliner Bezirke, sondern als eine der vierzig deutschen Großstädte über 200.000 Einwohner, dann ergibt sich beim Ausländerranking folgendes Bild: Mit einem Ausländeranteil von 3,6 Prozent ist Marzahn-Hellersdorf ein Schlusslicht – hinter Dresden und Magdeburg und nur noch von Chemnitz, Rostock und Erfurt unterboten. Und ganz Ost-Berlin mit seinen knapp 1,3 Millionen Einwohnern und einem Ausländeranteil von sieben Prozent nähme in diesem Ranking bundesweit Platz 32 ein.

Die innerstädtischen West-Berliner Bezirke, denen nach 1964 die aus dem Südosten Europas und den Mittelmeerländern stammenden ethnischen Minderheiten ihren Stempel aufgedrückt haben, verlieren für das Selbstverständnis der Stadt an Bedeutung. Der Einfluss der „alten“ Immigranten wie Türken, Libanesen und Jugoslawen bei der Gestaltung des städti-

schen Raumes wird geringer. Nichts deutet darauf hin, dass sich der vitale Prozess der achtziger Jahre, als vor allem die „türkische Kolonie“ die Infrastruktur der innerstädtischen Bezirke aufrechterhalten hat, wiederholen könnte, als sie in einer Phase der städtischen Agonie den Restbestand an urbanem Leben mit ihrem ethnischen Kleingewerbe sicherte.

Werden die Zuwanderergruppen, die nach 1990 in die Stadt drängten – (Spät-)Aussiedler, Polen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion –, eine den türkischen, italienischen und arabischen Zuwanderern vergleichbare Erweiterung des Berliner Lebens leisten? Die Antwort ist noch offen, denn zu unterschiedlich sind der Migrationsverlauf und der rechtliche Status der „alten“ und „neuen“ Einwanderer. Die Aussiedler werden auf Grund ihrer deutschen Wurzeln und ihrer Religion nicht als eigenständige ethnische Gruppe wahrgenommen. Und auch die Präsenz und Einwanderung der Polen folgt eigenen und neuen Regeln. Zwar werkeln Tausende von polnischen Bauarbeitern, Handwerkern und Putzfrauen am Hauptstadtausbau mit, aber sie bleiben meist unauffällig, immer auf dem Wochenendsprung in die Heimat. Berlin ist für Polen zwar nach wie vor eine wichtige, aber 2008 längst nicht mehr die erste Adresse. Boomregionen in anderen Teilen Europas haben bei ihnen Berlin als bevorzugte Destination den Rang abgelaufen.

Heute schmückt sich Berlin gerne mit anderen, mit wohlhabenderen Ausländern. Mit der internationalen Karawane, die ein Regierungssitz überall auf der Welt mit sich bringt. Journalisten und Botschaftsangehörige aus aller Welt, die mit dem Hauptstadtumzug nach 1999 an die Spree kamen. Sie bringen etwas von dem Glamour und der Weltläufigkeit zurück, die seit 1933 aus dem Stadtbild getilgt waren.

Neben diesem Berlin existiert weiterhin, so will es die mediale Konstruktion, das orientalistisch-islamische. Dieses babylonische Berlin, in dem alle Erzählungen über gewaltbereite Migrant\*innenjugendliche und aus dem Ruder geratene Bildungseinrichtungen spielen, erstreckt sich auf die alten Berliner Bezirke Kreuzberg, Wedding, Tiergarten, Schöneberg und Nord-Neukölln. 650.000 der 3,4 Millionen Einwohner Berlins leben hier. Und selbst von diesen 650.000 Einwohnern sind mehr als 400.000 deutscher Herkunft.

Berlin als Ganzes betrachtet, ist im Vergleich zu europäischen Großstädten wie Paris, Marseille, Amsterdam und London eine Stadt der „Weißen“. Eine Stadt, in der die Dominanz der Altdeutschen nie in Frage stand. Dies gilt seit der Wiedervereinigung mehr denn je.

Allein durch seine schiere Größe gilt Berlin dennoch als Labor der Migration. Hier entscheidet sich, wie das Land die Herausforderung der Migration meistern wird. Und ob es der nachwachsenden Generati-

on gelingen wird, neue Synthesen des Zusammenlebens und -liebens zu entwickeln.

## **Indikatoren der Vielfalt**

Wer Berlin als Stadt der Vielfalt in Worte fassen will, der hat die Wahl. Er kann die Stadt und ihre Menschen in blumigen, feuilletonistischen, anekdotenreichen Beschreibungen von Auffälligem, Sonderbarem, Abseitigem umkreisen. Annäherung schaffen, in dem er dicht auf den Fersen Einzelner bleibt, um so vom Kleinen auf das ganz Große, Allgemeine zu schließen. Vom Überschaubaren Orientierung für das Ganze geben. Das ist eine Aufgabe für Flaneure.

Die zweite Möglichkeit konzentriert sich auf Konkretes, scheinbar Objektives – auf Zahlen, Fakten, Daten; auf eine Auswahl soziologischer Kategorien wie Herkunft, Religion, Bildung oder soziale Schicht. Aber auch das bleibt unbefriedigend, denn Menschen sind immer mehr, als diese Kategorien nahelegen. Und alle Fremdzuschreibungen bleiben mangelhaft und sagen wenig über das wirkliche Leben aus. Was bedeutet es, wenn zum Beispiel ein Muslim von der Statistik in die Schublade „Islam“ abgelegt wird? Nicht viel, wenn wir uns den einzelnen Menschen betrachten. Denn er kann sich, anders als der Statistiker das tut, in erster Linie über seine Nationalität de-

finieren, oder über den sozialen Status, oder die sexuelle Identität, über das Geschlecht, seine Hobbys oder seine Lieblingssportart.

Nicht soziologische Kategorien oder Fremdzuschreibungen ergeben die gelebte Vielfalt einer Stadt, sondern die unzähligen Möglichkeiten der Kombination all dieser Teilidentitäten. Aus unserem Muslim kann so etwas ganz anderes werden. Zum Beispiel ein junger, bisexueller Mann und Computerspezialist, der fünfmal in der Woche einen Fitnessclub besucht, intensiv an der Optimierung seiner Körperlichkeit arbeitet und gleichzeitig als Lehrer in einer Nachmittagsaktivität die Schulband betreut.

Komplexität schafft Probleme, deshalb braucht der Mensch Leitplanken der Orientierung, will er sich nicht verlieren. Eine Reduzierung der Vielfalt schafft Übersichtlichkeit. Und es ist in Ordnung, den Menschen vorübergehend in Schubladen abzulegen. Allerdings nur dann, wenn er nicht auf ewig darin verweilen muss und sich alle darüber im Klaren sind, dass es sich bei Kategorisierungen nicht um absolute Wahrheiten handelt, sondern um Provisorien.

## **Der gezählte Ausländer**

Am 31. Dezember 2007 waren in Berlin offiziell 470.004 Ausländer melderechtlich registriert. Die

zwanzig größten Gruppen kommen aus folgenden Ländern:

Türkei	113.779
Polen	44.400
Serbien und Montenegro	23.370
Russische Föderation	14.615
Italien	14.446
USA	13.761
Frankreich	12.611
Vietnam	12.165
Kroatien	11.029
Bosnien und Herzegowina	10.576
Großbritannien und Nordirland	9.797
Griechenland	9.749
Österreich	8.813
Ukraine	8.709
Libanon	7.691
Spanien	6.637
Bulgarien	6.621
China	6.013
Thailand	5.878
ehemalige Sowjetunion	4.403

Wer vor fünfzig Jahren prognostiziert hätte, dass in Berlin einmal eine halbe Million Ausländer leben werden, der wäre nur milde belächelt worden. Niemand konnte damals ahnen, welch weitreichende

Auswirkungen die Abkommen zur Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei, Griechenland, dem ehemaligen Jugoslawien und aus Vietnam haben würden. Und die Phantasie hätte nicht ausgereicht, um vorherzusehen, wie internationale Konflikte und Krisen das Gesicht der Stadt verändern: der Nahost-Konflikt, der Libanonkrieg, die Afghanistan- und die Balkankriege, die Diktaturen in Griechenland, der Türkei und in Spanien und das Verschwinden des eisernen Vorhangs und das Auseinanderbrechen der Sowjetunion. All diese Ereignisse haben Menschen in Bewegung gesetzt und Berlin zu etwas Neuem gemacht. In nüchternen Zahlen:

### **Zahl der Ausländer in Berlin:**

1964	30.000
1970	130.000
1975	180.000
1980	215.000
1990	300.000
1995	440.000
2000	440.000
2007	470.000

Seit 1997 ziehen jährlich rund 50.000 Ausländer in die Stadt. Im gleichen Zeitraum haben im jährlichen Mittel knapp 40.000 Ausländer die Stadt wieder verlassen.

## **Aufenthaltsdauer und Einbürgerungen**

Wie tiefgreifend eine Stadt durch Migration geprägt wird, lässt sich nicht alleine an der Zahl der melde-rechtlich registrierten Ausländer ablesen. In einer internationalen Metropole können Hunderttau-sende von Ausländern leben, dennoch bleiben ihre Spuren marginal oder auf wenige Hotspots be-schränkt, wenn sie sich nur für kurze Zeit, für ein paar Monate oder ein, zwei Jahre für Geschäfte oder politische Aufgaben in der Stadt aufhalten. Ihre Kinder werden zu keiner wirklichen Herausforderung für das Bildungssystem, und sie verän-dern nur in Teilbereichen das kulturelle und politi-sche Leben der Kommune. Diese internationale Gemeinde gibt es in jeder Hauptstadt der Welt. Sie lebt in einer Parallelgesellschaft, ausgestattet mit schier endlosen materiellen und kulturellen Res-sourcen, immer auf dem Sprung.

Der Charakter und das Gesicht einer Stadt wer-den von den Einwanderern nachhaltig verändert, die auf der Suche nach einem besseren Leben ihre alte Heimat auf Dauer verlassen und in vie-len Fällen zu Staatsbürgern an ihrem neuen Le-bensmittelpunkt werden. Sie sind es, die Städten wie Amsterdam, Paris, London oder auch Berlin in den zurückliegenden vierzig Jahren ihren Stempel aufdrückten und sie zu etwas anderem

machten als zum Beispiel Moskau, Warschau und Belgrad. Sie stellen die ganze Gesellschaft, vom Bildungs- und Ausbildungssystem über das Gesundheitssystem, den Arbeitsmarkt bis hin zum Städtebau vor neue Herausforderungen.

Dies gilt nicht für jeden Bezirk in Berlin gleichermaßen. Denn die Migranten sind sehr unterschiedlich auf die Stadt verteilt. Das hat historische Gründe. Die Arbeitsmigranten der sechziger und siebziger Jahre und die mittellosen Flüchtlinge haben sich vor allem in den innerstädtischen Altbaugebieten West-Berlins niedergelassen. Überall dort, wo sie billigen Wohnraum für ihre großen Familien finden konnten – also in Kreuzberg, dem Wedding, in Schöneberg, Nord-Neukölln und Teilen Charlottenburgs.

Die Arbeitsnomaden der Gegenwart – Architekten, Medienschaffende, IT-Experten, Künstler und Geschäftsleute – bevorzugen Berlin-Mitte, Prenzlauer Berg und die gutbürgerlichen Viertel wie Wilmersdorf, Zehlendorf und Charlottenburg. Vier Fünftel der Ausländer wohnen in den Bezirken von Berlin-West. Die melderechtlich registrierten Einwohner verteilen sich am 31. Dezember 2007 wie folgt auf die neuen und die alten Berliner Bezirke:

## Melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin am 31. Dezember 2007 nach Bezirken

Bezirk	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	
			absolut	in %
<b>Neue Bezirke</b>				
01 Mitte	323.021	230.469	92.552	28,7
02 Friedrichshain- Kreuzberg	260.437	200.487	59.950	23,0
03 Pankow	354.558	327.985	26.573	7,5
04 Charlottenburg- Wilmersdorf	310.064	251.304	58.760	19,0
05 Spandau	215.927	193.641	22.286	10,3
06 Steglitz-Zehlendorf	286.970	256.184	30.786	10,7
07 Tempelhof- Schöneberg	325.951	274.225	51.726	15,9
08 Neukölln	302.797	234.564	68.233	22,5
09 Treptow-Köpenick	234.979	227.142	7.837	3,3
10 Marzahn-Hellersdorf	246.193	237.231	8.962	3,6
11 Lichtenberg	250.811	231.894	18.917	7,5
12 Reinickendorf	242.150	218.728	23.422	9,7
<b>BERLIN (alte Bezirke)</b>	<b>3.353.858</b>	<b>2.883.854</b>	<b>470.004</b>	<b>14,0</b>
01 Mitte	78.875	64.973	13.902	17,6
02 Tiergarten	88.313	62.459	25.854	29,3
03 Wedding	155.833	103.037	52.796	33,9
04 Prenzlauer Berg	145.602	127.092	18.510	12,7
05 Friedrichshain	112.766	98.565	14.201	12,6
06 Kreuzberg	147.671	101.922	45.749	31,0

Bezirk	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	
			absolut	in %
07 Charlottenburg	173.371	137.243	36.128	20,8
08 Spandau	215.927	193.641	22.286	10,3
09 Wilmersdorf	136.693	114.061	22.632	16,6
10 Zehlendorf	97.623	87.385	10.238	10,5
11 Schöneberg	142.773	110.793	31.980	22,4
12 Steglitz	189.347	168.799	20.548	10,9
13 Tempelhof	183.178	163.432	19.746	10,8
14 Neukölln	302.797	234.564	68.233	22,5
15 Treptow	116.936	112.306	4.630	4,0
16 Köpenick	118.043	114.836	3.207	2,7
17 Lichtenberg	151.058	137.419	13.639	9,0
18 Weißensee	77.247	74.515	2.732	3,5
19 Pankow	131.709	126.378	5.331	4,0
20 Reinickendorf	242.150	218.728	23.422	9,7
21 Marzahn	126.982	120.828	6.154	4,8
22 Hohenschönhausen	99.753	94.475	5.278	5,3
23 Hellersdorf	119.211	116.403	2.808	2,4
<b>BERLIN</b>	<b>3.353.858</b>	<b>2.883.854</b>	<b>470.004</b>	<b>14,0</b>
<b>BERLIN-WEST</b>	<b>2.075.676</b>	<b>1.696.064</b>	<b>379.612</b>	<b>18,3</b>
<b>BERLIN-OST</b>	<b>1.278.182</b>	<b>1.187.790</b>	<b>90.392</b>	<b>7,1</b>

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Zwei Indikatoren geben Auskunft über die Nachhaltigkeit der Einwanderung: die Dauer des Aufenthalts und die Zahl der Einbürgerungen. Sie sagen nichts anderes als: Wir bleiben hier. Seit Jahren steigt die Zahl der Ausländer, die bereits länger als acht Jahre in der Stadt wohnen, also De-facto-Berliner sind.

### **Aufenthaltsdauer:**

	Gesamt	acht und mehr Jahre	in Prozent von gesamt
2002	442.554	199.441	45,1
2003	444.554	206.082	46,4
2004	450.900	211.933	47,0
2005	460.555	234.417	50,9
2006	467.683	258.457	55,3

Quelle: Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration

Zwischen 1998 und 2006 wurden in Berlin über 83.000 Personen eingebürgert. Das heißt: Diese Personen und ihre Kinder tauchen in der Statistik nicht mehr als Ausländer, sondern als deutsche Staatsbürger auf. Die Eingebürgerten stammen fast ausnahmslos aus Nicht-EU-Staaten. Im Jahr 2006 kamen die 8.186 eingebürgerten Personen vor allem aus folgenden Ländern: Türkei (2.350), Libanon (452), Russische Föderation (419), Polen (415), Ukraine (359), ehemaliges Serbien und Montenegro (356), Irak (335), Iran (313), Vietnam (157)

## **Eingebürgerte Personen in Berlin**

1970	533	2001	6.273
1975	1.253	2002	6.700
1980	1.513	2003	6.626
1985	2.092	2004	6.507
1990	7.056	2005	7.097
1995	12.228	2006	8.186
2000	6.867	2007	7.710

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

## **Menschen mit Migrationshintergrund**

Die Zahl der Einbürgerungen zeigt: Eine Statistik, die nur nach der Staatsangehörigkeit der Menschen fragt, spiegelt nur noch bedingt das Migrationsgeschehen wider. Neben den Eingebürgerten werden in der Ausländerstatistik auch nicht die deutschstämmigen (Spät-)Aussiedler aus Russland, Polen oder Rumänien berücksichtigt, die zwar Migranten sind, aber als solche häufig nicht wahrgenommen werden, da sie nach ihrer Einreise zeitnah die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.

Es besteht inzwischen Konsens, dass für eine vernünftige Integrationspolitik, für Maßnahmen in der Bildungs-, der Familien- und der Kinder- und Jugendpolitik die Kategorie „Ausländer“ durch die Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund“ zu ergänzen

ist. So ist unbestritten, dass zum Beispiel ein Kind aus einer italienischen Einwandererfamilie zwar deutscher Staatsbürger sein kann, aber trotzdem eine besondere Förderung zum Erlernen der deutschen Sprache braucht. Ähnliches gilt für Aussiedler, die dem Status nach Deutsche sind, aber häufig mangelhaft oder gar nicht mehr Deutsch sprechen.

Bei „Migrationshintergrund“ handelt es sich also um kein neues Wortungeheuer des politisch korrekten Sprechens. Die Kategorie „Migrationshintergrund“ hilft allen, die sich mit Migration und Integration beschäftigen, da sie die tatsächlichen Verhältnisse besser erfasst als die Kategorie Ausländer. Es ist ein relativ neuer Begriff, und erst seit 2005 werden von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder Daten zum Migrationshintergrund erhoben.

Als eine Person mit Migrationshintergrund werden Angehörige folgender Gruppen benannt:

- AusländerInnen
- (Spät-)AussiedlerInnen (seit 1950 zugewandert)
- Eingebürgerte
- Kinder (auch erwachsene), von denen mindestens ein Elternteil entweder AusländerIn oder eingebürgert ist.

Der Begriff ist nicht unproblematisch. Denn mit der Umschreibung „Migrationshintergrund“ kann die

(Selbst-)Ethnisierung einer Gruppe verstetigt werden und eine Person auf Dauer einer ethnisch-kulturellen Gruppe zugeordnet werden, egal ob diese Person sich selbst so einordnet oder nicht. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft die Eingebürgerten auf diesem Weg als Bürger zweiter Klasse definieren. Es wird in Zukunft sehr darauf ankommen, mit welchen Assoziationen und Bedeutungen dieser Begriff in den deutschen Sprachgebrauch Eingang findet.

Rund 25,7 Prozent der in Berlin lebenden Menschen hatten im Jahr 2007 einen Migrationshintergrund, das sind rund 785.000 Personen.

### 3 Das Entstehen des neuen Berlin

Warum sind sie eigentlich hier? All die Araber, Vietnamesen, Kroaten, Polen, Ghanaer, Serben, Türken, Russen, Angolaner, Juden, Griechen, Italiener, Spanier und Libanesen? Kaum ein Thema ist so umrankt von Mythen wie das Migrationsgeschehen der zurückliegenden Jahrzehnte. Ein idealer Nährboden für abenteuerliche Gerüchte und Vorurteile.

Etwas Grundsätzliches vorweg: Migrant ist nicht gleich Migrant. Es macht einen großen Unterschied, ob jemand als Arbeiter im Rahmen der Anwerbeabkommen nach Deutschland gekommen ist, ob er aus einem EU-Land stammt, seine Einwandererkarriere im Osten oder Westen des Landes begonnen hat oder gar als Asylsuchender. Aber auch Flüchtling ist nicht gleich Flüchtling: Politischer Flüchtling, Bürgerkriegsflüchtling, Kontingentflüchtling, anerkannt oder geduldet – das sind keine belanglosen Worte, sondern rechtliche Kategorien mit weit reichenden Konsequenzen. Der eine genießt unbegrenzten Zugang zum Arbeitsmarkt, dem anderen ist er über Jahre versperrt und er ist zur Sozialhilfe verdammt; manche dürfen am politischen Leben teilhaben, die anderen nicht einmal den Wohnort ohne Erlaubnis der Behörden verlassen.

So unterschiedlich der Rechtsstatus der Migranten auch sein mag, sie alle sind inzwischen Teil der Stadt und prägen das Gesicht des neuen Berlin.

## **Die Arbeitsmigranten**

Es gibt Tage in der Geschichte einer Nation, die in ihrer herausragenden Bedeutung offensichtlich sind. Sie markieren Epochenwenden, die Zeitgenossen in ihrer Tragweite sofort erkennen oder zumindest erfühlen. Der 8. Mai 1945, das Ende des zweiten Weltkriegs in Europa und der Herrschaft des Nationalsozialismus, ist solch ein Tag. Oder der 9. November 1989, als in Berlin die Mauer fiel. Diese Tage sind Wendepunkte der Geschichte, der Beginn neuer Erzählungen und radikaler politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umwälzungen.

Andere Tage kommen unscheinbar daher. Als Bundesarbeitsminister Anton Storch und der italienische Außenminister Gaetano Martino am 20. Dezember 1955 in Rom das deutsch-italienische Abkommen zur Anwerbung italienischer Arbeitskräfte unterzeichneten, war dies nicht mehr als eine Randnotiz. Niemand konnte damals wissen, wie tief reichend dieses Ereignis die Bundesrepublik Deutschland in den Folgejahren umgestalten würde.

Mit der Vertragsunterzeichnung in Rom begann Deutschland sein Äußeres zu verändern. Davon war an jenem 4. April 1956, als die ersten italienischen Saisonarbeiter ankamen, um in den Steinbrüchen der Odenwälder Hartsteinindustrie zu arbeiten, noch nichts zu merken. Aber bis 1973, dem Jahr des Anwerbestopps und dem vorläufigen Ende der Arbeitsmigration, werden ihnen vierzehn Millionen weitere „Gastarbeiter“ folgen, denn (West-)Deutschland schloss weitere Abkommen ab: Mit Spanien (1960) und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Jugoslawien (1968) und Südkorea (1970). Vierzehn Millionen Menschen, die arbeiten, essen, wohnen, lieben, Kinder zeugen, kulturelle Bedürfnisse haben. Elf Millionen von ihnen kehrten wieder zurück. Die anderen aber blieben, holten Ehepartner, Kinder und Eltern nach.

Nichts ist mehr wie 1955. Die Migranten haben Deutschland verändert: Das Aussehen der Menschen und der Städte, den Speisezetteln, die Mode, Alltagsgewohnheiten, den Dienstleistungssektor, das religiöse Leben, die Kultur, die Sprache und die polizeiliche Kriminalstatistik.

Wie wir bereits in Kapitel 1 gezeigt haben, begann die Arbeitsmigration in (West-)Berlin auf Grund der besonderen Situation erst 1964, neun Jahre später als im Westen der Republik. Auch kamen vergleichsweise wenige Italiener, Spanier und Griechen. Die ließen

sich vor allem im Süden Deutschlands und in Nordrhein-Westfalen nieder. Die Geschichte der Arbeitsmigration in West-Berlin ist untrennbar mit dem Zuzug aus der Türkei verbunden. In den neun Jahren bis zum Anwerbestopp im Jahr 1973 stieg die Zahl der in Berlin lebenden Ausländer von ca. 25.000 auf rund 160.000 an, die Hälfte von ihnen kam aus der Türkei.

### **Die Menschen aus der Türkei**

Kopftuch und Schnauzbart – das ist, was vielen Deutschen beim Stichwort Türken einfällt. Ein tausendfach reproduziertes Stereotyp. Gestrig und ebenso treffend wie Sepplhut und Lederhose für das wirtschaftlich machtvolle Bayern. „Ich nix verstehen Deutsch“ – der grobschlächtige, arbeitsame Anatolier ist im Ruhestand. Die unterwürfige und verhuschte Türkin nichts weiter als eine liebgewonnene Projektion.

Die Straßen Berlins belebt ein anderer Typus – cool-lässige Jungs und aufgehübschte Mädchen. Laut, auffällig und selbstbewusst, das Handy stets am Ohr. Ihre Sprüche – „Ey, krass!“, „Du Opfer“ und „Was guckst du?“ – beleben erstarrte deutsche Sprache. Die Enkelkinder anatolischer Bauern sind längst zu Stil-ikonen des neuen Berlin geworden. Mehr als alle anderen liefern sie den Sound, die Moden und wichtige Impulse für das Berliner Lebensgefühl des 21. Jahrhunderts.

Berlin ohne Türkisches wäre wie das Panorama Paris ohne Eiffelturm. Unvollkommen. Wohin man sich in der Stadt auch wendet, es ist da. Sichtbares Zeichen für Vitalität, Entwicklung und Veränderung für die einen; Stein des Anstoßes und Stoff erregter Diskussionen für die anderen. „Izmir Köfte“, „Trabzon Spor“, „Adana Kebab“ – hunderte von Restaurants, Sportvereinen, Bäckereien und Imbissbuden sind nach türkischen Städten benannt. Keine Schulklasse ohne ihre Ayşes. Keine Krabbelgruppe ohne Emynes und Erdals. Die Berliner Türken prägen das Leben in der Stadt so selbstverständlich mit, dass man sich fragt: Soll das jemals anders gewesen sein?

Wer das türkische Berlin im Jahr 2008 in knappe Worte fassen will, der hat ein Problem. Typisch Türkisches, das gibt es heute nur noch in den Köpfen Ewiggestriger. Kopftuch, Ehrenmord, patriarchale Tyrannei und Frauenunterdrückung – all das existiert. Aber typisch türkisch ist das nur für den, der auch ansonsten glaubt: Deutsche sind Nazis, Schwedinnen pornografisch, Franzosen galant, Schwule sexsüchtig, Italiener Frauenhelden, Juden geldgierig und US-Amerikaner allesamt Rassisten.

Für alle anderen gilt: Türken im Jahr 2008, das sind Steuerberater, Arbeiter, Unternehmer, Arbeitslose, Spekulanten, Kriminelle, Hartz-IV-Bezieher, Politiker, Künstler, Prostituierte, Eltern, Alleinerziehende, Schwule, Lesben, Schönheitsköniginnen, Gottlose,

Muslime, Aleviten, Sunniten, Christen, Juden, Lasen, Kurden, Assyrer, Yeziden, Handwerker, Putzfrauen, Istanbuler, Anatolier, Dumme und Kluge, Eiferer und Pragmatiker, Mörder und Polizisten, Schriftsteller und Analphabeten. Nicht mehr und nicht weniger.

Diversität ist nichts, was jedem gefällt. Aber Klarheit, das war früher. Damals, als ein Berliner noch ein „echter Deutscher“ war und der Türke ein „Gastarbeiter“. Werfen wir einen kurzen Blick zurück.

Ein grauer, trüber Novembertag 1964 ist der Auftakt der türkischen Einwanderung nach West-Berlin. Eine Gruppe von acht jungen Frauen landet am Sonntagabend, den 14. November, von Hannover kommend auf dem Flughafen Tempelhof. Unter Ihnen die zwanzigjährige Filiz Yüreklik, die als Gastarbeiterin „Nummer achtzehn“ in Berlin ankommt.<sup>15</sup>

Was heute kaum noch jemand weiß: Die Einwanderung aus der Türkei war in den ersten Jahren weiblich. Berlin brauchte keine robusten Arbeiter für den Kohlebergbau wie das Ruhrgebiet, sondern Frauen mit geschickten Händen für die Produktion in der Elektro- und der Textilindustrie.

Die Neuankömmlinge verbinden große Erwartungen mit ihrer Arbeitsstelle in Berlin. „Deutschland, das

---

<sup>15</sup> Die Zeitzeugin Filiz Yüreklik hat in zahlreichen Zeitungs-, Rundfunk- und Buchbeiträgen ihre Erinnerungen über den Beginn der Einwanderung zu Protokoll gegeben. Unter anderem in: Eberhard Seidel, *Hoffnung auf ein besseres Leben*, in: *Der Tagesspiegel*, 12. November 1989

war für uns Europa, Fortschritt und die Hoffnung auf ein besseres Leben“, erinnert sich Yüreklik. Die Hoffnungen der jungen Gastarbeiterinnen scheinen sich zu erfüllen. Denn die Stimmung zwischen Berlinern und Türken war gut in den Anfangsjahren. „Es herrschte eine freundschaftliche Atmosphäre. Geduldig nahmen die Deutschen auf unsere Sprachschwierigkeiten Rücksicht, erklärten die Eigenarten, Sitten und Gebräuche unserer neuen Heimat.“

Weniger als 300 Menschen aus der Türkei arbeiten zu diesem Zeitpunkt in der Stadt. In den folgenden Jahren sorgt vor allem die Zuwanderung aus der Türkei dafür, dass West-Berlin, dem immer mehr Menschen den Rücken kehrten, nicht verödet und überaltert. 1972 lebten bereits mehr als 65.000 Türken in Berlin. Alle gingen davon aus, dass der Aufenthalt in Deutschland nur vorübergehend ist. Das zu Beginn der Anwerbung gültige Rotationsprinzip sah vor, dass die Angeworbenen nach ein paar Jahren wieder zurückkehren und durch neue „Gastarbeiter“ ersetzt werden. So sollte eine dauerhafte Niederlassung der Arbeitskräfte verhindert werden.

Es war eine „Win-Win-Situation“. Die „Gastarbeiter“ verdienten in den Großbetrieben der Elektroindustrie Siemens und AEG/Telefunken gutes Geld. Sie investierten das Ersparte in der Türkei als Existenzsicherung für die Zeit nach der Rückkehr. Auch die Türkei profitierte: Zum einen exportierte sie einen Teil ihrer

überschüssigen, arbeitslosen Landbevölkerung. Zum anderen verbesserten die Geldüberweisungen der „Gastarbeiter“ die Zahlungsbilanz des Landes. Und Deutschland konnte sich über die Steuern und Sozialabgaben der „Gastarbeiter“ freuen. Sie füllten die Kassen der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme, ohne in den sechziger und siebziger Jahren davon nennenswert zu profitieren. Denn sie waren jung, gesund und leistungswillig und lebten in der Regel ohne Familienangehörige in Berlin.

1973 ist es mit der Harmonie vorbei. Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise verhängt die Bundesregierung im November 1973 einen bis heute gültigen Anwerbestopp. Zu diesem Zeitpunkt leben rund 80.000 Türken in der Stadt. Diese sollten nun, so die Hoffnung der deutschen Politik, langsam wieder in die Türkei zurückkehren. Doch die dachten angesichts der dortigen wirtschaftlichen und politischen Lage nicht daran. Und sie wussten: Wer geht, der verliert nicht nur seine Ansprüche auf Arbeitslosen- und Kindergeld, sondern auch die Option auf eine mögliche Rückkehr nach Deutschland. In der Folge holten Tausende ihre Ehegatten und Kinder aus der Türkei zu sich nach Berlin. Aus „Gastarbeitern“ wurden Einwanderer. Die Folge: Die Zahl der Türken stieg innerhalb von zehn Jahren von 66.000 (1972) auf rund 120.000 (1982).

Nun lebten anstelle von Arbeitskräften Familien in Berlin, die, wie ihre deutschen Nachbarn auch, das

Recht auf Bildung, auf Gesundheitsfürsorge und soziale Absicherung einforderten. Ganz Deutschland war irritiert. Denn niemand war auf eine Einwanderung auf Dauer vorbereitet: Weder die Politik noch die Verwaltungen, nicht die Schulen und nicht die Gesundheitseinrichtungen.

Es ist ein Versäumnis der deutschen Politik, sich diesen neuen Realitäten, die spätestens mit dem Militärputsch in der Türkei (1980) offensichtlich waren, nicht rechtzeitig gestellt zu haben. Anstatt eine rationale und umfassende Integrationspolitik für die türkischen Einwanderer zu entwickeln, führte die Gesellschaft ideologische Abwehrkämpfe. „Türken raus!“, „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“ – diese Slogans, dieses Wunschenken spukte in den siebziger und achtziger Jahren keineswegs nur durch die Köpfe von Rechtsextremen. Diese fixe Idee bestimmte auch die Politik und führte nach 1980 zu einer regelrechten Türkenhysterie. „Türkenwitze“, die den Einwanderern das gleiche Schicksal in Aussicht stellten, wie es die Juden erleiden mussten, machten die volksverhetzende Runde.

Rassistische Übergriffe, Morde und alltägliche Ausländerfeindlichkeit standen neben politischen Restriktionen, die nur eines zum Ziel zu haben schienen: den Türken das Leben ungemütlich zu machen und sie zum Gehen zu veranlassen. „Zuzugssperre“ (ab 1975), „Lummer-Erlass“ (1981), „Rückkehrprä-

mie“ (1982), „Ausländerklassen“, „Beschränkter Ehegattennachzug“ sind nur einige Wegmarken des politischen Irrwegs der achtziger Jahre, der nicht die Integration, sondern die Desintegration beförderte.

Doch die Menschen aus der Türkei ließen sich nicht beirren. Einmal entschlossen, Berliner zu werden, kämpften sie stur und unbeirrbar für ihre (Bürger-)Rechte und für politische und ökonomische Teilhabe. Sie gründeten Lobbyverbände wie den „Türkischen Bund Berlin-Brandenburg“, die „Türkische Gemeinde zu Berlin“, die „Kurdische Gemeinde“, Sportvereine, den „Türkischen Elternverein“, akademische und Kaufmannsvereine. Und sie beteiligten sich mit Leidenschaft an den politischen Debatten und drängten in die Parlamente. 1987 zog mit Sevim Celebi-Gottschlich die erste Abgeordnete türkischer Herkunft in das Berliner Abgeordnetenhaus ein.

Es war ein Paradigmenwechsel. Aus Objekten der Politik und der bevormundenden Fürsorge wurden Subjekte. Sie erstritten sich Stück für Stück das Recht, über ihr weiteres Schicksal in der Stadt mitzuentcheiden. Als Bürger und auch als Citoyen. Seit Jahren teilen sie nun das Schicksal der Stadt, ihren ökonomischen Niedergang und ihre Verarmung; die Freuden und Wirren der Wiedervereinigung; die Suche nach einer neuen Identität im neuen Deutschland.

Türken in Berlin. Sie sind da, zahlreicher denn je. Auf über 200.000 wird ihre Zahl heute geschätzt – 80.000

von ihnen sind deutsche Staatsbürger. Und die Mehrheit von ihnen kennt nichts anderes mehr als das Leben in Berlin. Geliebt sind sie immer noch nicht. Hunderte von Reportagen und Tausende von Erzählungen im Freundeskreis nageln sie fest auf das exotische Andere, das Trennende, auf das Muslimische, das Patriarchale, das Verhüllte. Es gibt kein Entrinnen, zumal es in jedem Vorurteil einen Keim von Wahrheit gibt. Ja, es gibt den Ehrenmord – vereinzelt. Es gibt die Zwangsheirat – wenngleich nicht so häufig wie vielfach unterstellt. Das Abnorme lebt, im türkischen wie im (ur-)deutschen. Kinder werden misshandelt und getötet, aus einem Zuviel und aus einem Zuwenig an Ehre.

Die Moderne erzeugt Ungleichzeitigkeiten, die Vermittlung und nachholende Entwicklung verlangen. Es gehört zu den vornehmeren Zügen einer offenen und pluralistischen Gesellschaft, die strittigen Punkte zu benennen und die inakzeptablen zu markieren, ohne dabei in kulturalistische Zuschreibungen zu verfallen. Wer weiß das besser als die Deutschen in Ost und West mit ihrem langen Marsch zurück in den Kreis der zivilisierten Nationen.

Die Einwanderer aus der Türkei sind von besonderer Art – nicht unbedingt auf Grund der einen oder anderen nationalen und kulturellen Besonderheit. Befremdliches und Verstörendes findet sich auch bei anderen – bei Vietnamesen, Roma und Sinti, bei Rus-

sen und Kroaten. Aber keine andere Gruppe weckt vergleichbare Emotionen unter den Deutschen. Seit Jahrzehnten beleben die Türken allein durch ihre physische Präsenz den Selbstfindungsprozess der Deutschen. Sie zwingen die Bürger zur Auseinandersetzung und zur Stellungnahme: Ist Deutschland ein Einwanderungsland oder nicht? Wie viele Einwanderer in einem Stadtviertel sind sozial verträglich? Wollen wir islamische Schulen? Anatolische Polizisten? Die doppelte Staatsbürgerschaft? Muttersprachlichen Unterricht an den Schulen? Und wie halten wir es mit der Emanzipation? Die Ausländer, allen voran die Türken, sind Katalysatoren bei der Suche nach Antworten auf die alten, deutschen Fragen: Wer sind wir eigentlich – als Kulturnation, als Gesellschaft, als politische Sozietät? Wer wollen wir künftig sein?

Trotz diskursiver Gräben gleichen sich die Türken den Deutschen in Vielem an: Die Geburtenraten sinken, die Scheidungsraten steigen, der Drogenkonsum und die Zahl der alleinerziehenden Mütter nehmen zu, und immer mehr Türken sind stolze Besitzer eines Schrebergartens.

## **Das polnische Berlin**

Die rund 44.000 gemeldeten Polen sind nach den Türken die zweitgrößte Migrantengruppe in Berlin. Aber das ist nur schnöde Statistik. Für den Journalis-

ten Uwe Rada, Experte für die polnische Migration, ist Berlin eine polnische Stadt: „Über 130.000 Menschen mit polnischer Muttersprache leben in der deutschen Hauptstadt. Dennoch spielt Polski Berlin, das polnische Berlin, in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle. Während die türkische Community mittlerweile längst in aller Munde ist und auch Einzug in die Medien, in Film, Popkultur und die multi-kulturelle Debatte gefunden hat, ist es um die polnischen Berliner nach wie vor ruhig.“<sup>16</sup>

Das ist erklärbar. Zum einen sind die Polen „unsichtbar“, da sie von ihrem Erscheinungsbild unter den Deutschen weniger auffallen als die Menschen aus dem Süden. Zum anderen verbindet die polnischen Berliner keine gemeinsame Einwanderungsgeschichte, kein gemeinsamer Kampf um das Bleiberecht oder um politische Partizipation. Die einen kamen als Vertragsarbeiter nach Ost-Berlin, die anderen in den achtziger Jahren als politische Flüchtlinge, andere als Vertreter seltener Berufe wie Konservatoren und Restauratoren von Baudenkmalern. Manche Polen sind deutsche Aussiedler, andere legale und illegale Arbeiter. Die Folge: Die Polen Berlins haben die unterschiedlichsten Lebensentwürfe. Die einen haben längst den deutschen Pass und wollen sich so schnell wie möglich integrieren. Die anderen haben ihren

---

<sup>16</sup> Uwe Rada unter: [www.uwe-rada.de/themen/index.html](http://www.uwe-rada.de/themen/index.html)

Lebensschwerpunkt nach wie vor in Polen, das anders als die Türkei einen Katzensprung von der deutschen Hauptstadt entfernt liegt.<sup>17</sup>

Trotz „Unsichtbarkeit“ gibt es aber über kaum eine Gruppe von Einwanderern so viele Gerüchte, Legenden und böse Vorurteile wie über die Polen. 25 Jahre nach seiner Gründung kommt der „Polnische Sozialrat“ zu dem Schluss: „Polen in Berlin wecken die unterschiedlichsten Assoziationen. Für die einen sind sie die netten Nachbarn von nebenan, für die anderen sind sie abstrakte, weil nur aus der Presse bekannte Wesen, die deutsche Autos stehlen. Manche erinnern sich an die Tausende auf dem Polenmarkt, oder an diejenigen, welche die Berliner Kantstraße von der Unterhaltungselektronik restlos ‚befreit‘ haben. Wenige erinnern sich noch an die ‚polnischen Freiheitskämpfer‘, die Anfang der 80er Jahre als Vorboten des Zerfalls des real dahinsiechenden Sozialismus in Berlin eingefallen sind und nach der Ausrufung des Kriegszustandes nicht vollständig nach Hause zurückkehrten. Für eine weit größere Zahl sind die Polen schlicht Bauarbeiter, die das größte deutsch-polnische Projekt – den Potsdamer Platz, billig und willig – wie bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorangebracht haben.

---

<sup>17</sup> ebenda

In Wirklichkeit handelt es sich um die unterschiedlichsten Menschen – solche, die dereinst Polen verlassen haben, und die, welche in Berlin geblieben sind: mit deutschem Pass oder einem polnischen, in dem ein Stempel: Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltsbefugnis, Aufenthaltsberechtigung oder Aufenthaltsbewilligung zu finden ist. Manche haben sogar gar keinen Pass. Sie sind so, wie viele andere Menschen dieser Stadt – verschieden, gleich und zugleich in ihrer Vielfalt kaum zu erfassen.“<sup>18</sup>

Eines ist gewiss: Das polnische Berlin hinterlässt Spuren der Veränderung, die die ganze Stadt betreffen und nach dem EU-Beitritt des Landes größer werden. Uwe Rada schreibt: „Während die meisten Berliner Politiker in Richtung Westen schauen, sich mit New York, London oder Paris vergleichen, vollzieht sich hinter ihrem Rücken eine Osteuropäisierung der östlichsten Stadt des Westens und der westlichsten Stadt des Ostens. Dies betrifft nicht nur die wachsende Zahl von Mittel- und Osteuropäern in Berlin, sondern auch die Form des Wirtschaftens, die neuen Formen der Subsistenzökonomie, des Durchwurschtelns und des Improvisierens.“<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> Witold Kaminski auf der Homepage des polnischen Sozialrats, <http://www.polskarada.de/dokumentation.html>

<sup>19</sup> Uwe Rada, a.a.O.

## Italiener

„Ist ein Leben ohne Espresso denkbar? Wie sähe unser Land ohne Eiscafés aus? Kann die deutsche Küche heute auf Knoblauch verzichten?“ Diese Fragen stellte die Berliner Journalistin Carola Rönneburg anlässlich des fünfzigsten Jahrestags des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens. Die Antworten verpackt sie in einem Buch *Grazie mille! Wie die Italiener unser Leben verschönert haben*.<sup>20</sup>

Damit ist alles gesagt. Deutschen lieben ihre Italiener. Und jeder Berliner hat seinen Italiener, seine Pizzeria, Trattoria oder sein Ristorante. Und selbstverständlich ist er mit Antonio, dem Wirt, seit gefühlten hundert Jahren aufs Dickste befreundet. Parmaschinken, Mozzarella, Parmesan, Pasta, Pizza, Italian Design, Mode, kühne Architektur, Dolce Vita – das ist die unvollständige Liste der Beiträge der Italiener zur Zivilisierung und Verschönerung dieser Stadt.

Kaum vorstellbar, dass in den 50er und frühen 60er Jahren, als die Italiener noch die größte und auffälligste Migrantengruppe waren, an so manchen deutschen Lokalen Schilder mit der Aufschrift hingen: „Zutritt für Ausländer verboten!“ Italiener galten als gefährlich, aggressiv und heißblütig, das Springmesser immer schnell zur Hand. In den 70er Jahren übernahmen die Türken die Rolle der bösen Buben der Nation.

---

<sup>20</sup> Carola Rönneburg, *Grazie Mille! Wie die Italiener unser Leben verschönert haben*, Freiburg im Breisgau 2005

14.000 Italiener leben heute in Berlin. Was sie hier machen? Angesichts von 1.500 italienischen Restaurants erübrigt sich die Frage fast von selbst. Sie sind Köche und Kellner, Arbeiter, Lieferanten und Fabrikanten der Importfirmen, die den Bedarf für die Gastronomie und die zahlreichen Delikatessenläden decken.

Der Italiener als Pizzabäcker? Betrug, Klischee und Stereotyp! Man hört sie schon, die stolzen, patriotischen Stimmen, die ungehalten daran erinnern, dass die Italiener doch noch viel, viel mehr für die Stadt getan hätten. Namen wie Renzo Piano, der Architekt des neu gestalteten Potsdamer Platzes, dürften nicht fehlen. Oder Giovanni di Lorenzo, der den *Tagesspiegel* zu einer ansehnlichen, modernen Zeitung liftete, bevor ihn neue Herausforderungen nach Hamburg zogen. Und was ist mit den Literaten?

Ja, das sind die Leuchttürme einer selbstbewussten Community. Aber dieser Glanz verstellt den Blick für die Probleme. Wenn Schulbildung, berufliche Qualifizierung, der Zugang zur Erwerbsarbeit, die berufliche Positionierung und die Arbeitslosigkeit als Indikatoren der Integration herangezogen werden, dann sieht es bei den italienischen Berlinern ähnlich schlecht aus wie bei den türkischen. Das sorgt vielerorts für Verwunderung, gelten die italienischen Einwanderer doch als gut integriert. Aber die Fakten sprechen eine andere Sprache: Italienische Schüler besuchen am häufigsten Sonderschulen und am seltensten Gymnasien und

Realschulen. Bis zu 25 Prozent der italienischen Schüler verlassen vorzeitig die Schule.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Zum einen waren die italienischen Einwanderer der sechziger und siebziger Jahre ungelernete Arbeiter und Bauhelfer mit wenig Bildungskapital für sich und ihre Kinder. Zum anderen sind die Neueinwanderer, die in den 90er Jahre im Rahmen der Freizügigkeit der EU nach Deutschland kamen, noch unentschieden, wo für sie in Zukunft das Leben spielen wird. Als moderne Arbeitsnomaden pendeln sie zwischen Italien und Deutschland, auf der Strecke bleiben häufig die soziale Verankerung und der schulische Erfolg der Kinder.<sup>21</sup>

## **Spanier, Griechen und Portugiesen**

Neben den Italienern wanderten im Rahmen der Anwerbeabkommen in den sechziger Jahren auch Spanier, Griechen und Portugiesen nach Deutschland ein. Ihre Migrationsgeschichte unterscheidet sich grundlegend vom Verlauf der Einwanderung aus der Türkei. Wer sich in den fünfziger bis siebziger Jahre für eine Arbeit in Deutschland entschied, der kam nur selten bis Berlin. Der Süden Deutschlands und das Ruhrgebiet warben

---

<sup>21</sup> Die Broschüre des Integrationsbeauftragten *Italien in Berlin* bietet ausführliche Informationen über die Geschichte der Italiener in der Stadt und über ihre kulturellen und sozialen Aktivitäten: Mario Tamponi, *Italien in Berlin*, Berlin 2000

früher als Berlin „Gastarbeiter“ an. Darüber hinaus waren diese Regionen für sie allemal interessanter, da näher an der Heimat, als der kalte, graue Norden Deutschlands. Zum Gegenstand öffentlicher Debatten werden sie nur selten. Das hat zum einen mit ihrer geringen Zahl zu tun. 2007 waren in Berlin 10.000 Griechen, 6.600 Spanier und weniger als 3.000 Portugiesen gemeldet. Zum anderen stellen sich viele Fragen der Integration und Partizipation für die EU-Bürger erst gar nicht. Seit 1995 haben Bürger der Europäischen Union mit Wohnsitz in Berlin das aktive und passive Stimmrecht und beteiligen sich an den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen. Kehren sie in ihre Heimat zurück, haben sie auf Grund der Freizügigkeit innerhalb der EU jederzeit die Option, nach Berlin zurückzukommen. Wie das Beispiel der schulischen Misserfolge der italienischen Kinder zeigt, hat diese Wahlfreiheit nicht nur positive Folgen.

1960 wurde mit Spanien ein Anwerbeabkommen abgeschlossen. Die meisten der spanischen Gastarbeiter machten sich aus wirtschaftlich unterentwickelten Regionen wie Galicien, Andalusien und Extremadura auf den Weg. Die Migration war gleichzeitig eine Möglichkeit, der politischen Verfolgung und Unterdrückung während der Franco-Diktatur (1939 – 1975) zu entkommen. 1973, auf dem Höhepunkt der „Gastarbeiter-

beschäftigung“, lebten in Deutschland rund 300.000 Spanier, davon nur etwa 1.300 in Berlin.<sup>22</sup>

Zu einer dauerhaften Aus- beziehungsweise Einwanderung wurde dies nur für die wenigsten. Nach Ende der Franco-Diktatur (1975) und dem EU-Beitritt (1986) und dem damit einhergehenden wirtschaftlichen Aufschwung kehrten rund zwei Drittel nach Spanien zurück. Keine andere Migrantengruppe zeigt eine so deutliche Bereitschaft zur Remigration wie sie.

Die Einwanderung aus Portugal nach Berlin ist marginal. Einen starken Anstieg der Zahl portugiesischer Arbeitnehmer gab es kurzfristig während des Baubooms rund um die Jahrtausendwende, als auf den Baustellen Berlins auch viele Bauarbeiter aus Portugal beschäftigt waren. Damals, im Jahr 2000, lebten rund 5.000 Portugiesen in der Stadt, heute sind es nicht viel mehr als 3.000.

Nach den Türken, Italienern und Polen stellen die Griechen heute mit rund 300.000 Personen die viertgrößte Zuwanderergruppe in Deutschland. Mehr als die Hälfte von ihnen lebt in Bayern und Baden-Württemberg.

---

<sup>22</sup> Bettina Böwe/Patricia Cerda P.-Hegerl, *Portugiesen und Spanier in Berlin*, Berlin 2000, S. 28. Die Broschüre bietet ausführliche Informationen über die Geschichte der Spanier und Portugiesen in Berlin und über ihre kulturellen und sozialen Aktivitäten; CLID – Integration in Deutschland 3/2006, *Spanier in Deutschland*, 22. Jg., 30. September 2006. Im Folgenden stützen wir uns bei den Ausführungen u.a. auf diese beiden Publikationen

Die ersten Griechen kamen bereits sehr früh nach Deutschland. Während des griechischen Bürgerkriegs (1946 – 1949) schickten kommunistische Eltern ihre Kinder zur Erziehung in die DDR. Nach Ende des Bürgerkriegs emigrierten viele Kommunisten – auch nach Ost-Berlin. Ab 1960 begann die Anwerbung von „Gastarbeitern“. Als 1967 das Militär die Macht ergriffen hatte und kaum eine andere Emigrationsmöglichkeit bestand, kamen viele Griechen auf diesem Weg in die Bundesrepublik und nach West-Berlin.

Nach dem Ende der Diktatur (1974), dem Beitritt zur EU (1981) und der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation nach der Jahrtausendwende kehrten viele Griechen oder deren Nachfahren nach Griechenland zurück. Auch viele der hiergebliebenen Rentner ziehen es vor, dort zumindest die Sommerzeit zu verbringen, oder nur zu Weihnachten die Kinder in Deutschland zu besuchen.

Ähnlich den Italienern haben auch die Spanier und Griechen vor allem in der Gastronomie bleibende Spuren im neuen Berlin hinterlassen.

## **Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien**

Hier wäre nun der Platz, um über die Einwanderergruppe zu sprechen, die ab 1968, als Berlin ganz unter dem Eindruck der Studentenunruhen stand, nach (West-) Berlin kam – die Jugoslawen. Auch sie wurden zunächst

als „Gastarbeiter“ für die Arbeit in den Betrieben angeworben – unter ihnen mit 30 Prozent ein recht hoher Anteil an Frauen.<sup>23</sup> Der Verlauf der Einwanderung der jugoslawischen „Gastarbeiter“ ähnelt dem der Türken. Auch sie kamen aus unterentwickelten, ländlichen Regionen. Viele der Arbeiterinnen und Arbeiter holten nach Verhängung des Anwerbestopps ihre Familien nach. Auch bei ihnen wurde aus einem vorübergehenden Arbeitsaufenthalt eine Niederlassung auf Dauer.

Ogleich 1989 bereits 34.000 Jugoslawen in Berlin lebten und sie damals nach den Türken die zweitgrößte Ausländergruppe in Berlin stellten, spielten sie in der öffentlichen Diskussion keine allzu große Rolle. Weder waren sie größeren Abwertungen und Misstrauen durch die Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt wie die Türken, noch einer liebevollen Mystifizierung wie die Italiener. Trotzdem, so ist in der Literatur nachzulesen, soll es durchaus wechselseitige Vorbehalte gegeben haben. So schreibt Christian Schölzel in seinem Buch „Vom Balkan nach Berlin“: „Klassische deutsche Stereotype lauten: Jugoslawen sind überbordend lebensfroh, gastfreundlich und zu unbekümmert, unzuverlässig, unpünktlich, mit einer Neigung zur Unehrlichkeit ausgestattet, unzivilisiert, faul und schmutzig. Jugoslawische Vorurteile über Deutsche lassen sich wie folgt darstellen: Sie sind zu fleißig, sehr zuverlässig und pünktlich,

---

<sup>23</sup> Bosiljka Schedlich /Sabine Gieschler, *Der Weg. Jugoslawische Frauen in Berlin*, Berlin 1987

gut im organisieren und entwickeln sich bei alledem zu gefühllosen, habgierigen Arbeitsmaschinen.“<sup>24</sup>

Ganz offensichtlich stimmt an dieser Analyse etwas nicht. Träfe sie zu, wäre es nicht möglich gewesen, dass Berlin während der Jugoslawienkriege (1991 – 1995) über 30.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aufgenommen und über lange Jahre humanitär versorgt hätte. Damit haben die 3,4 Millionen Berliner mehr Flüchtlingen aus dem auseinanderbrechenden Jugoslawien Schutz geboten als Frankreich und Großbritannien, die ihre Grenzen nur für 22.300 Flüchtlinge öffneten. Das ist etwas, worauf die Stadt und ihre Bürger zu Recht stolz sein können. Diesem Kapitel der Berliner Einwanderungsgeschichte werden wir uns im folgenden Abschnitt widmen.

Heute gibt es kein Jugoslawien mehr und damit auch keine Jugoslawen in Berlin. Stattdessen lebten 2007 in der Stadt Bürger aus:

Serbien und Montenegro	23.370
Kroatien	11.097
Bosnien und Herzegowina	10.576
Mazedonien	4.531
Slowenien	1.178

Quelle: Amt für Statistik für Berlin-Brandenburg

---

<sup>24</sup> Christian Schölzel, *Vom Balkan nach Berlin. Ein Streifzug durch die Beziehungen zu Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten*, Berlin 1999, S. 83

## Fluchtpunkt Berlin

Von 1949 bis 1993 genossen politisch Verfolgte aus aller Welt in der Bundesrepublik Deutschland ein Grundrecht auf Asyl. Der Artikel 16 des Grundgesetzes galt auch für West-Berlin. Jeder, der nach Deutschland kam und einen Asylantrag stellte, hatte den Anspruch, dass sein Begehren gerichtlich geprüft wurde. Der Geist des Gesetzes entsprang den Erfahrungen vieler Väter und Mütter des Grundgesetzes, die während der Nazidiktatur entweder selbst fliehen mussten oder aber miterlebten, dass vielen NS-Flüchtlingen der Schutz von Ländern wie der Schweiz verwehrt wurde.

Bis Mitte der siebziger Jahre beehrten jährlich wenige tausend Flüchtlinge Schutz in Deutschland. Mit Beginn des Bürgerkrieges im Libanon Ende der siebziger Jahre und dem Militärputsch 1980 in der Türkei änderte sich die Situation. 1979 stellten in Deutschland über 51.000 Menschen einen Antrag auf Asyl, 1980 bereits knapp 110.000. Und mit dem Verschwinden des sozialistischen Blocks und dem Beginn der Balkankriege (1991) schossen die Asylbewerberzahlen dramatisch in die Höhe, von über 190.000 im Jahr 1990 auf über 440.000 im Jahr 1993. Angesichts dieses Ansturms herrschte helle Aufregung im Land.

Seit Mitte der achtziger Jahre wurde rund um das Asylrecht die heftigste innenpolitische Debatte ge-

führt, die die Bundesrepublik Deutschland jemals erlebt hatte. Sie mündete 1993 in eine massive Beschränkung des Asylrechts. Tatsächlich gab es in der Asylpolitik einige strukturelle Probleme<sup>25</sup>: Zum einen traf die klassische Definition der politischen Verfolgung insbesondere für Flüchtlinge aus Ländern, in denen Bürgerkrieg herrschte, nicht zu. Das Recht auf Asyl beschränkte sich auf individuelle politische Verfolgung im engsten Sinne. Zum anderen durfte die Bundesrepublik Flüchtlinge, denen bei der Rückkehr Gefahr für Leib und Leben drohte, auf Grund der Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht abschieben. Dadurch wurden diese Flüchtlinge zum Beispiel aus dem Libanon, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien zwar als Asylbewerber abgelehnt, ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik und West-Berlin als so genannte De-facto-Flüchtlinge aber dennoch geduldet.

Was das und einzelne Aspekte der Verschärfung des Asylrechts für die Menschen bedeutet hat, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden. Nur so viel sei hier zusammengefasst: In den letzten dreißig Jahren haben Hunderttausende von Menschen zumindest vorübergehend Zuflucht in Berlin gefunden: Albaner, Algerier, Afghanen, Bosnier, Chinesen, Eritreer, Gha-

---

<sup>25</sup> Vgl. Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2001, S. 264 ff.

naer, Griechen, Iraner, Iraker, Kasachen, Kroaten, Libanesen, Marokkaner, Nigerianer, Polen, Palästinenser, Tamilen, Rumänen, Russen, Serben, Spanier, Staatenlose, Tunesier, Vietnamesen, Weißrussen und viele andere. Viele sind in ihre Heimat zurückgekehrt, nachdem sich die politische Situation verbessert hat; andere sind Richtung Westdeutschland, den USA, Schweden oder Kanada weitergezogen; manche wurden mit Gewalt in ihre Heimat abgeschoben, und ein Teil blieb für immer in Berlin.

Mit der Offenheit der zurückliegenden Jahrzehnte hat zunächst der Westteil der Stadt, dann das vereinte Berlin an eine große Tradition angeknüpft, an das 17. Jahrhundert, als vor allem jüdische und protestantische Glaubensflüchtlinge Aufnahme in Berlin gefunden hatten (siehe Kapitel 1).

## **Flüchtlinge aus Nahost**

„Habibi“ – ein arabisches Wort macht Karriere. Es steht über dem Eingang zum Falafel-Imbiss, dem Gemüse- oder Zeitungsladen – die ganze Stadt ist „Habibi“. Das klingt nicht nur weich und süß, sondern auch einladend und charmant. Es ist ein Umwerben, denn „Habibi“ bedeutet so viel wie „mein Geliebter“, „Freund“ oder „Kumpel“. Ein sichtbares Bekenntnis der arabischen Community, dass sie hier ist und Teil des guten und schönen Lebens sein möchte.

Die Araber sind nach den Türken eine der größten Zuwanderergruppen in Berlin.<sup>26</sup> Mit ihren Moscheen und Kirchen, den Export-Importläden, Sisha-Bars, Falafel-, und Schawarma-Restaurants und vielen Pizzerien, die schon längst keine Domäne italienischer Einwanderer mehr sind, prägen sie das Straßenbild vor allem in den ärmeren Vierteln der Stadt.

„Die Araber“ – das klingt nach Homogenität und Einheit. Das allerdings täuscht. Einige wenige wurden in den 60er Jahren als Arbeitnehmer nach Deutschland gerufen. Andere kamen als politische Flüchtlinge und als Künstler, Journalisten, Ärzte, Wissenschaftler und Studenten aus Ländern wie dem Irak, Jordanien, Ägypten, Syrien oder Algerien. Die meisten aus den Krisenregionen des Nahen Ostens. Sunniten, Schiiten, Säkulare, Kopten, Nationalisten, aramäische Christen ... Die arabischen Berliner stammen aus etwa zwanzig unterschiedlichen Staaten und sind damit kulturell und religiös die heterogenste Einwanderergruppe.

---

<sup>26</sup> In den Text sind Informationen aus folgenden Publikationen eingeflossen:

- Frank Gesemann/Gerhard Höpp/Haroun Sweis (Hrsg.), *Araber in Berlin*, Berlin 2002
- Ralph Ghadban, *Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin. Zur Integration ethnischer Minderheiten*, Berlin 2000
- Ralph Ghadban, *Abgrenzung und Ausgrenzung. Eine kurze Geschichte der Arabischen Einwanderung nach Deutschland*, in: *Jungle World*, 07. März 2007
- Mohamad Zaher, *Arabische Migranten in Berlin. Ursachen und Folgen deutscher Ausländerpolitik*, Manuskript unter [www.karame.de](http://www.karame.de)

Wie viele Araber leben in der Stadt? Sind es 20.000, 50.000 oder doch eher 80.000? In der Literatur und den einschlägigen Presseartikeln ist so ziemlich jede Zahl zu finden. In einem Land der preußisch akkuraten Verwaltung und unbestechlicher, amtlicher Statistiken (die tatsächlich ca. 20.000 Staatsangehörige arabischer Staaten ausweist) ist dies mehr als ungewöhnlich. Zu verstehen ist das nur, wenn man weiß, wann, warum und wie die meisten Araber nach Berlin gekommen sind und dass sich unter ihnen viele „Staatenlose“ befanden. Vieles spricht dafür, dass in Berlin etwa 70.000 Menschen mit arabischen Wurzeln leben, darunter 30.000 palästinensischer Herkunft und über 20.000 libanesischer. Die meisten haben in den letzten zehn Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen – sind also Deutsche mit Migrationshintergrund und tauchen in der Ausländerstatistik nicht mehr auf.

Die überwiegende Mehrheit der Libanesen und Palästinenser kamen im Zuge des libanesischen Bürgerkrieges zwischen 1975 und 1990 als Flüchtlinge nach Berlin. West-Berlin wurde in diesen Jahren zum bevorzugten Zufluchtsort, denn viele westeuropäische Länder, ganz zu schweigen von den sozialistischen, verweigerten den Bürgerkriegsflüchtlingen zunächst die Einreise, da sie in der Regel keine politisch Verfolgten waren, sondern „nur“ Opfer des Bürgerkrieges.

Jede Eskalationsstufe des Bürgerkrieges, in dessen Verlauf rund 90.000 Menschen getötet und rund

800.000 vertrieben wurden, löste einen Flüchtlingsstrom nach Berlin aus: 1976 griffen christlich-maronitische Falangisten gemeinsam mit der syrischen Armee das palästinensische Flüchtlingslager „Tal Zaatar“ an. Bei den Massakern sind mehr als 3.000 Palästinenser gestorben. Viele der Überlebenden sind nach Berlin geflüchtet. 1978 marschiert die israelische Armee in den Libanon ein, um im Süden des Landes eine Sicherheitszone einzurichten. Viele der vertriebenen Libanesen und Palästinenser flüchteten nach Berlin. 1982 verübten Falangisten erneut ein Massaker in Beirut – diesmal in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila. Erneut flüchteten Menschen nach Berlin.

Die Beliebtheit West-Berlins als Zufluchtsort war dem besonderen Status Berlins während des Kalten Krieges geschuldet. Die Stadt wurde zum Nadelöhr. Und so verlief die Einreise: Die potenziellen Asylsuchenden landeten von Beirut kommend auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld. Da nur hohe PLO-Funktionäre die Chance hatten, in der DDR Asyl zu erhalten, fuhr das einfache Volk weiter zum S-Bahnhof Friedrichstraße, einem Grenzübergang, über den man nach West-Berlin gelangte. Ungehindert passierten die Flüchtlinge die ostdeutschen Grenzkontrollen, stiegen in die S-Bahn, die sie problemlos nach West-Berlin, dem freien und offenen Teil der Stadt brachte. Da West-Berlin aus politischen Grün-

den auf jegliche Grenzkontrollen verzichtete, konnten die Flüchtlinge ungehindert aussteigen und einen Asylantrag stellen. Nach dem damals gültigen Asylgesetz waren sie damit vor sofortiger Abschiebung geschützt.

Es waren nicht die Privilegierten und Gebildeten, die sich aus dem Libanon nach West-Berlin aufmachten. „Es waren zumeist die Ärmsten, die wegen der Sozialhilfe und der leichten Einreise über die DDR in die Bundesrepublik kamen; Menschen, die weder Verwandte im Ausland hatten, noch reich genug waren, um zu wählen, wohin sie gingen.“<sup>27</sup>

So leicht die Einreise nach West-Berlin gelang, so schwer gestaltet sich bis heute die Integration dieser Gruppe. So stellt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fest: „Etwas läuft grundsätzlich schief.“ Am auffälligsten unter den jungen kriminellen Tätern Berlins seien die arabisch-libanesischen Jugendlichen: „Mit oder ohne deutschen Pass stellen sie inzwischen 44 Prozent der so genannten Intensivtäter.“<sup>28</sup> Rund 90 Prozent der einstigen arabischen Flüchtlinge arbeiten gar nicht oder in der Schattenwirtschaft. Rund 60 Prozent der Kinder verlässt die Schule ohne Abschluss.

Häufig werden der Islam und die Besonderheiten der arabischen Mentalität für dieses sozial- und bil-

---

<sup>27</sup> Ralph Ghadban, *Abgrenzung und Ausgrenzung*, a.a.O.

<sup>28</sup> Regina Mönch, *Jugendgewalt. Das libanesisches Problem*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. März 2007, S. 33

dungspolitische Desaster verantwortlich gemacht. Diese Argumentation wird der Geschichte nicht gerecht. Die Desintegration ist die Spätfolge einer Politik, die eine Integration der Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft über zwanzig Jahre hinweg behinderte. Da die wenigsten der Flüchtlinge als asylberechtigt anerkannt wurden, sie auf Grund der Genfer Konvention aber auch nicht abgeschoben werden konnten, erhielt die Mehrheit lediglich eine so genannte Duldung. Die Folge: Den Flüchtlingen wurde jegliche Arbeit untersagt, die Beschulung der Kinder vernachlässigt; das Arbeitsverbot verdamnte Zigtausende zu langjähriger Untätigkeit und trieb sie in die Schattenökonomie. Erst zu Beginn der neunziger Jahre änderte sich die Situation. „Als die Politik endlich den Weg zur Integration der Geduldeten ebnete, war es für viele zu spät. Sie haben sich in Parallelgesellschaften eingerichtet und weigerten sich, der Mehrheitsgesellschaft beizutreten“, beklagt Ralph Ghadban.<sup>29</sup>

Ob dies so bleibt, ist offen. Denn inzwischen schenkt die Öffentlichkeit dieser Bevölkerungsgruppe etwas mehr Aufmerksamkeit. Sollte dies im nächsten Schritt dazu führen, den Kindern und Jugendlichen echte Bildungs- und Integrationschancen zu bieten, wäre dies die Gewähr, dass „Habibi“ nicht aus dem Berli-

---

<sup>29</sup> ebenda

ner Wortschatz verschwindet, sondern dereinst für die gelungene Integration arabischen Lebens in den Berliner Alltag steht.

## **Flüchtlinge aus Exjugoslawien**

Als 1989 in Berlin die Mauer fiel und die kommunistischen Diktaturen eine nach der anderen von der Bühne der Geschichte verschwanden, währte die Freude nur kurz. Massaker, Massenvergewaltigungen, Konzentrationslager, ethnische Säuberungen – das alles schien der schrecklichen Vergangenheit des Kontinents anzugehören. Europa wurde eines Besseren belehrt.

Nach dem Ende der sozialistischen Ära forderten 1991 zunächst die jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit, später dann auch Bosnien-Herzegowina und Mazedonien. Die Sezessionskriege (1991 – 1995), die so genannten Balkankriege, forderten nach konservativen Schätzungen weit über 100.000 Tote. Hunderttausende wurden im Rahmen „ethnischer Säuberungen“ bei der Gründung der neuen Nationalstaaten Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien aus ihrer Heimat vertrieben.

Im März 1995 zählte das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) 735.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Davon kamen

350.000 nach Deutschland, 32.000 fanden Zuflucht in Berlin. Darunter 10.000 Roma, die meisten muslimischen Glaubens. Die Roma waren schon zu Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen geflohen, denn sie wurden von allen Kriegsparteien verfolgt, misshandelt und vertrieben. Das hat bis heute Auswirkungen. Als mit dem Ende des Bürgerkrieges der Großteil der Flüchtlinge bis zum Jahr 2000 wieder in ihre Heimat zurückkehrte, waren es vor allem die ungeliebten Roma, die in Berlin blieben.

Keine andere Migrantengruppe hat in Berlin eine so tiefgreifende Metamorphose durchlebt wie die Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Bis 1990 lernten die Berliner die „Gastarbeiter“ am Arbeitsplatz und in der Schule als Jugoslawen kennen, die allesamt Serbokroatisch sprachen und stolz Fotos von ihren wunderschönen Herkunftsorten wie Pula, Dubrovnik und Split zeigten. Nach 1990 behaupteten dieselben Kollegen und Eltern aus Jugoslawien plötzlich, sie könnten sich wechselseitig nicht verstehen, sie sprächen keine gemeinsame Sprache, sondern ganz unterschiedliche – Bosnisch, Serbisch und Kroatisch. Schülerinnen und Schüler, die jahrelang in einer gemeinsamen Sprache auf den Pausenhöfen lachten und stritten, machten plötzlich einen weiten Bogen umeinander. Die Jugoslawische Schule, die sie nachmittags gemeinsam besucht hatten, wurde aufgelöst, gemeinsame Freizeitaktivitäten gab es nicht

mehr. Der Krieg auf dem Balkan war in Berlin mit über 30.000 Flüchtlingen angekommen.

In dieser schwierigen Situation zeigte sich: Berlin verfügt inzwischen über ein beispielhaftes Netzwerk ziviler und humanitärer Initiativen und Organisationen, das sich engagiert gegen jede Form von nationalem oder religiösem Separatismus einsetzt. Ihm gehören kirchliche, gewerkschaftliche und menschenrechtsorientierte Organisationen an und das „Süd-Ost-Europa Kulturzentrum“. Vor allem das Kulturzentrum leistete Außergewöhnliches: Als Tausende von Flüchtlingen, Angehörige der verschiedenen ethnischen Gruppen, die auf dem Balkan Krieg gegeneinander führten, in Berlin lebten, musste mit Konflikten gerechnet werden. In dieser Situation kümmerte sich das „Süd-Ost-Europa Kulturzentrum“ unabhängig von der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit der Flüchtlinge um ihre Alltagsprobleme, suchte nach Wegen, sie zusammenzubringen, um die Gräben zu überwinden, die so schmerzvoll entstanden waren.

Jugendliche fanden am ehesten den Weg zueinander – eine wichtige Rolle spielte dabei die Musik. Bereits 1993 trafen sich Flüchtlinge aus Jugoslawien in Kreuzberger Clubs und begannen, die allgegenwärtige Flüchtlingsdepression und Angst vor Abschiebung durch Musik zurückzudrängen. Das Berliner Soundsystem „BalkanBeats“ setzt seit 1995 dem Irrsinn eth-

nischer Grenzziehungen gelebte Gemeinsamkeit entgegen. Heute gibt es keine Jugoslawen mehr in Berlin, sondern nur noch Serben, Kroaten, Bosniaken, Kosovaren, Mazedonen und Slowenen.

Die große Flucht nach Berlin ist Geschichte. Während in den frühen neunziger Jahren jährlich mehr als 10.000 Menschen einen Antrag auf Asyl stellten, sind es in den letzten fünf Jahren zwischen 700 und 1.000. Insgesamt lebten Ende 2006 8.834 Flüchtlinge aus folgenden Staaten mit einer Duldung in Berlin:

Jugoslawien	1.330
Libanon	775
Vietnam	667
Türkei	484
Bosnien und Herzegowina	398
Russische Föderation	326
Aserbaidshan	238
Syrien	177
Angola	175
Armenien	161
Ohne Angaben	25
Sonstige	1.841
Staatenlos	45
Ungeklärt	2.182
Gesamt	8.834

## Ausländer in der DDR und Ost-Berlin

Die Deutsche Demokratische Republik war kein Einwanderungsland, kein Touristenland, kein Asylland. Beide deutschen Staaten hätten bis zur Wiedervereinigung im Jahr 1990 unterschiedlicher nicht sein können. An den westdeutschen Grenzen herrschte seit den fünfziger Jahren ein stetiges Kommen und Gehen. Millionen von Menschen aus den Anrainerstaaten des Mittelmeers strömten als „Gastarbeiter“ ins Land. Gleichzeitig machte sich jeden Sommer eine schier endlose Karawane westdeutscher Arbeitnehmer auf den Weg, um an den Stränden Italiens, Jugoslawiens und Spaniens mediterranes Lebensgefühl zu erkunden. Und wie kein zweites Land in Europa wurde die alte Bundesrepublik zu einem bevorzugten Zufluchtsort für Flüchtlinge aus aller Welt.

Im Vergleich zum offenen westdeutschen Haus war die DDR eine eher geschlossene Veranstaltung. Differenz und Vielfalt waren im Konzept des real existierenden Sozialismus nicht vorgesehen. Internationalismus und Völkerfreundschaft – das war der Stoff, aus dem sozialistische Sonntagsreden gezimmert wurden. Im Alltag war Kosmopolitisches rar gesät. Natürlich machten sich auch jeden Sommer Tausende DDR-Bürger mit dem Auto auf in die Urlaubsziele am Balaton oder am Schwarzen Meer. Der visafreie Verkehr mit den Nachbarn Polen und Tschechoslo-

wakei trat aber beispielsweise erst 1972 in Kraft. Für die meisten Bruderstaaten benötigten DDR-Bürger Visa und konnten nur begrenzt Geld in die lokale Währung umtauschen. Auslandsreisen wurden oft auch zum Einkauf von Produkten genutzt, die auf dem heimischen Markt Mangelware waren. Dies führte in den sozialistischen Staaten immer wieder zum gegenseitigen Vorwurf des Ausverkaufs von Mangelwaren durch die „Ausländer“.

Die DDR war abgeschotteter als ihre Nachbarstaaten, deren Bürger nicht selten sogar Reisen in den Westen unternehmen konnten.

Sie konservierte die zwischen 1933 und 1945 gewaltsam herbeigeführte ethnische, kleinbürgerliche und (a-)religiöse Homogenität bis zu ihrem Ende.

Natürlich konnte sich auch die DDR nicht vollständig vom Rest der Welt abschotten. Dafür sorgte schon allein die Präsenz der sowjetischen Armee. Sowjetische Soldaten und Zivilpersonen waren mit über einer halben Million Menschen die größte Gruppe von Ausländern in der DDR. „Durch ihre flächendeckende Präsenz gehörten sie beinahe 50 Jahre lang für einen sehr großen Teil der DDR-Bevölkerung zum Alltag. Nach jüngeren Schätzungen hielten sich zwischen 1945 und 1994 insgesamt etwa zehn Millionen Bürger der Sowjetunion beziehungsweise ihrer Nachfolgestaaten als Soldaten, Zivilbeschäftigte der Streitkräfte oder deren Familienangehörige in der DDR auf. Verglichen mit den quanti-

tativ deutlich kleineren Gruppen der Vertragsarbeiter, politischen Emigranten und ausländischen Studenten, stellten sie daher in der DDR gleichsam „die Fremden“ schlechthin dar.“<sup>30</sup> Heute, fünfzehn Jahre nach Abzug der sowjetischen Truppen, erinnern nur noch Fellmützen mit dem roten Stern, die Berlintouristen rund um den Checkpoint Charlie und das Brandenburger Tor feilgeboten werden, an diesen Abschnitt der deutschen Geschichte.

Eine West-Berlin vergleichbare Darstellung der Geschichte der Migration nach Ost-Berlin ist nicht möglich. Bis Ende 1989 gab es keine offiziellen Angaben über die Zahl der in der DDR beziehungsweise in Ost-Berlin lebenden Ausländer und ihre Herkunftsländer. Zum anderen gab es keine Berichterstattung in den von der SED kontrollierten Medien, die uns heute Auskunft geben könnte, wie die Migranten lebten und wie sie von der Mehrheitsbevölkerung aufgenommen wurden.<sup>31</sup> „Das Thema wurde als ein Staatsgeheimnis

---

<sup>30</sup> Patrice G. Poutrus, *Die DDR, ein anderer deutscher Weg? Zum Umgang mit Ausländern im SED-Staat*, in: Rosmarie Beier-de Haan (Hrsg.), *Zuwanderung in Deutschland. Migrationen 1500–2005*, Berlin/ Wolfenbüttel: Deutsches Historisches Museum/ Edition Minerva 2005, S. 120–133.

<sup>31</sup> Die Ausführungen in diesem Kapitel stützen sich unter anderem auf folgende Publikationen:

- Patrice G. Poutrus, a.a.O.
- Andrzej Stach/Saleh Hussain, *Ausländer in der DDR. Ein Rückblick*, Berlin 1994 (4. Auflage)
- Irene Runge, *Ausland DDR: Fremdenhaß*, Berlin 1990
- DHM – Deutsches Historisches Museum Berlin, *Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500–2005*, Berlin 2005
- [de.wikipedia.org/wiki/vertragsarbeiter](https://de.wikipedia.org/wiki/vertragsarbeiter)

gehütet, so dass es erst nach der Wende in der DDR möglich wurde, erste offizielle Statistiken zu erstellen und zu veröffentlichen.“<sup>32</sup> Schließlich wurden nach der Wiedervereinigung viele der kubanischen und angolanischen Vertragsarbeiter in ihre Heimat zurückgeschickt, ehe sie für die Nachwelt ein Zeugnis über ihre Erfahrungen hätten ablegen können.

## **Die Vertragsarbeitnehmer**

Bereits seit den sechziger Jahren arbeiteten Ausländer in den DDR-Betrieben. Zunächst nur vereinzelt; und im Rahmen von Außenhandelsverträgen entsandte Polen jährlich 10.000 bis 30.000 Fachkräfte für befristete Tätigkeiten für Bau- und Montagearbeiten.

Je nach vertraglichen Vereinbarungen mit befreundeten Staaten schwankte auch der Anteil der in der DDR beschäftigten Nationen. So lebten beispielsweise Ende der siebziger Jahre etwa 18.000 Algerier in der DDR.

Mit dem Abschluss des Regierungsabkommens zwischen der DDR und Vietnam 1980 stellte Vietnam das Gros der Vertragsarbeiter, darunter vor allem Frauen, die in der Textilindustrie arbeiteten. Der Höhepunkt der Beschäftigung von Vertragsarbeitnehmern war in den Jahren 1986 bis 1989:

---

<sup>32</sup> Andrzej Stach/Saleh Hussain, a.a.O., S. 6

## Zahl der Vertragsarbeitnehmer in der DDR (ca.):

1966	3.500	1986	61.000
1970	12.200	1987	53.015
1974	18.680	1988	87.793
1980	26.006	1989	93.568

1989, kurz vor dem Ende der DDR, arbeiteten rund 94.000 so genannte Vertragsarbeiter im Land. Sie kamen aus Vietnam (59.000), Mosambik (15.100), Kuba (8.300), Angola (1.300) und anderen sozialistischen Ländern und arbeiteten vor allem in den industriellen Zentren in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Einige in Berlin.

„Vertragsarbeiter“ waren die „Gastarbeiter“ des Ostens – mit einem großen Unterschied. Anders als im Westen wurden sie nicht zur wirtschaftlichen Ausbeutung ins Land geholt – so die Theorie. Sie sollten im Rahmen der „sozialistischen Bruderhilfe“ eine Facharbeiterausbildung erhalten, mit dem Ziel, nach Vertragsende wieder in ihre Heimat zurückzukehren, um dort die Wirtschaft zu stärken. Auch die entsendenden Staaten sahen darin Vorteile für sich und ihre Wirtschaft: Neben der beruflichen Qualifizierung junger Arbeitskräfte war ein weiterer wichtiger Grund die Verschuldung sozialistischer Entwicklungsländer bei der DDR, die sie teilweise mit der befristeten Entsendung junger Arbeiter begleichen wollten.

Die Wirklichkeit sah jedoch oft anders aus. Die Vertragsarbeiter wurden insbesondere an unbeliebten, schlecht bezahlten und gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen eingesetzt. Und sie waren Arbeitskräfte zweiter Klasse, denen elementare Rechte vorenthalten wurden.

„Untergebracht wurden die Vertragsarbeiter grundsätzlich kollektiv in Wohnheimen des Einsatzbetriebes. Die Ausstattung – nach dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit – war exakt festgelegt. Fünf Quadratmeter pro Person, maximal vier Personen pro Raum, für 50 Personen ein Klubraum. Für die DDR galten die fremden Arbeiter als Sicherheitsrisiko: ‚Die Gemeinschaftsunterkünfte sind so abzugrenzen, dass Ordnung und Sicherheit gewährleistet sind. Der Betrieb hat die durchgehende Einlasskontrolle zu sichern.‘ Die Unterbringung erfolgte nach Geschlechtern getrennt, auch Ehepartner hatten keinen Anspruch auf eine gemeinsame Wohnung. Übernachtungen von Bekannten waren nur ‚bei freier Bettenkapazität‘ für höchstens drei Nächte möglich, und um ‚illegalen‘ Übernachtungen beizukommen, veranstalteten besonders vietnamesische Gruppenleiter mit deutschen Heimleitungen nächtliche Razzien.“<sup>33</sup> Schließen Vertragsarbeiter außerhalb des Wohnheims, wurde dies gemeldet. Entdeckten die Behör-

---

<sup>33</sup> Andrzej Stach/Saleh Hussain, a.a.O.

den eine Liebesbeziehung oder wollten die Betroffenen heiraten, benötigte das Paar für die Heirat das Einverständnis beider Staaten.

„Ein besonderes heikles Thema waren Schwangerschaften: Nur polnische Frauen durften in der DDR entbinden, während sonst die Alternative Abtreibung oder Zwangsrückkehr galt. (...) Viele Beziehungen scheiterten an der staatlichen Willkür, manche deutsche Frau verleugnete gar den ausländischen Vater ihres Kindes, um diesem Schwierigkeiten nach der Rückkehr ins Heimatland zu ersparen.“<sup>34</sup>

Die staatliche Willkür, die den VertragsarbeitnehmerInnen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und freie Partnerwahl absprach und die Bewegungsfreiheit erheblich einschränkte, erschwerte ein unbefangenes Verhältnis zwischen Vertragsarbeitern und der Bevölkerung ungemein. Die systematische Abschottung konnte den Kontakt zwischen Vertragsarbeitern und DDR-Bürgern zwar nicht gänzlich unterbinden, hatte aber generell zur Folge, dass die Deutschkenntnisse der Arbeiter sehr begrenzt blieben. Die mangelnde Kommunikation begünstigte wiederum die Herausbildung rassistischer Stereotype. Diese ähnelten den westdeutschen Vorurteilen gegen die dortigen „Gastarbeiter“ durchaus, allerdings waren Themen wie Fremdenhass und Rassismus in einem so-

---

<sup>34</sup> Andrzej Stach/Saleh Hussain, a.a.O.

zialistischen Staat für die Medien tabu. Dies änderte sich erst zum Ende der DDR, als sich auch immer mehr Initiativen für das Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen engagierten, wie Andrzej Stach und Saleh Hussain 1991 in ihrem Rückblick auf *Ausländer in der DDR* feststellen:

„Über die antiausländischen Tendenzen bei einem Teil der DDR-Bevölkerung empört, reagierten Gruppierungen, Organisationen, kirchliche Stellen und Privatpersonen mit Aufklärungs- und Protestaktionen, sowie mit Initiativen zur praktischen Verbesserung der Lage der in der DDR lebenden Ausländer. Im Eilverfahren schuf man auf die Forderung des ‚Runden Tisches‘ vom 15. Februar 1990 die Institution der Ausländerbeauftragten in der DDR, novellierte die alten und schuf neue Verordnungen zum Ausländergesetz. Die meisten proausländischen Initiativen gingen dabei von denselben Personen und Organisationen aus, die schon früher für die Demokratisierung des Lebens in der DDR öffentlich eingetreten waren, wie die evangelische Kirche, die schon in den frühen achtziger Jahren vor der wachsenden Ausländerfeindlichkeit in der DDR warnte.

Neben anderen bekannten Gruppierungen wie ‚Initiative Frieden und Menschenrechte‘, ‚Umweltbibliothek‘ oder ‚Neues Forum‘ engagierten sich auch zahlreiche Privatpersonen für die in der DDR lebenden Ausländer und bildeten eine Reihe von neu-

en Organisationen und Initiativen. Anfang Januar 1990 tagte z.B. in Berlin eine Initiativgruppe zur Gründung einer ‚Freundschaftsgesellschaft DDR–Vietnam‘. Es entstand außerdem die Projektgruppe ‚SUSI – Für eine Solidarische Welt‘, die sich gemäß ihrem Namen (Solidarisch, Uneigennützig, Sozial und International) zum Ziel setzt, eine öffentliche Begegnungsstätte für Deutsche und Ausländer zu werden. Im März 1990 wurde im Jugendklub JoJo in Berlin von einigen Studenten der Humboldt-Universität eine ähnliche Begegnungsstätte eingerichtet, und im selben Monat entstand in Hohenschönhausen eine ‚Bürgerinitiative für ausländische Mitbürger‘. Auch wurden in anderen Städten der DDR Organisationen und Initiativen gegründet, die sich mit der Ausländerfeindlichkeit in der DDR auseinandersetzen und den dort lebenden Ausländern praktische Hilfe leisten wollen, wie z.B. die Organisation RING in Dresden, oder auch die ‚Projektgruppe Ausländerintegration und Gesellschaft für Völkerverständigung‘ in Leipzig.

Der wichtigste Schritt zur Klärung der Lage der in der DDR lebenden Ausländer war die Schaffung des Büros der Ausländerbeauftragten beim Ministerrat. In dieses Amt wurde Almuth Berger berufen. Einen ähnlichen Aufgabenbereich für den Magistrat von Ost-Berlin übernahm Anetta Kahane. Anfang 1991 wurden diese nur auf die ehemalige DDR bezogenen Äm-

ter aufgelöst und in die bestehenden gesamtdeutschen bzw. gesamtberliner Institutionen integriert.“<sup>35</sup> Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten mussten die Vertragsarbeiter aus Kuba, Angola und Mosambik Anfang der 90er Jahre fast ausnahmslos in ihre Heimatländer zurückkehren. Einzig aus der Gruppe der Vietnamesen blieb eine nennenswerte Zahl und ist heute mit ihren Kindern ein Teil Berlins.<sup>36</sup>

### **Vietnamesen (Boat People und Vertragsarbeiter)**

Die rund 12.000 Vietnamesen in Berlin haben keine gemeinsame Migrationsgeschichte. Entscheidend ist, ob jemand vor dem Fall der Mauer im Osten oder im Westen der Stadt gelebt hat. Im Osten der Stadt leben u.a. die ehemaligen Vertragsarbeiter und spätere Asylbewerber, im Westen so genannte Boat People. 1989, beim Fall der Mauer, lebten rund 2.000 von ihnen in West-Berlin. Die Boat People waren Menschen, die nach dem Ende des Vietnamkrieges (1975) aus dem kommunistisch regierten Land geflohen waren und unter anderem in Westdeutschland und West-Berlin Asyl fanden.

---

<sup>35</sup> Andrzej Stach/Saleh Hussain, a.a.O.

<sup>36</sup> Über die Geschichte der Vietnamesen in Berlin informiert die Broschüre des Integrationsbeauftragten: Thuy Nonnemann u.a., *Vietnamesen in Berlin*, Berlin 1997

Die beiden Gruppen aus Vietnam haben wenig gemein. Die Journalistin Marina Mai hat in den letzten Jahren das Leben der Vietnamesen in Berlin in zahlreichen Artikeln beschrieben. Ihr ist es zu verdanken, dass wir etwas mehr wissen über die Sorgen, Freuden, Wünsche und Hoffnungen einer Gruppe, die häufig am Rande der Berliner Gesellschaft zu leben scheint. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge ihrer Reportage „Geteilte Stadt auf Vietnamesisch“<sup>37</sup>: Hungs Laden für asiatische Lebensmittel und Gemüse in Lichtenberg ist einer der wenigen Orte in Berlin, in denen sich Vietnamesen aus beiden Stadthälften treffen. Ob jemand ehemaliger Vertragsarbeiter ist, Bootsflüchtling oder ob er als Asylbewerber nach Deutschland kam – Reis in 20-Kilo-Säcken, Glasnudeln, Mangos und Bittergurken kaufen sie alle. Hung, der Verkäufer, wurde 1988 von seinem sozialistischen Staat als Vertragsarbeiter in die DDR geschickt. Er durfte dort Geld verdienen, mit dem er seine Familie unterstützen konnte, was als große Ehre galt. Mit seinen politischen Gegnern ging der vietnamesische Staat damals härter um. Sie flohen deshalb vor den Kommunisten. Viele von ihnen kamen als so genannte Bootsflüchtlinge um 1980 im Westteil der Stadt an.

---

<sup>37</sup> Marina Mai, *Geteilte Stadt auf Vietnamesisch*, in: *die tageszeitung*, 04. Oktober 2006

Hung sind sie fremd geblieben. ‚Wenn sie zu Neujahr das Tet-Fest feiern, dann hissen sie die Flagge der untergegangenen Saigoner Republik und singen deren Hymne. Da mache ich doch nicht mit‘, sagt der Mittvierziger. ‚Außerdem reden sie immer schlecht über Onkel Ho.‘ Damit meint er den vietnamesischen Staatsgründer Ho Chi Minh. Den verehrt der Gemüsehändler, auch wenn er sich sonst kaum für Politik interessiert.

16 Jahre nach der deutschen Einheit sind Vietnamesen eine Gruppe, die die Einheit noch nicht vollzogen hat. Im Ostteil leben ehemalige DDR-Vertragsarbeiter und Asylbewerber, die überwiegend aus Nord- und Mittelvietnam stammen. Die Bootsflüchtlinge im Westteil der Stadt sind meist Südvietnamesen. Beide Gruppen sprechen unterschiedliche Dialekte, kochen anders und sind selten miteinander verwandt.

Die Bootsflüchtlinge sind als Handwerker, Krankenpfleger oder Banker bestens integriert. Sie haben pünktlich Feierabend, freie Wochenenden und Urlaub. Davon können die ehemaligen Vertragsarbeiter nur träumen. Als Händler ohne Netz und doppelten Boden arbeiten sie 14 Stunden am Tag, an 6 oder 7 Tagen in der Woche.“

## **Flüchtlinge in der DDR**

Ein der Bundesrepublik vergleichbares Grundrecht auf Asyl gab es in der DDR nicht. Zwar erhielt bereits

die erste Verfassung eine formalrechtliche Aufnahme von politischen Flüchtlingen. In der „sozialistischen Verfassung“ von 1968 wandelte sich das Asylrecht der DDR in eine reine Kann-Bestimmung. Weder gab es eine Rechtsweggarantie für Asylsuchende noch eine gesellschaftliche Debatte, welche Flüchtlingsgruppen zu welchem Zeitpunkt welche Form von Schutz brauchen.<sup>38</sup> Wer als politischer Emigrant Zuflucht erhielt, darüber entschieden allein die Führungskader der kommunistischen Staatspartei.

Seit 1949 erhielten kleine Gruppen von Menschen Asyl in der DDR. Zunächst kommunistische Kader aus Griechenland, später dann spanische Bürgerkriegsflüchtlinge, die aus Frankreich ausgewiesen wurden. Ihnen folgten in späteren Jahrzehnten Funktionäre verschiedener Befreiungsbewegungen wie der algerischen FLN, des südafrikanischen ANC, der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO und der namibischen SWAPO. Die letzte größere Gruppe von politischen Emigranten – bis zu 2.000 Personen – waren Chilenen, die nach dem blutigen Militärputsch gegen die Linksregierung von Präsident Salvador Allende Mitte der siebziger Jahre in der DDR Asyl suchten. Zu ihrer Stellung in der Gesellschaft schreibt der Historiker Poutros: „Die individuelle Rechtlosigkeit von Asyl suchenden Ausländern in der DDR und ihre

---

<sup>38</sup> Patrice G. Poutros, a.a.O.

Abhängigkeit von den außenpolitischen Interessen der SED-Führung kontrastiert scharf mit der propagandistisch vorgestellten Bedeutung dieser Menschen für die SED-Herrschaft in den DDR-Medien.“<sup>39</sup>

Von der Bevölkerung wurden die politischen Flüchtlinge häufig als privilegierte Abgesandte der Staatspartei gesehen. Man neidete ihre Möglichkeit, mit ihren Pässen in den Westen zu reisen. Und die Sicherheitsbehörden sahen in den Flüchtlingen entweder potenzielle Mitarbeiter der Stasi oder aber potenzielle Feinde. Ein Großteil der Flüchtlinge entzog sich den Ressentiments der Bevölkerung und dem Druck staatlicher Behörden, indem sie aus der DDR in den Westen wechselten.

## **Die (Spät-)Aussiedler**

Wer ist die größte Einwanderergruppe in Deutschland? Die Türken?! Falsch. Es sind die Aussiedler. Seit 1950 sind über fünf Millionen Aussiedlerinnen und Aussiedler aus der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten sowie aus Rumänien, Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei nach Deutschland eingewandert. Es sind die Nachkommen deutscher Auswanderer, die sich in den zurückliegenden Jahrhunderten,

---

<sup>39</sup> ebenda

vor allem im 18. Jahrhundert, in Ost- und Südosteuropa niedergelassen hatten.

Das Grundgesetz bezeichnet diese Menschen als „deutsche Volkszugehörige“. Sie sind berechtigt, nach Deutschland überzusiedeln, haben einen Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit und Integrationshilfen. In den 35 Jahren zwischen 1950 und 1985 wanderten rund 1,3 Millionen als Aussiedler in die Bundesrepublik ein – eine überschaubare Zahl. Mit der Öffnung Osteuropas und dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion (1991) stiegen diese Zahlen sprunghaft an. Allein zwischen 1990 und 1999 kamen über zwei Millionen Aussiedler nach Deutschland, fast ausnahmslos aus der Russischen Föderation, Kasachstan, der Ukraine und Kirgistan.

Keine Migrantengruppen kam mit so hohen Erwartungen wie die Aussiedler. Nach ihrem Selbstverständnis gingen sie nicht in die Fremde, sondern endlich zurück in die Heimat. Die kannten sie zwar nicht aus eigener Erfahrung, aber Deutschland war seit Generationen ein Ort der Sehnsucht. Diese wurde umso stärker, je mehr Druck in den osteuropäischen Ländern auf die deutschen Minderheiten ausgeübt wurde. Mit der Übersiedlung nach Deutschland hofften sie als Deutsche unter Deutschen auf ein Ende der Diskriminierung.

Bis 1991 wurden Aussiedler nach ihrer Ankunft auf die westdeutschen Bundesländer verteilt, ab 1992

auch auf Berlin. Ende der neunziger Jahre lebten rund 45.000 Aussiedler in Berlin, heute sind es geschätzte 160.000. Aber so genau weiß das niemand, da Aussiedler sofort die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten und nicht mehr in einer gesonderten Statistik erfasst werden.

Wenn es in Berlin um das Thema Aussiedler geht, dann ist vor allem von Marzahn die Rede. Nirgendwo in Deutschland leben so viele Aussiedler wie in dem Ortsteil des Bezirks Marzahn-Hellersdorf. 25.000 der 126.000 Einwohner Marzahns sind Aussiedler. Und da der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden besonders hoch ist, bestimmen sie das Straßenbild und die Umgangsformen.<sup>40</sup> In der DDR war die Ende der siebziger Jahre erbaute Plattenbausiedlung am östlichen Stadtrand Berlins sehr beliebt. Helle, sonnige Wohnungen mit Aufzügen, funktionierenden Heizungen und zuverlässiger Warmwasserversorgung – im Sozialismus war das keine Selbstverständlichkeit.

Nach 1992 entstand hier eine große Sammelunterkunft für 1.200 Spätaussiedler. Und in den nahe gelegenen Wohnheimen der Arbeiterwohlfahrt und des Deutschen Roten Kreuzes wurden weitere Aussiedlerfamilien untergebracht. Gleichzeitig verließen immer mehr Alt-Marzahner die Hochhäuser und bezogen Eigenheime im Speckgürtel außerhalb Berlins. Die

---

<sup>40</sup> Dietrich Möller, *Die Spätaussiedler-Kolonie in Berlin-Marzahn*, In: *Deutschlandfunk*, 06. April 2008

Aussiedlerfamilien, die die Enge der Wohnheime verlassen wollten, brauchten nicht lange nach bezahlbaren und leerstehenden Wohnungen zu suchen. Elena Marburg, Integrationsbeauftragte des Bezirks, über die Gründung der „Russischen Community“ in Marzahn:<sup>41</sup> „Die Insassen der Wohnheime wurden anfangs von Wegziehenden angesprochen, die häufig auch die komplette Einrichtung überließen. Später kamen auch die Wohnungsunternehmen selbst auf den Geschmack, dadurch den Leerstand mit einer relativ anspruchslosen Mieterschaft und vom Staat abgesicherten Mieteinnahmen zu mindern.“

Inzwischen ist der Strom der Aussiedler nach Berlin verebbt. 2006 kamen weniger als 400. Das hat auch mit veränderten Einreisebestimmungen zu tun. Seit 1997 müssen Aussiedler vor ihrer Einreise in einem mündlichen Test ausreichende deutsche Sprachkenntnisse nachweisen.

Obgleich die Spätaussiedler in Berlin als Migrantengruppe zahlenmäßig fast so groß sind wie die türkische, bleiben sie im Alltag häufig unsichtbar. Der Grund: Zum einen besitzen sie die deutsche Staatsangehörigkeit, zum anderen sind sie, anders als Türken, von ihrer äußeren Erscheinung nicht sofort als Zugezogene zu erkennen. Sie sehen so aus wie die Deutschen ohne Migrationshintergrund und heißen genau

---

<sup>41</sup> Elena Marburg, *Marzahn und seine Aussiedlerinnen – ein lokaler Bericht*, Nürnberg 28.–29.11.2007

wie sie Michael oder Angelika Müller. Das heißt aber nicht, dass Aussiedler als Deutsche unter Deutschen willkommen sind. „Lange konnte ich nicht begreifen, dass ich wegen mangelnder Kenntnisse der deutschen Sprache nicht als Deutsche gelte“, beklagt die 29-jährige Irina Jetke.<sup>42</sup>

Aussiedler werden von den (Ur-)Deutschen im Volksmund häufig „Russen“ genannt. Das ist nicht liebenswert gemeint, sondern wird häufig zur diskriminierenden Abgrenzung benutzt. Zur Unterscheidung von „Ihr“ und „Wir“. Vor allem die älteren Aussiedler fühlen sich an die demütigenden Ausgrenzungserfahrungen in ihrer alten Heimat erinnert. Und die jüngeren, die als Kinder ungefragt mit ihren Eltern nach Deutschland ausreisen mussten, können nicht verstehen, warum sie sich diese Diskriminierungen anhören sollen. Manche reagieren auf diese Abwehr und bezeichnen sich selbst als „Russen“ und verneinen kategorisch, Deutsche zu sein, auch wenn ihr Pass inzwischen etwas anderes sagt. Aber dieses Dokument ist keine Gewähr für geglückte Integration. Vor allem den pubertierenden Aussiedlern, die mit dreizehn, vierzehn Jahren als Seiteneinsteiger an die Berliner Schulen kamen und nur selten Deutsch sprachen, fällt es schwer, einen qualifizierten Abschluss zu erlangen. Fehlt die positive Zukunftsperspektive, so wird aus Hoffnungslosigkeit bisweilen Wut und Aggres-

---

<sup>42</sup> Luidmilla Kusnezowa, *Die Deutschen von anderswo: junge Spätaussiedlerinnen in Porträts*, Berlin 2004

sion. „Die ziehen sich dann eben T-Shirts an, auf denen ‚Kasachstan‘ oder ‚Sibirien‘ steht – auf Kyrillisch. Und wenn man sie anmacht, schlagen sie zurück. In den Dörfern, aus denen sie kommen, war die Polizei hundert Kilometer weit weg. Da wurden die Dinge untereinander geklärt, musste man halt seinen Mann stehen“, erklärt Wolfgang Zeiser, selbst Aussiedler und Sozialarbeiter bei „Outreach“ in Marzahn.<sup>43</sup> Aussiedlerjugendliche gelten gemeinsam mit den türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen als eine der Problemgruppen unter den Migranten.

Gemeinhin gilt: Migranten mit einer guten beruflichen Qualifikation haben es am leichtesten, sich in der neuen Heimat beruflich und sozial zu integrieren. Dies ist bei den Aussiedlern anders. Vor allem Geisteswissenschaftler machen die Erfahrung, dass ihre Abschlüsse in Berlin nicht anerkannt werden und sie damit auf dem Arbeitsmarkt als Unqualifizierte gelten. Das Ergebnis: Fast 70 Prozent der älteren Aussiedler und immerhin noch 23 Prozent der jüngeren sind arbeitslos.<sup>44</sup>

## **Jüdische Kontingentflüchtlinge**

Nach der Schoah konnte sich kaum jemand vorstellen, dass sich jemals wieder Juden in Deutschland

---

<sup>43</sup> *Familie Russe*, in: *Berliner Morgenpost*, 10. Juli 2005

<sup>44</sup> Dietrich Möller, a.a.O.

niederlassen. Von den ehemals über 500.000 Juden Deutschlands lebten 1955 nur noch knapp 16.000 im Land. Rund 340.000 waren emigriert und ca. 150.000 sind deportiert und in den Vernichtungslagern umgebracht worden. 1989, im Jahr der Wende, zählte die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland knapp 30.000 Mitglieder der jüdischen Gemeinden. Davon lebten rund 6.500 in West-Berlin und 200 in Ost-Berlin.

Heute, 2008, ist jüdisches Leben in Berlin allgegenwärtig. Zumindest rund um die Oranienburger Straße und die Hackeschen Höfe oder am Prenzlauer Berg. Wer dort durch die Kulturszene streift, der stößt allerorten auf Klezmer-Musik und gefilte Fisch. Russisch-Jüdisches begeistert die Berliner. Und ein Besuch in der „Russen-Disko“ oder einem der zahlreichen russisch-jüdischen Restaurants, Konzerte und Klubs gehört zum Pflichtprogramm eines jeden Touristen. Alles nur makabre Folklore in der Stadt der Wannsee-Konferenz? Oder doch eine neue Facette in der Einwanderungsstadt Berlin?

Deutschland, allen voran Berlin, erlebte nach dem Fall der Mauer eine starke jüdische Zuwanderung. Der Grund: Noch vor der Wiedervereinigung erließ die erste demokratisch gewählte DDR-Regierung im Juli 1990 ein Gesetz, demzufolge jüdische Immigranten aus Osteuropa, vor allem aus der Sowjetunion, eine Vielzahl sozialer Rechte und Garantien beka-

men. Die Vorsitzende des „Jüdischen Kulturvereins“, Irene Runge, erklärt, wie es dazu kam: „Unter Perestroika und Glasnost schien sich der russische Antisemitismus zu erneuern. Es gab Hetzereien, man befürchtete Schlimmeres. Rabbiner Tsevi Weinmann aus Jerusalem drängte uns damals, die DDR-Regierung zur Grenzöffnung aufzufordern. Die Volkskammer hat sich zur deutschen Schuld bekannt und die Einwanderung ermöglicht.“<sup>45</sup> Allein zwischen dem 1. Juni 1990 und dem 15. Februar 1991 reisten ungefähr 3.600 russische Juden mit einem Touristenvisum nach Berlin ein.<sup>46</sup>

Unter ihnen der Schriftsteller Wladimir Kaminer. In seinem Bestseller *Russendisko* erinnert er sich: „Im Sommer 1990 breitete sich in Moskau das Gerücht aus: Honecker nimmt Juden aus der Sowjetunion auf, als eine Art Wiedergutmachung dafür, dass die DDR sich nie an den deutschen Zahlungen für Israel beteiligte. (...) Die vielen Händler, die jede Woche aus Moskau nach West-Berlin und zurück flogen, um ihre Import-Export-Geschäfte zu betreiben, brachten diese Nachricht in die Stadt. (...) Normalerweise versuchten die meisten in der Sowjetunion ihre jüdischen Vorfahren zu verleugnen, nur mit einem sauberen Pass konnte

---

<sup>45</sup> Marina Mai, Interview mit Irene Runge, *Will Deutschland keine jüdischen Migranten?*, in: *die tageszeitung*, 17. April 2008, S. 12

<sup>46</sup> Amory Burchard, *Das russische Berlin*, 2. Vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 2002, S. 37

man auf eine Karriere hoffen. (...) Die neuen Zeiten brachen an: (...) Die Juden, die früher an die Miliz Geld zahlten, um das Wort Jude aus ihrem Pass entfernen zu lassen, fingen an, für das Gegenteil Geld auszugeben. Alle Betriebe wünschten sich auf einmal einen jüdischen Direktor, nur er konnte auf der ganzen Welt Geschäfte machen. Viele Leute verschiedener Nationalität wollten plötzlich Jude werden und nach Amerika, Kanada oder Österreich auswandern. Ostdeutschland kam etwas später dazu und war so etwas wie ein Geheimtipp. (...) Die Fahrkarte kostete nur 96 Rubel, und für Ost-Berlin brauchte man kein Visum. Mein Freund Mischa und ich kamen im Sommer 1990 am Bahnhof Lichtenberg an.“<sup>47</sup>

Ab 1991 hatten jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, den GUS-Staaten, auch im wiedervereinigten Deutschland die Möglichkeit, als „Kontingentflüchtlinge“ nach Deutschland einzureisen.

„Kontingentflüchtlinge“ sind eine privilegierte Sondergruppe von Flüchtlingen. Sie erhalten nach der Ankunft in Deutschland sofort eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, den freien Zugang zum Arbeitsmarkt und genießen einen besonderen Ausweisungsschutz. Bis 1990 handelte es sich bei „Kontingentflüchtlingen“ fast ausnahmslos um Vietnamesen, die so genannten Boat People, die nach Ende des Viet-

---

<sup>47</sup> Wladimir Kaminer, *Russendisko*, München 2000, S. 9 ff.

namkrieges (1975) über den Seeweg vor den kommunistischen Machthabern geflohen waren.

Zwischen 1990 und 2003 sind 220.000 jüdische Kontingentflüchtlinge aus den GUS-Staaten nach Deutschland eingewandert, davon rund 30.000 nach Berlin. Die Emigranten der 90er Jahre verließen ihre Heimat nicht nur auf Grund des Antisemitismus, sondern „wegen der schleppenden politischen Umgestaltung, der andauernden Wirtschaftskrise, der Umweltzerstörung und der Bürgerkriege nach dem Zusammenbruch der UdSSR.“<sup>48</sup>

Erstaunt stellten viele nach ihrer Ankunft fest, dass ihnen in Deutschland die Aufnahme in die jüdischen Gemeinden verwehrt wurde und ihnen damit Zugänge und Privilegien des Gemeindelebens verschlossen blieben. Der Grund: Nach den orthodoxen Gesetzen, und an die halten sich die jüdischen Gemeinden in Deutschland, ist nur derjenige Jude, der von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder gemäß der Halacha, dem jüdischen Religionsgesetz, zum Judentum übergetreten ist.

In den GUS-Staaten definiert sich das Judentum allerdings nicht in erster Linie über die Religionszugehörigkeit, sondern als Nationalität beziehungsweise Volkszugehörigkeit. So ist es auch in den Pässen vermerkt. Die relativ große Gruppe der nichtjüdischen

---

<sup>48</sup> Amory Burchard, a.a.O.

Ehepartner oder der Kinder, die nur einen jüdischen Vater haben und deshalb in den GUS-Staaten sehr wohl als Juden gelten, gehören demnach nicht zur Jüdischen Gemeinde. Dies ist der Grund, weshalb von den rund 30.000 russischen Juden in Berlin bislang nicht mehr als 8.500 in die Jüdische Gemeinde aufgenommen wurden.

Die Zuwanderung der russischen Juden stellt die Jüdische Gemeinde in Berlin bis heute vor große Probleme. Die Neuankömmlinge sind „anders“, sprechen eine andere Sprache und es fehlt an einem gemeinsamen kulturellen, sozialen und historischen Hintergrund. All das und die Frage, wer von ihnen nach dem Selbstverständnis der Gemeinde Jude ist und wer nicht, führte in den letzten Jahren zu heftigen internen Auseinandersetzungen um die Identität der Jüdischen Gemeinde.

Die Folge: „In Berlin entwickelt sich rund um den ‚Jüdischen Kulturverein‘ ein regelrechtes Parallelsystem jüdischer Institutionen für die halachisch nicht einwandfreien Einwanderer. Hier erhalten die vom offiziellen jüdischen Gemeindezentrum ausgeschlossenen Menschen Hebräischunterricht, feiern jüdische Feiertage und lernen israelische Volkstänze.“<sup>49</sup>

Die großzügigen Regelungen für russische Juden sind längst Geschichte. Ihr Zuzug nach Berlin wurde be-

---

<sup>49</sup> Sue Fishkoff, *Deutschland, das verheissene Land*, in: *Jerusalem Post*; zitiert nach: [www.hagalil.com/schweiz/rundschau/inhalt/brd.htm](http://www.hagalil.com/schweiz/rundschau/inhalt/brd.htm)

reits ab Mitte der 90er Jahre begrenzt. Seitdem konnten russische Juden sich nur noch dann in Berlin niederlassen, wenn hier schon Verwandte lebten oder wenn sie Holocaustopfer sind. Die anderen konnten zwar weiterhin nach Deutschland kommen, wurden aber in Städten und Regionen angesiedelt, in denen weniger Kontingentflüchtlinge lebten.

Am 31. Dezember 2004 endete das „Kontingentsverfahren“ und damit zunächst die jüdische Zuwanderung. Seit 2007 gelten neue gesetzliche Regelungen. Einwandern kann seitdem nur, wer nachweisen kann, dass er bereits in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion jüdisch aktiv war. Was das bedeutet, lässt das Gesetz offen. Zusätzlich soll eine jüdische Religionsgemeinde in Deutschland die künftige Aufnahme bestätigen, die allerdings, wie geschildert, Juden nur nach dem jüdischen Gesetz aufnehmen. Die Folge: 2007 sind nach Auskunft der Bundesregierung bundesweit lediglich 14 Juden aus den GUS-Staaten nach Deutschland eingewandert.

## **Die Dienstleister**

Arbeitsmigranten, Vertragsarbeiter, Asylsuchende, Aussiedler und Kontingentflüchtlinge – sie alle prägen das Neue Berlin, Aber die Stadt der Einwanderung ist damit noch längst nicht komplett.

Es fehlen die so genannten Illegalen. Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus. Sie leben zu Tausenden und zum Teil seit Jahren in der Stadt. Sie arbeiten als Billiglöhner in Restaurants und Dönerläden, als Haushälterinnen, auf Baustellen, in Bäckereien oder in der privaten Altenpflege. Sie tauchen in keiner offiziellen Statistik auf und nehmen weder Sozialleistungen noch das Gesundheitssystem in Anspruch. „Unsichtbar“ und geräuschlos leisten sie ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt Berlins. Rechtlos und fernab aller tariflichen Standards.

Sie kommen aus allen Regionen der Welt. Vom Balkan, aus dem Nahen Osten und vor allem aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Naturgemäß ist ihre Anzahl nicht bekannt, aber eine Umfrage in bürgerlichen Milieus zeigt: die Putzfrau aus Polen – illegal oder legal – gehört mittlerweile zum Alltag vieler Berliner Haushalte. Und überwiegend polnische Punks stehen an den Kreuzungen Berlins, ausgestattet mit ihrem Arbeitswerkzeug – Putzschwamm und Fensterwischer. Mit dem Reinigen von Windschutzscheiben leisten sie wie die Putzfrauen ihren steuerfreien Beitrag für ein sauberes Berlin.

Auch im Milliardengeschäft der Prostitution leisten die Migranten und Migrantinnen einen wichtigen Beitrag. Menschenhändler aus Osteuropa bringen junge Frauen nach Berlin – meist illegal. Sie haben den ehemals von deutschen, arabischen und türki-

schen Männern kontrollierten Markt übernommen und bieten ihre Frauen, häufig unter Zwang, zu Dumpingpreisen an.

Sie alle sind Teil der Internationalisierung des Arbeitsmarktes, über den allerdings nur selten geredet wird. Diese Dienstleister stehen im Schatten all der internationalen Fach- und Spitzenkräfte, die auch nach dem Ende der großen Einwanderungswellen ganz offiziell in die Stadt kommen – als Architekten, Künstler, Medienmenschen und Lobbyisten. Sie arbeiten in wissenschaftlichen Einrichtungen, bei internationalen Konzernen und in der Kunstszene. Sie sind keine klassischen Einwanderer, nur wenige von ihnen bleiben dauerhaft, aber sie wirken mit am heutigen Berlin.

## 4 Das neue Berlin

Zu Beginn der zukunftsgläubigen 60er Jahre war vieles vorstellbar: Dass der Mensch eines Tages zum Mond fliegen wird, die soeben errichtete Mauer wieder fällt, China sich zu einer Weltmacht entwickelt und Kinder in Reagenzgläsern gezeugt werden. Wer allerdings prognostiziert hätte, schon bald werden sich die familiären Wurzeln eines Viertels der Berliner in der Türkei, dem Nahen Osten oder in Süd- und Osteuropa, ja in Vietnam finden, der wäre im besten Falle milde belächelt worden. Es hätte hellseherischer Fähigkeiten bedurft, all die internationalen Krisen, politischen Umbrüche und die Entwicklungsdynamik des globalisierten Kapitalismus vorherzusehen, die Hunderttausende nach Berlin führten.

Nun sind die Einwanderer da und Teil der Stadt – in der Wirtschaft, der Politik, im religiösen Leben und in der Kultur. Ohne sie gäbe es keinen Dönerkebab, inzwischen das beliebteste Fastfood der Berliner und wichtiges Exportgut der Stadt. Ohne Migranten keinen Karneval der Kulturen, ein Megaevent, das jährlich mehr als eine Million Besucher anzieht und zur Touristenattraktion schlechthin wurde. Berlin ist nicht mehr Stadt der Deutschen, sondern eine Stadt in Deutschland, in der viele kulturelle Traditionen zu einzigartig neuen Synthesen verschmelzen. Das alte Berlin ist tot. Das neue lebt.

## Jugendliche Landnahme

„Macht kaputt, was Euch kaputt macht ...“ 1985 löste sich die Rockgruppe „Ton, Steine, Scherben“ auf. Fünfzehn Jahre lang lieferte die Band den Soundtrack für das rebellische, aufmüpfige und anarchistische Berlin. Mit der Band endete ein Kapitel deutscher Geschichte. Die letzte homogen deutsche Jugendgeneration der Bundesrepublik wurde erwachsen. Für sie war es keine allzu große Herausforderung, die gemeinsamen Wurzeln in der deutschen Geschichte, in deutschen Familien und Traditionen zu finden. Das war es, was sie prägte. Und es machte ihnen eine Verständigung bei allen Differenzen im Detail recht leicht.

Aber auf welche gemeinsame Erzählung, auf welche gemeinsamen Traditionen, auf welche vergleichbaren Familiengeschichten sollten sich die nach 1970 Geborenen einigen? Dieses bunte Mosaik der ethnischen und sozialen Herkunftsmilieus? Auf die Diskurse der „Generation Golf“? Ihr Nachdenken über eine langweilige, gutbürgerliche und ereignislose Jugend zwischen Nutella-Glas, Reihenhaussiedlung und öden Bildungsreisen in der westdeutschen Provinz waren für die Kinder aus Kreuzberg, Schöneberg, dem Wedding und Neukölln ohne Sinn und Wert.

Vor zwanzig Jahren stand die heranwachsende Multi-kulti-Generation Berlins vor den Fragen: Auf welche

neuen, interkulturellen Kommunikationsformen können wir uns einigen? Wie gelingt es uns, eine gemeinsame Sprache zu finden?<sup>50</sup> Tragfähige Muster und Orientierungen fehlten. Rettung nahte aus den USA. In Form des von Harry Belafonte produzierten Films „Beat Street“. Der Film gibt einen Einblick in die frühe HipHop-Szene in der Bronx. Schildert die Attitüde und die Lebenseinstellung eines multikulturellen Milieus, dem es über alle Grenzen und Konflikte hinweg gelingt, mittels Musik, Tanz und Graffiti zu kommunizieren.

Der Film wurde zu einer Handlungsanleitung für Berliner Jugendliche. Denn bei ihnen war der Druck, die verschiedenen Formen der Sprachlosigkeit zu überwinden, am größten. In der Folge wurde HipHop zum Medium schlechthin, mittels dessen sich Jugendliche ungeachtet der kulturellen Verankerung der Eltern an neue Interaktionsformen herantasteten und den Dialog aufnehmen konnten. HipHop sprengte Grenzen und verhinderte in Berlin die drohende ethnische Versäulung der vielfältigen Communities. Und Graffiti wurden zum Esperanto, das in einer vielsprachigen Stadt eine Verständigung über die jeweiligen Herkunftsdialekte ermöglichte.

---

<sup>50</sup> Eberhard Seidel/Klaus Farin, *Der Gewalt die Stirn bieten. Berliner Jugendliche auf der Suche nach neuen Normen und Umgangsformen im kulturübergreifenden Milieu*, Berlin 1992

Wie sind die Tausende von Wandgemälden, die S-Bahn-Strecken, Brandmauern und Häuserfassaden schmücken, zu lesen? Ein Interpretationsangebot: Als politisches Statement einer Jugend; als Dialogangebot an eine Stadt, die nach einer neuen Identität ringt. Graffiti sind sichtbarer Ausdruck, dass nach dem Ende der altdeutschen kulturellen Dominanz etwas Neues in der Stadt heranwächst.

Berlin wird zu einem anderen Planeten, wenn die Stadt von einem Jugendlichen zum Beispiel aus einer palästinensischen Flüchtlingsfamilie betrachtet wird. In „Ghettolied“ reimt der Rapper „Massiv“ (bürgerlich: Wasiem Taha) etwas ungenau: „High Society, pures Weißgold./ Ungestrecktes Kokain, komm, kauf ne Hand voll,/ Das ist Selbstmord, doch es stärkt dich,/ Denn es gibt Tage, wo es wirklich hart und schwer ist./ Jeder Dritte hat ne Waage, jeder Zweite dealt im Block/ Jeder Erste konsumiert, nur jeder Zehnte hat nen Job./ Keine Träume werden wahr, weil man mit eigenen Augen sieht,/ Wie im Park die Junkies spritzen und der eigne Bruder dealt./ Elhamdulillah, mir geht es gut./ Häng immer noch ab mit Ja Rules aus Beirut./ Ich bin aus dem Gaza, dank meinem Vater./ Mein Blut ist so reif, fühl mich frei, wie ein Adler ...“

Lieder wie dieses treffen den Nerv einer ganzen Generation und werden zum Straßen-Hype. Nach seinem Erscheinen verbreitete sich der Song als Klingelton wie ein Lauffeuer durch die Stadt: „Ihr wollt Ghet-

tolied aufn Ghattobeat?/ Kommt nach Wedding, dann wisst ihr, wo das Ghetto liegt ...“

Berlin hat sich zu einem Mekka des deutschsprachigen Rap entwickelt. Provokativ sind die Texte, und die Künstler beanspruchen für sich, das Lebensgefühl der Straße und die Gefühle einer Jugend auf den Punkt zu bringen. Sie finden Gehör. Berliner Rapper, die Straßenjungs Bushido, Sido, Fler, Kool Savas, Frauenarzt, King Orgasmus One, G-Hot, Bass Sultan Hengzt und andere sind ganz oben in den Charts angekommen.

Der so genannte Gangsta Rap, die kommerziell erfolgreichste Variante des Sprechgesangs, bei dem viel von Gewalt, Ficken und Schwänzen die Rede ist, schockiert die Erwachsenenwelt. Eltern, Pädagogen, Schwulenverbände fordern: Stoppt die frauenverachtende, homophobe und teilweise auch rassistische und nationalistische Musik. Im August 2007 demonstrierten Bürgerrechtsgruppen gar vor dem Brandenburger Tor, um einen Auftritt des erfolgreichsten deutschsprachigen Rappers Bushido (bürgerlich: Anis Mohamed Youssef Ferchichi) zu verhindern.

Die Skandale rund um den Gangsta Rap haben inzwischen dem letzten Berliner klargemacht: In der Berliner Jugendkultur hat sich aufgrund der Migration Grundlegendes geändert. Die Randständigen haben mit dem Rap ihr Sprachrohr gefunden und verschaf-

fen sich mit schockierenden, grenzüberschreitenden Texten Gehör.

Über die in Reime gefassten Vergewaltigungsfantasien und Gewaltexzesse gerät in Vergessenheit: HipHop mit seinen Teilbereichen Rap, Graffiti und Breakdance ist die erfolgreichste Jugendbewegung der zurückliegenden zwanzig Jahre und weit mehr als ein auf Skandal und Umsatz orientiertes Ärgernis. Diese Jugendbewegung führt heute im Schatten der medialen Aufmerksamkeit ein aufregendes, buntschillernes, vielfältiges Leben, das mehr für ein friedliches Zusammenleben und die Herausbildung einer tragfähigen, multikulturellen Alltagskultur geleistet hat als so manches Integrationsprogramm.

### **Beispiel YAAM**

Nirgends kann diese Entwicklung besser studiert werden als im YAAM, dem Young and African Art Market. „Das YAAM ist einer der coolsten und angesagtesten Plätze in Deutschland“, meint zum Beispiel der Basketball-Rekordnationalspieler Henning Harnisch. Tatsächlich gibt es keinen Ort in ganz Deutschland, wo sich die Vielfalt demonstrativer zeigt als hier. Das YAAM bringt alle Menschen zusammen: Aus der Karibik, dem Nahen Osten, Afrika, hippe Szenegänger aus Mitte, die türkischen und arabischen Kids aus

Kreuzberg und dem Wedding, Eltern mit Kindern und pubertierende Jugendliche.

An jedem Sonntag treffen sich nahe dem Ostbahnhof, am Ufer der Spree über 1.500 Menschen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. Ganz so als hätte gerade eine New Yorker U-Bahn am Spreeufer festgemacht. Die United-Colors-of-Berlin gibt sich ein Stelldichein und vergnügt sich bei urbanen Sportarten wie Streetball, Foodbag, Skateboarden und Klettern oder übt sich in der Kunst des Graffitos.

Das YAAM ist ein Ort weit weg von der Selbststilisierung der Gangsta Rapper mit ihrer Ghetto-Kultur. Gewalt hat seit der Gründung des YAAM im Jahr 1994 nie eine Rolle gespielt. Hier fühlt sich ein jeder zu Hause, egal woher er oder seine Eltern stammen mögen. Respekt ist der oberste Grundsatz im YAAM – und alle, auch die noch so problematischen Jugendlichen, halten sich daran.

YAAM, das ist ein kleines Wunder. Es gründet sich alleine auf ehrenamtliche Arbeit von Jugendlichen, in vierzehn Jahren hat der Verein noch keinen Cent öffentlicher Unterstützung durch die Stadt erhalten. Das mag mit ein Grund sein, dass sich hier Kreativität ungehinderter als andernorts artikuliert. In Graffiti-Workshops können die Jugendlichen unter Anleitung von Szenegrößen ihre Kreativität entdecken. Gegen die drohende Strafverfolgung der Kids durch das Sprühen illegaler Graffiti und Tags schafft das YAAM

legale Graffiti-Foren und Wettbewerbe, um die Jugendlichen zu animieren, ihre eigene Bildersprache zu entwickeln.

Wichtiges Bindeglied für das positive Lebensgefühl, das mit dem YAAM verbunden ist, ist die Musik. Ob HipHop oder Reggae, Soca oder Samba, Drum 'n' Bass oder Big Beats – hier gibt sich die internationale Szene die Klinke in die Hand. Und DJ-Workshops, Breakdance-Meetings, Rapper-MC-Battles, Übungsräume für Musiker und Auftrittsmöglichkeiten sind eine ideale Plattform für den Musikernachwuchs.

Der spezielle Spirit des YAAM bleibt nicht folgenlos. So meint Eased von SEED, dem erfolgreichsten Reggae-Act Deutschlands: „Klar hat uns das YAAM beeinflusst. Hier haben wir uns zum Teil kennen gelernt, hier hatten wir unsere ersten Auftritte – für uns war das YAAM einfach Wahnsinn! Diese vielen Leute von überall her, die ganze Atmosphäre, ich dachte einfach: Oh ja, ich bin in Berlin – ich fühlte mich zu Hause!“

## **Politische Partizipation**

„No Taxation without representation“ (Keine Besteuerung ohne Vertretung), so lautete die Parole der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung (1775 – 1783). Mit dem Slogan protestierten die dreizehn amerikanischen Kolonien dagegen, dass sie zwar

Steuern an London zu zahlen hatten, aber im Parlament Großbritanniens nicht vertreten waren.

Parlamentarische Repräsentanz ist die höchste Form der Integration und der Partizipation in einer Gesellschaft. Das Parlament übt das Budget-Recht aus, entscheidet, was mit den Steuereinnahmen geschieht und stellt damit die Weichen in der Sozial-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Wem der Weg in das Parlament versperrt ist, der bleibt Bürger zweiter Klasse. Wer in die Parlamente drängt, der identifiziert sich mit dem Gemeinwesen, will Verantwortung übernehmen und seine Geschicke mitgestalten.

33 Jahre dauerte es, bis Deutschtürken nach dem Anwerbeabkommen im Jahr 1961 dem Zentrum der politischen Macht näher rückten. Als Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) und die Braunschweigerin Leyla Onur (SPD) 1994 als erste Abgeordnete türkischer Herkunft in den Deutschen Bundestag gewählt wurden, glich dies einer Sensation.<sup>51</sup> Es war ein Zeichen zum Aufbruch. „Dies ist auch unser Staat“, dachten viele Türken, traten in deutsche Parteien ein und strebten in die Parlamente.

Von nun an hatte jede Partei ihre Vorzeigetürkin oder ihren Vorzeigetürken als plakatives Zeichen der Tole-

---

<sup>51</sup> Die erste Deutschtürkische Abgeordnete in einem deutschen Parlament war die Berlinerin Sevim Celebi, die 1987 für die Alternative Liste (Bündnis 90/Die Grünen) in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurde. 1989 wurde Leyla Onur (SPD) als erste Deutschtürkin in das Europaparlament gewählt.

ranz. Es war allerdings nur eine halbherzige Offenheit, denn es sollte noch Jahre dauern, bis Migranten in einflussreiche Positionen gelangten.<sup>52</sup>

In den letzten Jahren hat sich vieles verändert. Selbst in der CDU, die bis vor kurzem leugnete, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. 2004 wurde die Berlinerin Emine Demirbüken-Wegner als erste Türkin in den Bundesvorstand der CDU gewählt. Und ein Blick in das heutige Abgeordnetenhaus von Berlin zeigt: Zumindest die türkische Minderheit ist bei ihrem Marsch durch die deutschen Institutionen erstaunlich erfolgreich. Acht der 149 Berliner Abgeordneten der 16. Wahlperiode (2006 – 2011) sind in der Türkei geboren: Evrim Baba (Die Linke), Canan Bayram (SPD), Emine Demirbüken-Wegner (CDU), Dilek Kolat (SPD), Özcan Mutlu (Bündnis 90/Die Grünen), Bilkay Öney (Bündnis 90/Die Grünen), Giyasettin Sayan (Die Linke), Ülker Radziwill (SPD).

Die Berliner Wahl vom 17. September 2006 ist ein historischer Tag in der Migrationsgeschichte Deutschlands. Denn seit diesem Tag ist mit den Türken erstmals eine Minderheitengruppe entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in einem deutschen Parlament vertreten. Die rund 200.000 Türken (davon rund 80.000 mit und

---

<sup>52</sup> Eberhard Seidel-Pielen, *Halbherzige Offenheit. Die Parteien demonstrieren mit türkischen Mitgliedern gerne Toleranz, lassen sie aber selten auf einflussreiche Posten gelangen*, in: „Zeitpunkte“: *Türken in Deutschland. Ihre Sorgen, ihre Erfolge, ihre Zukunft*, Hamburg 1999, S. 22–25.

120.000 ohne deutschen Pass) machen rund 5,8 Prozent der Berliner Bevölkerung aus, und in etwa ebenso viele Abgeordnete stellen sie im Abgeordnetenhaus.

Und noch etwas ist bemerkenswert an dieser türkischen Erfolgsgeschichte in Berlin: Der Frauenanteil unter den türkischstämmigen Abgeordneten beträgt 75 Prozent. Bei den deutschstämmigen Abgeordneten nur 39,9 Prozent. Was sagt das aus über das Frauenbild und das Geschlechterverhältnis bei Deutschen und bei Türken? Für die Mehrheitsgesellschaft offensichtlich nicht viel. Denn je erfolgreicher türkische Frauen die Berliner Politik mitgestalten, desto intensiver diskutiert sie die Unterdrückung der Frauen im „türkisch-muslimischen Kulturkreis“.

Offensichtlich stimmt an der Klage über die angebliche Integrationsunwilligkeit der türkischen Einwanderer und den Rückzug in Parallelgesellschaften etwas nicht. Denn nicht nur im Abgeordnetenhaus der Stadt, auch in den Bezirksparlamenten drängen Berliner Türken auf Partizipation und die Übernahme von Verantwortung. Flankiert wird diese Entwicklung durch ein reges Treiben in den Selbstorganisationen der Minderheit, die sich seit Jahren und mit großem Engagement in die gesellschaftlichen Debatten einmischen. Nimmt man dies als Indikatoren, dann sind die Berliner Türken heute die Einwanderergruppe, die sich nicht, wie vielfach behauptet, am schlechtesten, sondern am besten in die Berliner Gesellschaft integriert hat.

Die parlamentarische Erfolgsgeschichte der Türken ist noch eine Ausnahme. Weder den 70.000 Arabern der Stadt noch den rund 200.000 russischstämmigen und den rund 130.000 polnischsprachigen Berlinern sowie den Italienern, Spaniern und Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien ist bislang Vergleichbares gelungen.

Neben den acht türkeistämmigen Abgeordneten haben im Abgeordnetenhaus nur noch drei weitere Abgeordnete einen Migrationshintergrund: die in Rumänien geborene Ramona Pop (Bündnis 90/Die Grünen), Raed Saleh (SPD, in Sabastia/Westjordanland geboren) und die aus Zagreb/Kroatien stammende Jasenka Villbrandt (Bündnis 90/Die Grünen).

Das ist zunächst nicht verwunderlich. Schließlich gilt: Nur deutsche Staatsbürger dürfen bei Wahlen kandidieren oder als Wähler ihre Stimme abgeben. Und bei den Kommunalwahlen, das heißt bei den Bezirks- wahlen in Berlin, haben nur EU-Bürger ein Stimmrecht. Unter den Berliner Einwanderern ist das die Minderheit.

So bleibt die Frage: Wie groß ist die demokratische Legitimation eines Parlaments, wenn Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, die ihren Beitrag zum Bruttosozialprodukt und Steueraufkommen der Stadt leisten, im Parlament nicht vertreten sind? Rund 865.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben heute in Berlin, das sind knapp 26 Prozent der

Gesamtbevölkerung. Sollte das Abgeordnetenhaus ein Spiegelbild dieses vielfältigen Berlins sein, dann müssten rund 37 Abgeordnete anstelle der 11 einen Migrationshintergrund haben.

Keine Frage, Berlin ist auf einem guten Weg. Wie das Beispiel der gut organisierten türkischen Community zeigt, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Berlin auch auf parlamentarischer Ebene seinem Ruf als eine Stadt der Vielfalt gerecht wird. Bis dahin wird der 2003 gegründete Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen eine wichtige Rolle spielen, die Interessen der Minderheiten in die Berliner Politik einzuspeisen. In ihm sitzen neben Senatsvertretern und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, wie dem Deutschen Gewerkschaftsbund und den Wohlfahrtsverbänden, Repräsentanten aus Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, Afrika, Süd-, Mittel- und Nordamerika sowie dem Fernen Osten. Der Beirat ist ein Versuch, die Partizipation von Migrantinnen und Migranten trotz fehlender Repräsentanz im Parlament sicherzustellen.

## **Der Arbeitsmarkt**

Aus kultureller Vielfalt allein ergeben sich nicht notwendig attraktive Großstädte. Welche Impulse für eine Stadt von Migranten ausgehen, hängt entscheidend davon ab, wie die wirtschaftlichen Bedürfnisse

des Aufnahmelandes und die soziale Herkunft und die kulturelle Ausstattung der Einwanderer zusammenpassen. In den sechziger und siebziger Jahren dürrstete die Berliner Industrie vor allem nach unqualifizierten, bedürfnislosen Bandarbeitern, die gesund und leistungswillig allein durch ihre schiere Zahl das Bruttosozialprodukt mehrten und auf diese Weise zum Wohlstand der Stadt beigetragen haben.

Heute würden unqualifizierte und bildungsferne Zuwanderer die sozialen Probleme der Stadt nur verschärfen. Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Unternehmen, die vor allem hochqualifizierte Fachkräften benötigen, könnten sie außerhalb des grauen Arbeitsmarktes der Gastronomie und der privaten Dienstleistungen nur schwerlich zum Aufbau der Weltstadt-Ökonomie beitragen. Gesucht sind nun Migrantengruppen, die der Mittel- und Oberschicht entstammen: IT-Spezialisten und Spitzenforscher zum Beispiel oder international tätige Unternehmer, die neue Impulse setzen.

Und wie sieht die Lage in dieser Hinsicht heute in Berlin aus? Ganz gut, folgt man der Einschätzung der Industrie- und Handelskammer (IHK), die in regelmäßigen Abständen verkündet: „Die Berliner Wirtschaft wird immer internationaler.“ Rund 15 Prozent der 200.000 Mitgliedsfirmen der IHK, also 30.000, haben Inhaber oder Geschäftsführer ausländischer Herkunft.

Doch der Blick auf die Statistik offenbart: Von einem Gründerboom von Spitzenkräften aus Indien, Korea oder den USA kann nicht die Rede sein. Die Pole-Position unter den Betrieben ausländischer Herkunft nehmen dabei die Ausländergruppen ein, die in der migrationspolitischen Diskussion gemeinhin als die Problemfälle betrachtet werden.

### **Länder-Ranking der Betriebe ausländischer Herkunft<sup>53</sup>**

	2003	2004	2005
Türkei	4.061	5.111	6.621
Polen	565	1.327	2.976
Vietnam	875	1.245	1.575
Italien	663	834	881
Österreich	778	846	589
Jugoslawien (ehemaliges)	407	737	772
Russische Föderation	743	643	525
Griechenland	542	500	540
Libanon	–	–	441

Hinter den nüchternen Zahlen der Tabelle verstecken sich Hunderte von Aufstiegs- und Erfolgsgeschichten wie die des „Königs des Döners“ Remzi Kaplan. Kaplan (48) wurde als Sohn eines Markthändlers in einem anatolischen Dorf geboren. Schon mit sieben Jahren

---

<sup>53</sup> Pressemitteilungen der IHK Berlin vom 20. Januar 2005 und dem 03. April 2006

musste er seinem Vater auf einem Gemüsemarkt helfen. Im Alter von zehn Jahren wanderte er mit seinen Eltern nach Berlin ein, heiratete mit siebzehn und entwickelte sich in Berlin zum größten Dönerproduzenten Europas, der Hunderte von Mitarbeitern beschäftigt und an vier Standorten (Berlin, Brandenburg, Hamburg und in den Niederlanden) produziert. Als nächsten Schritt will Kaplan in Istanbul die größte Dönerfabrik Europas mit rund 250 Mitarbeitern eröffnen.

Aber die Statistik der IHK kann auch anders als „vom Tellerwäscher zum Millionär“ gelesen werden. Als ein Scheitern der dauerhaften Integration der großen Einwanderergruppen aus Nicht-EU-Staaten in den Berliner Arbeitsmarkt. Fachleute gehen von einer Arbeitslosigkeit unter der türkischen Bevölkerung von 50 Prozent aus.<sup>54</sup> Und Schätzungen gehen davon aus, dass 90 Prozent der Palästinenser und Libanesen, die einst als Flüchtlinge kamen, gar nicht oder schwarz arbeiten.<sup>55</sup> Und jeder zweite Vietnamese im erwerbsfähigen Alter ist wirtschaftlich selbständig – zumeist als einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit.<sup>56</sup> Tatsächlich handelt es sich bei dem Großteil der Betriebe der Migranten um kleine Familienbetriebe, in denen

---

<sup>54</sup> Stefan Luft, *Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise*, Gräfelfing 2006, S. 163

<sup>55</sup> Ralph Ghadban, *Abgrenzung und Ausgrenzung*, a.a.O.

<sup>56</sup> Marina Mai, *Ethnische Ökonomie ist auch in Berlin eine Chance*, in: die tageszeitung, 01. Februar 2002

durchschnittlich nicht mehr als drei Personen arbeiten und nur in Ausnahmefällen ausgebildet wird.

### **Arbeitslosenquote Deutscher und Nichtdeutscher in Berlin (in Prozent)<sup>57</sup> :**

	Deutsche	Nicht-Deutsche
1998	16,4	33,5
2000	16,0	34,0
2005	19,1	44,1
2007	16,8	40,0

Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter den Nichtdeutschen in Berlin ist in den zurückliegenden Jahrzehnten dramatisch gesunken. Anfang der siebziger Jahre, auf dem Höhepunkt der Anwerbung von Arbeitskräften, betrug er noch weit über 80 Prozent. Heute gehört der sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in Berlin zu einer verschwindend kleinen Minderheit. Gerade einmal 14 Prozent von ihnen sind in Lohn und Brot. Zum Vergleich: Bei den deutschen Staatsbürgern ist es rund ein Drittel.

Nichts spiegelt die gewaltigen Umbrüche in der Berliner Wirtschaft eindrucksvoller wider als diese Zahlen. Die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitsmigranten ist nach 1980 sprunghaft angestiegen. Eine Folge des

---

<sup>57</sup> Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit

tiefgreifenden Strukturwandels, den die industrielle Produktion weltweit erlebte. Die Rationalisierungs- und Automatisierungswelle der frühen Achtziger traf West-Berlin besonders hart. AEG, Siemens, Telefunken und Zanker-Haushaltsgerätekwerke – die großen Namen der deutschen Elektroindustrie knipsten in ihren Werkhallen die Lichter aus. Nach der Wiedervereinigung verschärfte sich die Lage. Denn mit der Streichung der Berlinsubventionen schlossen viele Betriebe, die sich nur aus diesem Grund einen Standort Berlin geleistet hatten. Sie waren es vor allem, die „Gastarbeiter“ angeworben hatten. Und noch etwas verdüsterte die Perspektive der Migranten: Auf die verbliebenen Arbeitsplätze wurden ab den neunziger Jahren bevorzugt die besser ausgebildeten Ost-Berliner und Brandenburger Arbeiter eingestellt. Zwar entstanden auch in Berlin neue Arbeitsplätze. Aber der Strukturwandel, weg vom produzierenden Gewerbe, hin zu den Dienstleistungsberufen, ging an den Arbeitsmigranten weitgehend vorbei. Für den robusten, ungebildeten Arbeitertypus bestand kein Bedarf mehr. Niedrige Schulabschlüsse, fehlende Weiterqualifizierungen und Umschulungsangebote versperrten den Weg in neu entstehende Berufe. In der Integrationsdebatte hat diese Entwicklung zu Vorwürfen geführt wie „Ausländer wandern in unsere Sozialsysteme ein“ und zu populistischen Parolen wie „wir brauchen mehr Ausländer, die uns nützen und

weniger, die uns ausnützen“. Verschwiegen wird dabei, dass viele der Probleme hausgemacht sind, siehe: Arbeitsverbote, fehlende Weiterqualifizierung und mangelhafte Bildungspolitik. Und übersehen wird, dass sich die Einwanderer keineswegs wehklagend in ihr Schicksal fügten, wie die steigende Zahl der Existenzgründungen belegt.

Dass die Arbeitslosigkeit unter Zuwanderern seit 25 Jahren mehr als doppelt so hoch ist wie unter den Alteingesessenen, hängt nach Ansicht von Experten möglicherweise auch mit ausländerrechtlichen Hürden beim Weg in die Selbständigkeit zusammen. Weder die Handwerksordnung noch Handwerkskammern und die IHK, noch die Wirtschaftsförderung des Berliner Senats hätten das Potenzial bislang ausreichend gefördert.

Die Entwicklung der Gründung polnischer Betriebe scheint die Kritik zu bestätigen. Mit dem Beitritt Polens in die EU entfielen ab 2004 für polnische Staatsbürger viele ausländerrechtliche Beschränkungen. In nur drei Jahren verfünffachte sich die Zahl der polnischen Betriebe in Berlin von 565 (2003) auf 2.976 (2005).

Selbständigkeit kann ein Weg aus der Misere des Berliner Arbeitsmarktes sein, sie wird das Problem allerdings alleine nicht lösen. Die Herausforderung liegt auf der Hand: Gelingt es nicht, die großen Einwanderergruppen, die sich mehrheitlich aus bildungsfernen

Schichten rekrutieren, in den Arbeitsmarkt zu integrieren, droht sich die Situation zu einem sozialen Konfliktpotenzial aufzustauen. Der nachhaltige Ausweg aus diesem Dilemma lautet: Bildung, Bildung, Bildung.

## **Bildung und Migration**

„Wir werden uns ein Schulprogramm mit anderen Sprachförderkonzepten überlegen müssen. Schließlich sind wir verantwortlich, dass unsere Schüler eine Chance in der Gesellschaft bekommen.“ Mit diesen entschlossenen Worten kommentiert Bernd Böttig, Schulleiter an der Eberhard-Klein-Oberschule in Kreuzberg, eine historische Zäsur.<sup>58</sup> Zum Schuljahr 2004/2005 startete in Berlin erstmals eine Schule den Unterricht, in der 100 Prozent der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache sind. Weitere werden auf Grund der demografischen Entwicklung folgen.

Ohne Bildung und deutsche Sprachkompetenz keine Integration! Darin sind sich viele einig – im Prinzip. Schulabschlüsse entscheiden über die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit auch

---

<sup>58</sup> *Berliner Morgenpost* vom 20. Dezember 2004

über die künftigen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe.

Aber die OSZE, Pisa und zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien stellen der deutschen Schule ein schlechtes Zeugnis aus. Der Vorwurf lautet: Das Bildungssystem benachteiligt die Kinder bildungsferner Familien, vor allem die mit Migrationshintergrund.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Über 41 Prozent der deutschen Schüler schlossen 2006 ihre schulische Laufbahn in Berlin mit dem Abitur ab. Bei den nichtdeutschen Schülern waren es nur knapp 18 Prozent. Und rund viermal so viele Kinder aus Einwandererfamilien verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Woran der schulische Misserfolg liegt, darüber wird seit Jahren heftig gestritten. Die Freunde der einfachen Weltsicht sind sich einig: Die Schuld liege bei den Migranten selbst. Sie kümmerten sich zu wenig um das Wohl ihrer Kinder. Manche meinen auch, ein konservativer Islam sei verantwortlich für die Misere. Ein Blick auf die Berliner Bildungssituation der zurückliegenden vierzig Jahre lehrt etwas anderes.

Bis weit in die siebziger Jahre gingen die politisch Verantwortlichen davon aus, dass die „Gastarbeiter“ in ihre Herkunftsländer zurückkehrten. Niemand machte sich deshalb viele Gedanken um die schulische Bildung dieser Kinder. Nicht Integration war das

vorrangige politische Ziel, sondern die so genannte Rückkehrbereitschaft.

Die Folge: In den Anfangsjahren der Migration saßen die italienisch, griechisch oder türkisch sprechenden Kinder mit ihren deutschen Schulkameraden in den Regelklassen. Ohne systematische Unterstützung versuchten sie dem deutschsprachigen Unterricht zu folgen – mit wenig Erfolg. Es grenzt fast an ein Wunder, dass dennoch ein paar wenige den Realschulabschluss schafften. In den sechziger und siebziger Jahren profitierten sie davon, dass es häufig nur ein oder zwei Kinder mit nichtdeutscher Erstsprache in den Klassen gab. Engagierte Lehrkräfte und Mitschüler gingen bereitwillig auf die Lern- und Lebensprobleme der Zuwandererkinder ein.

1971 wurde in Berlin erstmals ein rechtlicher Rahmen geschaffen, um dem Unterrichtschaos der ausländischen Kinder ein Ende zu setzen. Von nun an sollten sie in ein, zwei Schuljahren in „Vorbereitungsklassen“ sprachlich und fachlich auf die Integration in die Regelklassen vorbereitet werden. Die Idee war gut, aber die Praxis verheerend: Die meisten Schüler blieben jahrelang in diesen oft mit bis zu fünfzig Schülern vollgestopften Klassen sitzen. Zwei Drittel von ihnen verließen die Schule ohne Abschluss.

Als die Zuwanderer sich Ende der siebziger Jahre auf einen dauerhaften Aufenthalt einrichteten und ihre Ehepartner und Kinder nachholten, war klar: Mit per-

sönlichem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer war diese Herausforderung nicht mehr zu bewältigen. Sie forderten wirksame Unterstützungsangebote und ein Gesamtkonzept zur Vermittlung der deutschen Sprache.

Die Lösung sollten ab 1977 neu verfasste Ausführungsvorschriften bringen: Hier wurden einige zusätzliche Lehrerstunden, dort ein paar Sondermittel für Unterrichtsmaterial bewilligt. Und es wurden ausländische Lehrkräfte eingestellt, häufig Gastarbeiter ohne jegliche pädagogische Ausbildung, die in den Vorbereitungsklassen eingesetzt wurden. Ein Gesamtkonzept sieht anders aus.

Schafften die Schülerinnen und Schüler es unter diesen Bedingungen nicht, ausreichend Deutsch zu lernen und in eine Regelklasse zu wechseln, wurden sie in so genannten Ausländerklassen geparkt. Hier waren die Kinder der Einwanderer nun ganz unter sich und hatten keinerlei Gelegenheit, Deutsch zu lernen. Kaum einer von ihnen schaffte auch nur den Hauptschulabschluss.

Die Institution Schule wurde im Laufe der Zuwanderung häufig mit den Folgen politischer Entscheidungen konfrontiert und bei der Bewältigung der Probleme alleine gelassen. Zum Beispiel im November 1981, als der nach dem damaligen Innensenator benannte „Lummer-Erlass“ folgendes vorsah: Ausländische Jugendliche bekommen ab ihrem achtzehnten

Geburtstag keine Aufenthaltsgenehmigung mehr, wenn sie bis dahin nicht seit fünf Jahren in Berlin leben und in einem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis stehen. „Tausende von Ausländern müssen Berlin verlassen“, titelte der *Tagesspiegel*.

Vor allem die Einwanderer aus Nicht-EU-Staaten wie Jugoslawien und der Türkei gerieten in Panik. Aus Sorge, ihre Kinder nie mehr im Zuge der Familienzusammenführung nachholen zu können, änderten sie ihre Lebensplanung und holten nun all ihre Kinder kurz entschlossen nach Berlin. Die Folge: Anfang des Schuljahres 1982 standen vor den Schulen tausende von Kindern, die kein Wort Deutsch sprachen.

Wohin mit den vielen „Seiteneinsteigern“, die plötzlich in die dritten, vierten oder auch achten Klassen kamen? Diejenigen, die bereits über vierzehn Jahre alt waren, hatten das Pech, in „Eingliederungslehrgänge“ gesteckt zu werden. Man ging davon aus, sie seien zu alt, um noch einen Schulabschluss zu erlangen. Da war es besser, wenn sie wenigstens den Unterricht in den anderen Klassen nicht mit ihrer Anwesenheit störten und in den zutreffend als „Ausgliederungslehrgang“ bezeichneten Klassen saßen. Mit sechzehn Jahren wurden sie mit einer Bescheinigung, dass sie ihrer Schulpflicht genügt hätten, in eine chancenlose Zukunft entlassen.

Andere hatten noch weniger Glück. Für Kinder von Asylantragsstellern wurde die Schulpflicht erst Ende

der achtziger Jahre eingeführt. Tausende von Flüchtlingskindern, vor allem aus dem Libanon, hatten niemals die Chance auf Bildung, niemals die Chance, die deutsche Sprache unter Anleitung zu erlernen.

Die Langzeitfolgen dieser bildungspolitischen Irrwege: Aus den Kindern, die damals die Schulen ohne ausreichende Deutschkenntnisse verließen, sind zwanzig, dreißig Jahre später die Eltern und sogar Großeltern der heutigen Schülergeneration geworden. Die Antwort auf die häufig gestellte Frage: „Warum sprechen viele Migranten auch nach drei Generationen so schlecht Deutsch?“ ist in den geschilderten Entwicklungen zu suchen.

Inzwischen hat sich das Schulsystem besser auf die Einwanderer eingestellt. Die Schüler werden nicht mehr in „Ausländerklassen“ gesteckt; die Einbeziehungweise Ausgliederungslehrgänge gibt es seit 1999 nicht mehr. Und inzwischen werden mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund eingestellt, die ihre pädagogische Ausbildung in Deutschland absolviert haben.

Die Schulabschlüsse der Kinder aus Migrantenfamilien verbessern sich langsam. Verließen 1995 noch 20 Prozent von ihnen die Hauptschule ohne Abschluss, waren es 2006 16,5 Prozent. Die Vergleichszahlen bei den deutschen Schülern sind 6,3 und 4,5 Prozent. Auch erhöht sich der Anteil der Schüler mit Abitur. Machten 1995 13,6 Prozent der nichtdeut-

schen Schüler Abitur, waren es 2006 17,7 Prozent. Die Vergleichszahlen bei den deutschen Schülern sind 35,4 und 41,1 Prozent.

Angesichts dieser schleppenden Entwicklung wird weiterhin nach den Ursachen für die ausbleibenden Schulerfolge der Migranten gesucht. Schnell wird diagnostiziert, dass die hohe Konzentration der Migranten an einer Schule die Hauptursache sei. Sprachstandsmessungen in unterschiedlich zusammengesetzten Schulen kommen zu einem anderen Ergebnis: Der Schulerfolg von Migranten ist unabhängig von ihrer Zahl in einer Klasse; er hängt davon ab, ob es gelingt, ihnen in einer motivierenden Schulatmosphäre systematisch Deutsch zu vermitteln und sie bis zum Abschluss gezielt zu unterstützen.

Berlin hat in den vergangenen vierzig Jahren eine Fülle von Ansätzen zur schulischen Bildung von Kindern aus Einwandererfamilien erprobt. Manche wurden nach kurzer Zeit verworfen. Modellversuche, wie die zweisprachige Erziehung in Türkisch und Deutsch oder die Einführung von Türkisch als Fremdsprache, sind inzwischen zum festen Bestandteil der Berliner Schullandschaft geworden.

Und Berlin hat das bundesweit einmalige Konzept der „Staatlichen Europaschulen Berlin“ entwickelt. In diesen bilingualen Schulen sitzen zur Hälfte Kinder mit deutscher und zur Hälfte mit nichtdeutschen Erstsprachen wie Englisch, Französisch, Russisch,

Italienisch, Spanisch, Türkisch, Polnisch oder Griechisch. Der Unterricht erfolgt in beiden Sprachen, gleichzeitig eignen sich die Kinder auch ein umfangreiches Wissen über die jeweils anderssprachige Literatur, Kunst und Alltagskultur an.

Interkulturelle Pädagogik ist heute keine Spezialität besonderer Schultypen mehr, sondern wird von allen Schularten gefordert. Fortbildungen werden angeboten, und bei all dem sind Migranten mittlerweile beteiligt. Vereine wie der „Polnische Sozialrat“, der „Türkische Elternverein Berlin-Brandenburg“ oder das „Süd-Ost Europa Kulturzentrum“ bieten Hausaufgabenhilfen an, schicken Referenten an die Schulen. Sie moderieren bei der Kommunikation mit den Elternhäusern, führen Seminare durch, um den Eltern die Feinheiten des komplizierten Berliner Schulsystems zu erläutern. Studentinnen und Studenten mit Migrationshintergrund übernehmen Patenschaften für Schüler und unterstützen sie bis zum Abitur.

Alle diese Anstrengungen sind notwendig, um den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu qualifizierten Schulabschlüssen zu verhelfen. Es sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Berlins. Denn immerhin stellen diese Kinder ein gutes Drittel der nächsten Generation.

## Migration und Kultur

Paris ist ein Fest fürs Leben, Berlin ein Karneval der Kulturen. Alljährlich zu Pfingsten explodiert die Stadt. Bis zu einer Million Berliner und Touristen säumen die Straßen. „Wenn Lebenslust und Farbenfreude sich vereinen, wenn Alt und Jung auf der Straße tanzen und alle zusammen ein Fest der Toleranz und Vielfalt gestalten – dann feiert Berlin den Karneval der Kulturen!“ So steht es auf der Homepage der Organisatoren. Schöner hätte es auch eine Werbeagentur nicht formulieren können.

Ein Karneval im protestantischen Berlin. Das ist ein Widerspruch in sich selbst. Wenn der Berliner sich dennoch mit wachsender Lust zum Narren macht, dann kann das nur eines heißen: Es ist endgültig geschehen um die kulturelle Dominanz des alten Preußen. Und einmal im Jahr wird das von den Bürgern der Stadt demonstriert. Der Berliner Karneval ist ein Schaulaufen der Communities: Balkanbeat, Afroreggae und Latinrock, Tänzerinnen aus Bolivien, Breakdancer aller Nationen aus Neukölln, gigantische Sambatrommeln neben indonesischen Gamelanorchestern ...

So bezaubernd und betörend das farbenfrohe Geschehen auch ist, muss zunächst eine Legende zu rechtgerückt werden. Der Umzug mit seinen Hunderten Sambatänzerinnen und Trommlern spiegelt die

Realität der Einwanderung nicht eins zu eins wider. Er könnte den Eindruck erwecken, die meisten Einwanderer stammten aus Brasilien, der Karibik oder Afrika. Das ist nachweislich falsch. Aber das sind Petitesen.

Tatsächlich ist der Karneval der Kulturen spektakulärer Ausdruck, welche kulturellen Crossovers in vierzig Jahren Migration heranreiften. Längst hat die türkische Popwelle Berlin erreicht. Seit den neunziger Jahren schallt sie aus Sendern wie *Radio Multikulti*, *Radio Metropol FM* und durch die Hinterhöfe. Die Songs von Tarkan und Muhabbet haben längst auch die deutschen Jugendzimmer erreicht. Und wie grundlegend der HipHop die Jugendkultur Berlins in den zurückliegenden Jahren umwälzte, das haben wir bereits im Kapitel „Jugendliche Landnahme“ gezeigt. Wie hat Migration das kulturelle Leben Berlins geprägt? Das ist eine knifflige Frage, und nicht immer ist sie so einfach zu klären wie beim Karneval der Kulturen. Denn die Welt der Kunst und Kultur ist seit jeher international – in ihren Inhalten und Ausdrucksformen und von ihren Akteuren. Natürlich sind die Dirigenten Sir Simon Rattle oder Daniel Barenboim in einem gewissen Sinn Migranten. Und sie prägen das kulturelle Leben Berlins – und zwar mit Macht. Ob sie gewillt sind, in Berlin zu dirigieren, das entscheiden aber keine ausländerrechtlichen Bestimmungen, sondern letztlich die Qualität der Or-

chester, das Honorar und die Rahmenbedingungen der künstlerischen Arbeit.

Mit Migration im engeren Sinne hat das wenig zu tun. Ebenso wenig die internationale Künstlerszene, die sich rund um das Tacheles in der Oranienburger Straße tummelt. Bereits kurz nach dem Fall der Mauer entdeckten Künstler aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen, den USA, Spanien und Italien die vorübergehenden Freiräume Ost-Berlins für sich. Es war ein Fest, eine Explosion der Kreativität, die Begleitmusik eines veränderten Europas nach dem Fall des eisernen Vorhangs. Heute ist der morbide Charme des Tacheles wenig mehr als Folklore, eine Reminiszenz, ein Zitat. Sie dient einer internationalen Szene als Folie, die sich gestern in Prag oder Barcelona inszenierte, heute ihre Party in Berlin feiert und morgen bereits in Sankt Petersburg und Budapest.

In diesem Buch ist von einer anderen Kultur die Rede; von einer Kultur, die ohne Arbeitsmigration, Flucht und Vertreibung nicht denkbar ist; ein Ausdruck der Minderheiten, die Berlin für sich auf Dauer als neue Heimat wählten. Dazu gehören Künstler wie der russische Schriftsteller Wladimir Kaminer, der in seinen Werken das neue Berlin kunstvoll stilisiert. Oder das Soundsystem „BalkanBeats“, das sich Mitte der neunziger Jahre in der Kreuzberger Kneipe Aracóna gründete: Flüchtlinge trafen sich und begannen die allgegenwärtigen Flüchtlingsdepressionen und

die Angst vor Abschiebung durch Musik zurückzudrängen. „BalkanBeats“ ist zum Exil geworden, zu einem existenziellen Überlebensprojekt, das Titojugoslawische Kindheiten mit deren Ironisierung durch das Hier und Jetzt verbindet. Die „BalkanBeats“-Partys werden heute geradezu überrannt und sind so etwas wie die inoffizielle postjugoslawischer Subkultur in Berlin.

Musik, Unterhaltung und Literatur – so ganz ohne Migranten ist das im Jahr 2008 nicht mehr vorstellbar. Der Kanak-Sprak-Erfinder Feridun Zaimoğlu, der märchenhafte Rafik Schami, die Comedians Stefan Erkan und Kaya Yanar, der Sänger Mustafa Sandal – sie alle sind feste Größen des deutschen Kulturbetriebs. Vorbei die Zeiten der siebziger und achtziger Jahre, als Migrantenkultur nur als kleine Schwester der Hochkultur denkbar war und in die Nischen von Sonderetats des Berliner Senats verwiesen wurde.

Über lange Jahre war das legendäre „Grips-Theater“ am Hansaplatz eine der wenigen Spielstätten, die sich dem Wandel durch Migration widmet. Schon in den achtziger Jahren griff es Themen auf, die Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund beschäftigen. In den Inszenierungen war die jugendliche Fatma zu sehen, die nach einem Weg sucht, ihre Eltern davon zu überzeugen, dass Michael sehr wohl der richtige Mann für sie ist. Hier erzählte Hassan in den neunziger Jahren, wie er sich endlich aus seiner

Gang gelöst hat und nun von einem Ausbildungsplatz träumt.

Heute werden die Stücke deutsch-türkischer Autoren wie selbstverständlich an Berliner Theatern gespielt. Und der Diyalog e.V., ein Theaterverein der „zweiten Generation“, veranstaltet seit 1995 ein alljährliches Theaterfest, das bereits mehr als 40.000 Besucher angezogen hat und über 170 internationale Produktionen zur Aufführung brachte – in türkischer, persischer, griechischer, spanischer, italienischer, japanischer, holländischer und englischer Sprache.

Als der in Berlin lebende Aras Ören 1973 sein Poem *Was will Niyazi in der Naunynstraße?* veröffentlichte, wurde ein neues Kapitel des deutschen Literaturbetriebs aufgeschlagen. Zum ersten Mal nach 1945 zog die Literatur eines Einwanderers in Deutschland die Aufmerksamkeit auf sich. Und Themen wie Fremdheit, Identität und Sprachlosigkeit fanden Eingang in die deutsche Literatur.

Die deutsche Gesellschaft öffnete sich zunächst nur zögerlich für eine Literatur der kulturellen Vielschichtigkeit. Die „Ausländerliteratur“, wie sie früher ein wenig abschätzig genannt wurde, führte bis in die neunziger Jahre eher ein Schattendasein. Ausnahmen wie die aus Rumänien nach Berlin zugewanderten Herta Müller und Richard Wagner bestätigten dabei nur die Regel. Erst nachdem die Berlinerin Emine Sevgi Özdamar, Autorin von Büchern wie *Mutterzun-*

ge und *Die Brücke vom Goldenen Horn*, 1991 den Ingeborg-Bachmann-Preis gewonnen hatte, befreite sich die von Migranten verfasste Literatur endgültig von dem Verdacht, nichts weiter als Betroffenheitsprosa zu sein. Sie ebnete den Weg für jüngere Berliner Autoren wie Zehra Çırak, Zafer Şenocak oder Yadé Kara, die 2004 für *Selam Berlin*, eine Stadtgeschichte mit wunderbar chaotischen Charakteren, den deutschen Buchpreis für das beste Debüt erhielt. Eine Berliner Literaturszene ohne Migranten – das ist nicht mehr vorstellbar.

Neben den Repräsentanten der Hochkultur und schönen Künste dürfen wir die vielen „Kulturvereine“ der Landsmannschaften aus aller Welt nicht vergessen – die Treffpunkte der Aserbaidzchaner, der Italiener und Pontos-Griechen, der Schwarzmeer-Türken, der Iraner, Iraker und Eritreer. Sie sind zwar meilenweit von der Hochkultur entfernt, aber beliebte Treffpunkte. Hier wird nicht nur der jüngste Klatsch aus der Nachbarschaft ausgetauscht, sondern auch die Fußballergebnisse im Heimatland und in der Bundesliga werden ausdauernd diskutiert. Bisweilen gibt es eine Lesung im kleinen Kreis oder Chorabende. Sie sind für das soziale Leben und den Zusammenhalt der Stadt ebenso wichtig wie die kurdische Folkloregruppe, das alevitische Cem-Haus, der afrikanische Musikclub oder die kroatische Volkstanzgruppe.

Wer über Kultur und Migration in Berlin spricht, der darf über die Werkstatt der Kulturen und das Haus der Kulturen der Welt nicht schweigen. Die „Werkstatt“ sitzt inmitten des Multikulti-Kiezes in Neukölln. Hier wurde nicht nur der Karneval der Kulturen erfunden.

Im Alltag ist das Haus ein Ort des Diskurses und der Begegnung für Menschen unterschiedlicher Nationalität, Kultur oder Religion. Ausstellungen iranischer Fotografen, Diskussionsveranstaltungen über das Für und Wider einer Moschee im Bezirk oder über den Lebensalltag von jungen Aussiedlern aus Russland machen die „Werkstatt der Kulturen“ zu einem wichtigen Labor, in dem vieles bereits gedacht, ausgetauscht und widerlegt ist, bevor es in das Bewusstsein der Berliner Öffentlichkeit dringt.

In etwas vornehmerer Gegend, einen Steinwurf vom Kanzlerinnenamt entfernt, residiert das „Haus der Kulturen der Welt“. Es ist ein Ort grenzüberschreitender Projekte und weitet den Horizont der Berliner für das Weltgeschehen und internationale Debatten. Der Schwerpunkt der Programmarbeit liegt auf den zeitgenössischen Künsten und den aktuellen Entwicklungen in den Kulturen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und den künstlerischen und kulturellen Folgen der Globalisierung.

Die Alltagskultur der Berliner Migranten ist weniger spektakulär, kann aber auf den Wiesen des Tiergar-

tens unmittelbar vor den Türen dieser Einrichtung der Hochkultur umso ausgiebiger studiert werden. Beim ersten Sonnenstrahl verwandelt sich der Park in eine einzige Grillparty. Arabische, türkische und griechische Familien geben sich inmitten dichter Rauchschwaden ein Stelldichein. Über zwanzig Jahre hinweg stritt das alte Berlin für ein Verbot dieses Ausdruckes mediterraner Lebensfreude. Mit Demonstrationen und Petitionen. Der Kampf ist verloren. Denn inzwischen haben auch viele Deutsche gelernt: Straßen und Plätze sind nicht nur Adern des Verkehrs und der Warenzirkulation, Parks nicht nur grüne Lungen, sondern vor allem auch Stätten der Muße und der Begegnung. Eine kulturelle Revolution und ein Zivilisationsgewinn.

## **Das spirituelle Berlin**

Jahrhundertlang war Berlin eine vom Christen- und Judentum geprägte Stadt – mit eindeutiger Vorherrschaft der evangelischen Kirche. Bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten lebten rund drei Millionen Protestanten und eine Minderheit von 400.000 Katholiken und 160.000 Juden in Berlin. In Hunderten von Kirchen, 170 Synagogen und zwei Moscheen huldigten sie ihrem Gott. Atheisten und andere Religionsangehörige waren eine verschwindende Minderheit.

Heute, 75 Jahre später, ist Berlin Hauptstadt der Atheisten. Religion ist ein Minderheitenprogramm, über zwei Drittel der Berliner gehören keiner Glaubensgemeinschaft an. Trotz alledem gibt es in der Stadt ein großes Interesse an spirituellen Fragen. Ein Blick in die Programmzeitschriften *Tip* und *Zitty* offenbart: Der Markt der Sinnanbieter lässt tausend Blumen blühen. Die Yoga- und Meditationskurse sind überlaufen, die jährlichen Esoteriktage mit ihren Geist- und Wunderheilern gut besucht. Und längst dürften in Berlin mehr Buddhas die Wohnzimmer zieren als Kreuze und Marienstatuen. Kabbala, Scientologen, Mormonen, Animisten und Voodoo-Kult – im Supermarkt der Heilsversprechen findet jeder das passende Angebot.

Seit den fünfziger Jahren ist die evangelische Kirche die große Verliererin des spirituellen Berlin. Nur noch 750.000 Berliner sind eingeschriebenes Mitglied. Aber auch von diesen praktiziert nur eine Minderheit ihren Glauben aktiv, wie eine sonntägliche Exkursion durch die Gottesdienste zeigt.

Vergleichsweise vitaler sind die anderen Glaubensgemeinschaften. Aufgrund der Zuwanderung aus dem katholischen Polen, dem Rheinland und Kroatien herrscht in den katholischen Gottesdiensten ungewohnter Andrang. Die katholische Kirche mit heute mehr als 300.000 Mitgliedern gewinnt an relativem Einfluss. Ebenso die griechisch-orthodoxe und die

russisch-orthodoxe Kirche. Der jüdischen Gemeinde gehören inzwischen wieder 12.000 Berliner an, Tendenz steigend.

Im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen heute die Muslime. Kein Wunder. Denn die Integration einer neuen religiösen Minderheit in so kurzer Zeit und in so großer Zahl ist einmalig in der neueren Geschichte Deutschlands. Auf Grund der Zuwanderung vor allem aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und den arabischen Ländern ist der Islam binnen weniger Jahre mit seinen 76 Moscheen zur zweitgrößten Religionsgruppe in Berlin geworden.

Wie viele Muslime in Berlin leben, ist eine schwierige und gleichzeitig eine politisch brisante Frage. Wer auf die Frage eine eindeutige Antwort gibt, hat schlicht Falsches gesagt. Denn im Islam wird die Mitgliedschaft anders als im Christen- und Judentum nicht zentral erfasst. Aus diesem Grund ist die Zahl der Muslime auch nicht bekannt. Trotzdem wird ihre Zahl vom Statistischen Landesamt Berlin mit über 210.000 Personen angegeben. Sie beruht auf Schätzungen mit eigenartigen Grundannahmen. Als Muslim werden statistisch alle Personen mit Migrationshintergrund gezählt, die aus einem mehrheitlich muslimischen Land kommen, und durch die Zahl der Muslime mit deutscher Abstammung und Konvertiten ergänzt. Dabei wird kein großer Unterschied gemacht, ob sie zum Beispiel Sunniten, Schiiten, Alevi-

ten oder Ahmadis sind. Es ist ein eigenartiges Verfahren. Ganz so, als würde man die über zwei Millionen religionslosen Berliner aufgrund der christlichen Mehrheit in Deutschland pauschal dem Christentum zuordnen.<sup>59</sup>

Viele Einwanderer aus muslimischen Ländern entscheiden sich gegen eine Mitgliedschaft in einer islamischen Gemeinde. Religionssoziologische Untersuchungen in Deutschland kommen zu dem Ergebnis, dass rund 45 Prozent von ihnen niemals ein Gebet in einer Moschee besuchen und eine entsprechend große Gruppe zur Religion eine große Distanz hat.<sup>60</sup> Nicht mehr als ein Viertel bis ein Drittel der in Deutschland nach der amtlichen Statistik ausgewiesenen „Muslime“ sind auch Mitglied in einem der zahlreichen Moscheevereine. Die organisatorisch-religiöse Bindung unter den Muslimen ist damit noch geringer als in der Mehrheitsgesellschaft.

Obgleich in Berlin ein entspannter und säkularer Islam dominiert, ist die Religion in aller Munde. Das hat zum einen mit dem ideologischen Gift zu tun, das erklärte Islamhasser seit Jahren versprühen. Ihre These, der Islam sei eine Religion der Gewalt und des Hasses, ergreift Besitz von Berliner Köpfen. Zum an-

---

<sup>59</sup> Carsten Frerk, *„Muslime“ in Deutschland – eine Annäherung*, Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland, Textarchiv TA-2007-10, S. 1

<sup>60</sup> ebenda, S. 4–7

deren tritt die Religion nach Jahrzehnten einer unwürdigen Hinterhofexistenz ins Licht der Öffentlichkeit und irritiert die Mehrheit. Jeder Antrag für den Bau einer neuen Moschee wird von heftigen und lautstarken Auseinandersetzungen um die Fragen begleitet: Wer steckt dahinter? Eine fromme Gemeinde oder eine Organisation, die in Wirklichkeit üble politische Ziele verfolgt?

Und noch immer finden es Berliner befremdlich, dass muslimische Schüler und Pädagogen an den beiden islamischen hohen Feiertagen, dem Zucker- und dem Opferfest, ganz offiziell vom Unterricht befreit sind; und dass in Stadtvierteln wie dem Wedding, Neukölln und Kreuzberg festlich gekleidete Erwachsene und Kinder mit riesigen Backblechen voller Süßspeisen gut gelaunt ihre Verwandten und Freunde besuchen, während der Arbeitsalltag der Mehrheit weitergeht. Alljährlich werden in den Schulen nervenaufreibende Auseinandersetzungen über die Frage geführt, ob die fastenden Schüler am Schulsportfest oder am Schwimmunterricht teilnehmen müssen.

Jüdische Feiertage wie Rosch Ha-Schana, das jüdische Neujahr, oder Jom Kippur, der Versöhnungstag, zu denen die Schüler ebenfalls vom Unterricht befreit werden, lösen weniger Emotionen aus. Ebenso werden die religiösen Verhaltensvorschriften des Judentums – das Schächten der Tiere, das Bedecken der Haare der Frauen, die Beschneidung der Söhne und

Speisevorschriften wie die Ablehnung von Schweinefleisch – von der Mehrheit akzeptiert. Skandalisiert wird dies alles am Beispiel des Islam. Ein deutsches Mysterium.

Beim Thema Religion und Schule geht Berlin eigene Wege. Im Gegensatz zum Rest der Republik ist in Berlin (und Bremen) der Religionsunterricht kein ordentliches Schulfach. Seit 1948 haben die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften lediglich das Recht, einen Unterricht anzubieten, der von den Schülern auf freiwilliger Basis besucht werden kann. Solange an den Schulen nur evangelischer, katholischer und jüdischer Religionsunterricht angeboten wurde, schien die Welt in Ordnung. Als die umstrittene Islamische Föderation in Berlin als erste islamische Glaubensgemeinschaft anerkannt wurde und somit das Recht erlangte, ab dem Schuljahr 2001/2002 islamischen Religionsunterricht zu erteilen, herrschte Aufregung.

Die Kirchen forderten: Der einzige Weg, den Zugang von dubiosen Glaubensgemeinschaften an die Schulen zu unterbinden, sei ein Religionsunterricht als Pflichtfach. Das Argument hielt keiner sachlichen Überprüfung stand. Die Islamische Gemeinde wäre einfach nur zum Anbieter eines Pflichtfaches geworden.

Inzwischen gibt es neben dem Unterricht der Islamischen Föderation auch einen Religionsunterricht der

Alevitischen Gemeinde und der Deutschen Buddhistischen Union. Und der Humanistische Verband Berlin, der sich als Weltanschauungsgemeinschaft und Interessenvertreter derer versteht, die sich keiner Religion zugehörig fühlen, bietet parallel zum konfessionellen Religionsunterricht Lebenskunde an. Für Kinder ohne Bindung an eine Religion eine Möglichkeit, sich mit den zentralen Fragen des Lebens aus einer humanistischen Perspektive zu befassen.

Seit dem Schuljahr 2006/2007 gibt es in Berlin das neue Pflichtfach Ethik. Seine Einführung ist dem überzeugenden Argument zu verdanken, dass es sich in einer Einwanderungsstadt wie Berlin verbietet, wenn Schüler nur das Trennende zwischen ihren Religionen und Weltanschauungen kennen lernen. Sinnvoller ist es, wenn sie gemeinsam über Normen und Werte aufgeklärt werden, die für alle, unabhängig von ihrem Glauben, gelten.

## 5 Streitpunkte

Die Einwanderungsgesellschaft ist eine Gesellschaft des Konflikts. Denn nicht immer sind die Traditionen, Verhaltensweisen und Werte der Neubürger kompatibel mit den Standards der Aufnahmegesellschaft. Ungleichzeitigkeiten und Sozialmilieus prallen aufeinander. In mühsamen Prozessen wird ausgehandelt, was die gemeinsamen Umgangsformen und -normen sind.

Die Integration der Zuwanderergruppen kann nur gelingen, wenn sich sowohl die Minderheiten als auch die Mehrheit auf ein paar unverrückbare Grundlagen einigen. Und die lauten: Bekenntnis aller zu den universalistischen Werten, auf die sich diese Gesellschaft geeinigt hat. Das meint: Pluralismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen; die Trennung von Politik und Religion als Bestandteil der politischen Moderne; die demokratische Zivilgesellschaft als rechtliche und institutionell abgesicherte Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre; Toleranz im Sinne der Moderne, die nicht die Duldung des Andersgläubigen meint, sondern die umfassenden Freiheiten und Gleichbehandlung des Andersdenkenden und Andersgläubigen einschließt.

Zurzeit beschäftigt die Gemüter nichts mehr als die Themen „muslimischer Antisemitismus“, „Islam“, „Ehrenmorde und Zwangsheiraten“, das „Ende von Multi-

kulti“, die „Ausländerkriminalität“ und Vermutungen über die schädlichen Wirkungen „medialer Parallelgesellschaften“. Nicht wenige Bürger befürchten, religiös begründete patriarchale Stammesstrukturen und Werte könnten die Grundlagen unseres Zusammenlebens ernsthaft in Frage stellen. Grund genug, sich ein wenig näher mit den aufgerufenen Themen zu beschäftigen.

## **Der Mythos vom Multikulti-Irrtum**

Die Vorwürfe wiegen schwer: Jahrzehntlang durften die Deutschen Probleme der Einwanderungsgesellschaft nicht offen benennen. Wer es dennoch wagte, musste damit rechnen, von der Rassismuskeule und Faschismusvorwürfen niedergestreckt zu werden – geschwungen von Linksliberalen und Alt-Achtundsechzigern. Dieser Gesinnungsterror der Gutmenschen habe verhindert, dass die Gesellschaft sich in der nötigen Schärfe mit Themen wie Ausländerkriminalität, Integrationsdefizite, Parallelgesellschaften, Frauenunterdrückung und den Gefahren des Islamismus auseinandergesetzt hätte. Vorgetragen werden diese Thesen von einem vielstimmigen Chor. Sie haben sich zum gesellschaftlichen Basiswissen verfestigt. Aber halten sie auch einer Überprüfung stand? Etwas sonderbar mutet die Vehemenz der Forderung nach einem „Abschied von Multikulti“ an. Denn an-

ders als in Kanada oder Großbritannien hat das Konzept des Multikulturalismus, das Minderheiten Sonderrechte bis hin zu einer eigenen Gerichtsbarkeit einräumt, in Deutschland weder unter der Linken noch in migrationspolitischen Fachkreisen jemals eine ernst zu nehmende Rolle gespielt.

„Multikulti“ war in Deutschland nie mehr als ein Schlagwort und ein Kürzel für: „Deutschland ist ein Einwanderungsland“. Das war seit den sechziger Jahren zwar Realität, von den Konservativen wurde sie bis Ende der neunziger Jahre allerdings vehement geleugnet.

„Multikulti“ war ein Weckruf. Wer den Begriff benutzte, meinte: Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz; eine Jugend-, Arbeits-, Frauen- und Mädchenpolitik; eine Integrationspolitik, die diesen Namen verdient.

Mehr hat der Begriff in Deutschland nie bedeutet. Multikulti – das war kein politisches Programm, keine Philosophie und keine Religion. Niemand hat ernsthaft eine eigene Gerichtsbarkeit für Minderheitengruppen, zum Beispiel die Gültigkeit der Scharia, gefordert. Noch fanden vereinzelt vorgetragene Forderungen, man möge zum Beispiel Kurden als nationale Minderheit in Deutschland anerkennen, nennenswertes Gehör. Unter Demokraten herrschte zumindest an diesem Punkt Einigkeit: Die Einwanderer haben sich in das gesellschaftliche und politische Leben zu integrieren und die unverrückbaren Essentials einer pluralistischen Gesellschaft wie die Men-

schenrechte und Gleichstellung der Männer und Frauen zu akzeptieren und zu respektieren. Streit gab es nur darüber, ob das mit einer aktivierenden Politik geschehen sollte (Linksliberale) oder mit einer „Das-wird-schon-irgendwie-Politik“ (Konservative).

Den Klügeren war schon vor Jahrzehnten klar: Mit der Integrationsbereitschaft und -fähigkeit der Eingewanderten steht es nicht immer zum Besten. Und sie haben es ausgesprochen: „Wer die Probleme und Konflikte leugnet, die Einwanderung notwendigerweise schafft, dementiert die Wirklichkeit. Gelöst werden können solche Probleme und Konflikte aber nur dann, wenn sie zuvor benannt werden. Und genau das werden wir tun.“ Der Satz entstammt der Einleitung des Buches *Heimat Babylon – Das Wagnis der multikulturellen Demokratie*, verfasst 1992 von Daniel Cohn-Bendit, Europaabgeordneter der Grünen, und Thomas Schmid, ehemaliger Linksradikaler und heute Chefredakteur der *Welt*. Die beiden Autoren waren keineswegs die Einzigen oder gar die Ersten aus dem linksliberalen Multikulti-Milieu, die eine profunde Problemanalyse lieferten und die Gesellschaft zum Handeln aufforderten.

Seit den achtziger Jahren setzten sich WissenschaftlerInnen, PädagogInnen und PublizistInnen intensiv und anhaltend mit den Folgen und Verwerfungen muslimisch-patriarchalischer Traditionen, dem Islamismus und religiös-nationalkonservativen Strömungen auseinander.

„Immer wieder berichten die Presse und Medien von gewalttätigen Ausschreitungen meist türkischer Männer gegenüber ihren Frauen, Töchtern oder Schwestern, die für diese im Extremfall tödlich ausgehen. Mit Befremdung und Aggression reagieren wir, wenn wir erfahren, dass diesen Vergehen teilweise ein Ehrenkodex zugrunde liege, das in seiner extremsten Ausformung das Verfügungsrecht des türkischen Mannes über seine Frau, Tochter oder Schwester total macht, da es über deren Leben beziehungsweise Tod entscheidet.“ Dieses Zitat stammt nicht aus dem Jahr 2008, es ist der erste Satz der Publikation „Die Ehre in der türkischen Kultur – Ein Wertesystem im Wandel“. Erschienen ist sie bereits 1988.

Um das Gedächtnis aufzufrischen, findet sich in der Fußnote eine kleine Liste von Publikationen, die sich bei Bedarf um ein Vielfaches verlängern ließe.<sup>61</sup>

- 
- <sup>61</sup> - Gudrun Ebert, *Ayşe – Vom Leben einer Türkin in Deutschland*, Berlin 1980
- Werner Schiffauer, *Die Gewalt der Ehre. Erklärung zu einem deutsch-türkischen Sexualkonflikt*, Frankfurt/Main 1983
- Saliha Scheinhard, *Frauen, die sterben, bevor sie gelebt haben*, Berlin 1983
- A. Petersen, *Ehre und Scham in der Türkei. Zum Verhältnis der Geschlechter in einem sunnitischen Dorf*, Berlin 1985
- Hans-Günter Kleff, *Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsmigranten aus der Türkei*, Mainz 1985
- Kristina Kehl/Ingrid Pfluger, *Die Ehre in der türkischen Kultur. Ein Wertesystem im Wandel*, Berlin 1988
- Claus Leggewie, *Multi Kulti. Spielregeln für die Vielvölkerrepublik*, Berlin 1990
- Metin Gür, *Türkisch-islamische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1993

Auch im Film wurden die archaisch-feudalen Strukturen italienischer, spanischer und türkischer Familien schon früh problematisiert. Ebenso die Dramen, die sich aus Lebensentwürfen ergeben, in denen die Erhaltung der Ehre als oberstes Gebot gilt. Erinnerung sei an Filme wie *40 Quadratmeter Deutschland* (1985) von Tevfik Baser, *Ya-semin* (1988) von Hark Bohm. Oder an *Gegen die Wand* (2004) von Fatih Akin (2004) oder *Knallhart* (2006) von Detlev Buck, der die Tyrannei aggressiver Migrantenjugendlicher gegen den 15-Jährigen Michael thematisiert, der von Zehlendorf nach Neukölln zieht.

Ein linksliberales Schweigekartell zu den Problemen, die mit der Migration einhergehen, hat es nie gegeben. Ebenso wenig ein Redeverbot. Zu keinem Zeitpunkt ließen sich Politiker und Journalisten davon abhalten, klar zu formulieren, was sie über Migranten denken. Nachzulesen in Tausenden von Artikeln. Was fehlte, war eine Politik, die ausreichend Ressourcen zur Verfügung stellte, um diese inakzeptablen Verwerfungen entschieden zu bekämpfen – politisch, rechtlich und sozialpädagogisch.

- 
- Eberhard Seidel, *Unsere Türken. Annäherungen an ein gespaltenes Verhältnis*, Berlin 1995
  - Wilhelm Heitmeyer u.a., *Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahren politisierter Gewalt*, Frankfurt/ Main 1996
  - Wilhelm Heitmeyer, *Verlockender Fundamentalismus*, Frankfurt/ Main 1997
  - Eberhard Seidel/Claudia Dantschke/Ali Yildirim, *Politik im Namen Allahs. Der Islamismus – eine Herausforderung für Europa*, Brüssel 2000

Die Behauptung, die Gesellschaft, insbesondere Linke oder die Multikulti-Szene, hätte drängende Probleme der Integration tabuisiert, hält einer Überprüfung nicht stand. Sie ist ein ideologisches Konstrukt. Sie täuscht über die Leerstellen der Konservativen und die Tatsache hinweg, dass die Jahre der Kohl-Regierung von 1983 bis 1998 „migrationspolitisch verlorene Jahre“ waren. So die Bilanz Klaus Bades, des renommiertesten Migrationsforschers Deutschlands.

Ungeachtet dieser ungünstigen Rahmenbedingungen erarbeiten in Berlin SozialarbeiterInnen, PädagogInnen, die Kirchen, Gewerkschaften, die Sozialverbände und problembewusste PolitikerInnen seit Jahrzehnten Konzepte, Projekte und Hilfsangebote, die eines zum Ziel haben: Empowerment muslimischer Mädchen für ein selbstbestimmtes Leben; Arbeit mit arabischen und türkischen Jungs, um ihnen Alternativen zum tradierten Rollenverhalten zu erschließen; Verbesserung der Sprachförderung und vieles mehr.

## **Die Gewalt im Namen der Ehre**

In der Nacht vom 20. zum 21. Mai 1978 wurde in einem Kreuzberger Hinterhaus die achtzehnjährige Petra K. von dreizehn türkischen Jugendlichen und einem Erwachsenen vergewaltigt. Die Tat, so der Ethnologe Werner Schiffauer, war der „Ausbruch ei-

nes Kulturkonflikts zwischen Deutschen und Türken“.<sup>62</sup>

Erstmals stellte sich eine Fachöffentlichkeit die Frage: Sind das Weltbild der „Ehre“ und die Sexualmoral, die in anatolischen Dörfern herrschen, mit den hiesigen Verhältnissen vereinbar? Mord aus verletztem Ehrgefühl, Blutrache, die Schattenseiten patriarchaler Männerbilder, all dies war den Deutschen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gänzlich unbekannt. Diskutiert wurde dies vor dreißig, vierzig Jahren allerdings am Beispiel der Gastarbeiter aus Süditalien, Jugoslawien und Spanien.

Bei den Einwanderern aus der Türkei wurden diese Probleme erst Ende der siebziger Jahre sichtbar. Denn nach der Verhängung des Anwerbestopps im Jahr 1973 holten viele Migranten ihre Familien nach. Aus „Gastarbeitern“ wurden Familienväter mit Frauen und heranwachsenden Kindern. Bäuerliche, anatolische Sitten und Umgangsformen hielten Einzug in Berlin – im Guten wie im Schlechten. Die Verteidigung der Familienehre und die daraus resultierenden Geschlechterverhältnisse und Erziehungskonzepte, zu denen auch immer Gewalt gehört, blieben nicht unbemerkt und befremdeten so manchen Berliner. Schon bald widmeten sich Bücher, Filme und wissenschaftliche Arbeiten an den pädagogischen und sozi-

---

<sup>62</sup> Werner Schiffauer, *a.a.O.*

alwissenshaftlichen Fakultäten in West-Berlin diesen skandalösen, vormodernen Verhältnissen. Nichts wurde in migrationspolitischen Kreisen andauernder diskutiert als das Konzept des türkischen Ehrbegriffs und die daraus resultierenden Folgen vor allem für die Mädchen und Frauen. Und in den Lehrerzimmern und Einrichtungen der Jugendarbeit sind Themen wie Gewalt in der Familie, Fälle von Zwangsheirat und die Unfreiheit der türkischen, später auch der arabischen Mädchen seit dreißig Jahren ein Dauerthema.

Als Reaktion auf diese bedrückenden Verhältnisse entstanden in Berlin die ersten Projekte, wie Putte e.V. Das Projekt unterstützte die türkischen Mädchen und Frauen bereits vor mehr als dreißig Jahren bei ihren Emanzipationsbemühungen und ihren Versuchen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.<sup>63</sup> Oder der TIO-Frauenladen, in dem deutsche und türkische Vereine zusammengearbeitet haben, sowie der deutsch-türkische Frauenverein PAPATYA e.V. (1986). Die Einrichtung bietet seit über zwanzig Jahren Schutz und Hilfe für Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund, die aufgrund kultureller und familiärer Konflikte von zu Hause geflohen sind und von ihren Familien bedroht werden. In den Folgejah-

---

<sup>63</sup> Eberhard Seidel, *Putte e.V., Ausländer und Sonderprojekt im Wedding, Dokumentation von 15 Jahren Ausländerarbeit im Wedding*, Berlin 1987

ren entstanden weitere Projekt wie „Jugendwohnen im Kiez e.V.“, die Wohngemeinschaften für Mädchen aus der Türkei betreiben, oder MaDonna Mädchenkult.Ur e.V.

All diese Initiativen wurden vor allem von Frauen und Männern aus dem Alternativmilieu gegründet, die nicht bereit waren, die Kinder patriarchaler Willkür zu überlassen. Sie entwickelten Maßnahmen und forderten finanzielle Mittel, um die Stellung der Frauen und der heranwachsenden Mädchen zu stärken. Mit bescheidenem Erfolg. Politiker der regierenden Parteien wiesen emanzipativen Ansätzen einen stiefmütterlichen Platz zu. Vor allem konservative Politiker aus SPD und CDU verdrängten die Probleme allzu lange. Die einen glaubten, die Probleme würden sich von selbst erledigen. Die anderen setzten lieber auf die Förderung von Projekten religiöser oder konservativer Gruppen. Ihre Überlegung war: Wir wollen nicht zu stark in die Kultur der Einwanderer eingreifen, um nicht die Rückkehrbereitschaft zu schwächen. Damit wurden über Jahre autoritäre Milieustrukturen gefördert und emanzipatorische Prozesse behindert.

Die Politik des Augen-zu-und-Ohren-zu hatte weitreichende Folgen.

Als Hatun Sürücü im Februar 2005 in Berlin-Tempelhof durch ihren jüngsten Bruder ermordet wurde, erwachte die Gesellschaft mit einem Donner-

schlag aus ihrem Dornröschenschlaf. Plötzlich war „Ehrenmord“ in aller Munde. Mit dreißigjähriger Verspätung diskutierte nun auch die Mehrheitsgesellschaft die von ihr über Jahrzehnte verdrängten Probleme „Ehrenmord“, „Zwangsheirat“ und „arrangierte Ehe“. Fassungslos fragten sich viele: „Wie kann das in unserer Mitte passieren?“. Anstatt sich zu informieren: Welche Projekte gibt es bereits, die sich mit diesen Problemen beschäftigen? Welche Ansätze der Unterstützung und Hilfe haben sich bewährt? Und was können wir tun, um diese Arbeit künftig zu stärken? folgten der Empörung schnelle Schuldzuweisungen. An den Islam, an linke Multikulti-Illusionen, an die Migranten und an die Sozialarbeit.

In den Debatten über die Ursachen und Folgen einer patriarchal-repressiven Sexualmoral und eines Geschlechterverhältnisses, das auf mit religiösen Versatzstücken durchwirkte Stammestraktionen zurückgeht, wird nun alles miteinander vermischt – Islam, Ehrenmord, Zwangsheirat und arrangierte Ehe.

Ehrenmord ist ein Begriff, der die vorsätzliche Tötung eines Menschen bezeichnet, durch die – aus der Sicht des Täters – die Ehre des Getöteten, des Täters oder einer Personengruppe wiederhergestellt wird. Der Ehrenmord ist von häuslicher Gewalt und von Gewalt aus Leidenschaft (Eifersucht etc.) zu unterscheiden, die auch in westlichen Gesellschaften verbreitet sind. „Während „Gewalt im Namen der Leidenschaft“ in der

Regel von dem derzeitigen oder ehemaligen Partner der Frau ausgeht, wird „Gewalt im Namen der Ehre“ in vielen Fällen von der ganzen Familie ausgeübt. Einem Ehrenmord geht häufig eine gemeinschaftliche Planung des Familien- oder Stammesrates voraus.“<sup>64</sup>

Nach Schätzungen des Weltbevölkerungsberichts der UNO werden alljährlich weltweit mindestens 5.000 Mädchen und Frauen zur Herstellung der „sittlichen Ehre“ ermordet. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung hat Ehrenmord nichts mit dem Islam zu tun, sondern ist eine vorislamische Praxis und Tradition. Aktuell kommen Ehrenmorde neben einer Reihe islamisch geprägter Gesellschaften auch in Brasilien, Ecuador, Indien, Italien oder innerhalb der christlichen Bevölkerung arabischer Staaten wie Syrien vor. In Westeuropa kommt es nach Jahrhunderten erstmals wieder auf Grund der Migration zu Ehrenmorden. Wie viele Ehrenmorde in Deutschland und Berlin verübt werden, ist nicht bekannt. Eine entsprechende polizeiliche Kriminalstatistik gibt es ebenso wenig wie verlässliche wissenschaftliche Untersuchungen. Nach Angaben von Papatya wurden zwischen 1996 und 2005 in Deutschland 42 Fälle von Ehrenmorden oder versuchtem Mord aus Gründen

---

<sup>64</sup> Terre des Femmes e.V. (Hrsg.), *Studie Ehrenmord*, Tübingen 2005, S. 10

der Ehre verübt. Diesen Taten fielen 68 Menschen zum Opfer – 42 Frauen und 26 Männer.<sup>65</sup>

Eine Zwangsheirat liegt vor, wenn Braut und Bräutigam die Ehe nicht aus freiem Willen eingehen. Die davon abzugrenzende arrangierte Heirat wird zwar von Verwandten initiiert oder von Ehevermittlern arrangiert, aber im Einverständnis der Ehepartner geschlossen. Die Kinderheirat ist ebenfalls eine Form der Zwangsehe, da sie nicht durch die Entscheidung mündiger Ehepartner zustande kommt.

Orientierung in einer hoch emotionalisierten Debatte bietet das Buch *Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft* des Leiters des „Instituts für Menschenrechte“, Heiner Bielefeldt. Bielefeldt hat ein bemerkenswertes Konzept des aufgeklärten Multikulturalismus entwickelt, der seinen Grund wie auch seine Grenzen in den Menschenrechten findet. Von diesem Konzept her analysiert er die Kontroversen um Kopftuch, Religionsunterricht, Zwangsverheiratung und die Integration der muslimischen Minderheiten. Ein Buch frei von Eifer und Ideologie, das wir an dieser Stelle zur vertiefenden Lektüre empfehlen.<sup>66</sup>

---

<sup>65</sup> Papatya (Hrsg.), *Verbrechen im Namen der Ehre in Deutschland. Ehremorde, versuchte Morde und Körperverletzungsdelikte. Materialsammlung: Zeitraum 1996–2005*, Berlin 2005

<sup>66</sup> Heiner Bielefeldt, *Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. Plädoyer für einen aufgeklärten Multikulturalismus*, Bielefeld 2007

## Die Ausländerkriminalität

Im Januar 2008 löste der hessische Ministerpräsident Roland Koch eine bundesweite Debatte zum Thema „Ausländerkriminalität“ aus. Man müsse die hohe Kriminalitätsbelastung der Ausländer, die Fakten, endlich zur Kenntnis nehmen, forderte er. Wurde diesem Thema bisher tatsächlich, wie behauptet, zu wenig Beachtung geschenkt?

Die Frage ist längst beantwortet. Ausländer und Kriminalität sind ein Thema, das die Bundesbürger seit Jahrzehnten bewegt. Nachzulesen in Büchern und Zeitungsartikeln und nachzusehen in Dutzenden von Talkshows und Reportagen, die sich dem Thema bis heute widmen. Schon im September 1964 fragte zum Beispiel *Die Welt* in einem Grundsatzartikel: „Bringen Gastarbeiter wirklich Mord und Totschlag in friedliche Städte?“ Und kommt zu dem radikalen Ergebnis: „Die Zahlen lügen.“

Alles hat sich seitdem verändert. Aus den 30.000 Ausländern in Berlin (1964) wurden 800.000 Menschen mit Migrationshintergrund (2008). Ist die multikulturelle also zu einer multikriminellen Gesellschaft geworden? Ein Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik Berlins und Deutschlands ergibt ein uneinheitliches Bild.

Zunächst die guten Nachrichten. Berlin hat sich keineswegs zur Hauptstadt des Verbrechens entwickelt. 2006 war seit der Wiedervereinigung das Jahr mit der

niedrigsten Zahl registrierter Straftaten. In den zehn Jahren von 1997 bis 2006 gingen die Fallzahlen um knapp 20 Prozent von 592.683 auf 496.797 zurück. Die Kulturpessimisten mit ihrem Mantra „alles wird immer schlimmer“ irren.

In den letzten dreißig Jahren ging die Zahl der vollendeten Morde bei gleichzeitig anwachsendem Ausländeranteil sogar zurück, wie nachfolgende Tabelle eindrücklich belegt:

### **Vollendeter Mord und Totschlag**

Jahr	Bundesweit	HKZ*	Berlin	HKZ
1975**	862	1,4		
1985**	866	1,4		
1990**	743	1,2		
2001**	900	1,1	77	2,3
2006***	804	1,0	62	1,8

---

\* Die Häufigkeitszahl (HKZ) gibt die registrierten Fälle pro 100.000 Einwohner an.

\*\* Alte Bundesländer einschließlich West-Berlin

\*\*\* Gesamtdeutschland

Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Gesamtkriminalität nimmt keineswegs kontinuierlich zu, wie vielfach behauptet. Lässt man die Straftaten unberücksichtigt, die nur von Ausländern begangen werden können (Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz, Asylverfahrensgesetz und das Freizügigkeitsgesetz), hat der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger

bundesweit seit 1993, dem ersten Jahr einer Gesamtdeutschen polizeilichen Kriminalstatistik, von 26,7 Prozent auf 19,4 Prozent abgenommen.

Und nun zu den schlechten Nachrichten. In Berlin betrug der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger nach Abzug ausländerrechtlicher Verstöße und ohne Illegale, Touristen und Durchreisende 2006 25,9 Prozent. Angesichts eines Anteils der Nichtdeutschen von 14 Prozent an der Berliner Bevölkerung wird daraus in der Öffentlichkeit sehr schnell die Schlussfolgerung gezogen, die Kriminalitätsbelastung der ausländischen Wohnbevölkerung sei doppelt so hoch wie bei den Deutschen.

Das ist zunächst richtig. Aber Kriminologen und die Innenministerien weisen seit Jahren darauf hin, dass die polizeiliche Kriminalstatistik nach wie vor ihre Tücken hat und keine vergleichende Bewertung der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen zulässt. Die Gründe: Die Alters-, Geschlechts- und Sozialstruktur zwischen Deutschen und Nichtdeutschen ist nicht vergleichbar. Die nichtdeutsche Wohnbevölkerung ist im Vergleich zur deutschen häufiger männlich – und Männer, egal ob deutsche oder nichtdeutsche, begehen in Berlin um ein Dreifaches häufiger Straftaten als Frauen. Bei Gewaltdelikten wie Raub in der Öffentlichkeit sind sogar 89 Prozent der Tatverdächtigen männlich, und

bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung knapp 86 Prozent.

Die am stärksten kriminalitätsbelastete Altersgruppe der unter 30-Jährigen ist bei den Nichtdeutschen stärker vertreten als bei den Deutschen. Darüber hinaus leben Nichtdeutsche häufiger in innerstädtischen Ballungsgebieten, die generell eine höhere Kriminalitätsbelastung haben als Vorstadtsiedlungen oder ländliche Regionen. Zu guter Letzt: Viele Einwanderer entstammen bildungsfernen Schichten, deren Angehörige auch als Deutsche eine erhöhte Kriminalitätsbelastung aufweisen.

Diverse kriminologische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass seit langem in Deutschland lebende und beruflich integrierte Personen sich strafrechtlich nicht wesentlich auffälliger verhalten als Deutsche. Auch der 1. Sicherheitsbericht der Bundesregierung (2001) kam bereits zu dem Ergebnis: „Arbeitnehmer und Schüler beziehungsweise Studenten unter den Zuwanderern verhalten sich ähnlich wie die entsprechenden deutschen Gruppierungen; allerdings sind sie durchgängig häufiger wegen Gewalttaten registriert.“

Die umfassendste Studie zur Jugendgewalt hat bislang das Kriminologische Forschungsinstitut Hannover vorgelegt. Mehr als 20.000 Jugendliche wurden befragt, Akten der Gerichte und Staatsanwaltschaften studiert, polizeiliche Kriminalstatistiken ausgewertet.

Das Ergebnis: Der Anstieg der Gewalttaten in den letzten Jahren ist zu 80 Prozent Tätern mit niedriger Schulbildung zuzurechnen, die von relativer Armut, sozialer Ausgrenzung und schlechten Integrationsperspektiven bedroht sind.

Diese Ergebnisse decken sich mit Erkenntnissen von vergleichbaren Untersuchungen in Frankreich, England und der Schweiz. Sie bestätigen, dass die westlichen Gesellschaften immer mehr zu einer Winner-Loser-Kultur werden, in der vor allem junge Migranten ins soziale Abseits geraten. Für den Anstieg der Gewaltdelikte sind fast ausnahmslos die Kinder der Einwanderer aus der Türkei, dem Libanon, aus Osteuropa und junge Aussiedler verantwortlich.

Diese männlichen Jugendlichen werden umso gewalttätiger, je länger ihr Aufenthalt in Deutschland dauert. Gleichzeitig kommen die Studien übereinstimmend zu dem Ergebnis: Je besser die soziale und berufliche Integration gelingt, umso niedriger fällt die Gewaltrate aus.

So überrascht es nicht, dass die polizeiliche Kriminalstatistik Berlin zu dem Ergebnis kommt: „Die Kriminalität jugendlicher Nichtdeutscher ist insgesamt überproportional hoch und dies insbesondere im Bereich der Gewaltdelikte. Männliche nichtdeutsche Jugendliche traten bezogen auf ihren Bevölkerungsanteil insgesamt 2,1-mal häufiger in Erscheinung als männliche deutsche Jugendliche.“ Dies ist vor allem

auf ein paar wenige Dutzend Intensivtäter zurückzuführen, die bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund häufiger vorkommen als bei deutschstämmigen.

## **Mediale Vielfalt oder mediale Parallelgesellschaft?**

Wer sich mit einem Blick über die kulturelle, sprachliche und ethnische Vielfalt Berlins informieren möchte, der besuche einen gut sortierten Kiosk. Es ist alles zu finden, was das Migrantenerz begehrt: In Russisch, Serbisch, Kroatisch, Polnisch, Englisch, Arabisch und Türkisch.

Die Zeiten, in denen sich die Berliner nur aus einer der großen Tageszeitungen wie *Bild*, *BZ*, *Tagesspiegel*, *Berliner Zeitung*, oder *Berliner Morgenpost* informierten, sind lange vorbei. Auch haben die öffentlich-rechtlichen und privaten deutschsprachigen Rundfunk- und Fernsehsender längst ihr Deutungsmonopol des Weltgeschehens eingebüßt. Der Wald von Satellitenschüsseln in den Wohnquartieren der Einwanderer belegt: Tagtäglich rauschen Informationen, Unterhaltung und Politik aus allen Winkeln der Welt in die Berliner Stuben. Die Meinungsvielfalt, die Diversität des Medienkonsums kennt auch ohne Internet keine Grenzen mehr.

Ein Zivilisationsgewinn ist dieser Pluralismus nicht automatisch. Wer weiß schon, was in den Redaktionen in Istanbul, Kairo, Belgrad, Beirut, Sarajewo und Zagreb gedacht, produziert und verbreitet wird? Wie sich die Informationen im Berliner Alltag in der Kommunikation zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken niederschlagen? Wie viel Nationalismus, Hass und Populismus möglicherweise genährt werden?

Erschrocken reagierte die europäische Öffentlichkeit im Frühjahr 2004 auf einen Bericht der EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC). Sie informierte über einen deutlichen Anstieg von antisemitischen Propagandadelikten und Übergriffen auf Juden in Westeuropa. Häufig stammten die Täter aus den arabischen Minderheiten. Der Zusammenhang zwischen dem Beginn der zweiten Intifada im September 2000 und der Entwicklung in Europa war unübersehbar.

Erstmals stellten sich besorgte Beobachter der Szene die Frage: Welche Rolle spielen arabischsprachige Satellitensender bei der Aufstachelung zum Judenhass? Für eine Stadt wie Berlin ist dies eine existenzielle Frage. Hier leben allein rund 30.000 Palästinenser – eine Folge des libanesischen Bürgerkriegs in den 1970er und 1980er Jahren und des Nahostkonflikts.

*Al-Manar* ist der libanesischer Sender, der in Berlin und Europa am meisten Kontroversen ausgelöst hat. *Al-Manar* steht der Hizbullah nahe und nennt sich

seit 2000 „Sender der Araber und der Muslime“. Ausführlich berichtet er über die Intifada. „Man spricht nicht von Israel, sondern dem ‚zionistischen Gebilde‘. (...) Die amerikanische Freiheitsstatue wird mit Totenkopf und blutrünstig emporgestrecktem Messer gezeigt. Ein anderer Clip zeigt tote Babys, versehen mit dem ‚made in Israel‘-Stempel.“<sup>67</sup>

Die treuesten Zuschauer sind nach Aussagen der Wissenschaftlerin Katharina Nötzold nicht nur Libanesen, sondern vor allem Palästinenser aus den besetzten Gebieten und der westlichen Welt, also auch aus Berlin. Für Erregung sorgte *Al-Manar* in Berlin, da in den Jahren 2002 und 2003 während des Fastenmonats Ramadan eine in Syrien produzierte 30-teilige Fernsehserie gesendet wurde, die auf dem antisemitischen Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ basiert. In einer Folge wird gezeigt, wie Juden ein Kind rituell töten, um mit seinem Blut Matzlot, also ungesäuertes Brot, für das Passahfest, zu backen.

Was richtet diese Propaganda in den Köpfen Berliner Palästinenser an? Wie viele von ihnen konsumieren diese Hetzwerke? Erhebungen darüber gibt es nicht, so Nötzold. Aber Berichte von Lehrern, die erzählen,

---

<sup>67</sup> Katharina Nötzold, *Medien grenzenlos – Potential oder Gefahr? Internet und Satellitenfernsehen im arabischen Raum*, Vortragsmanuskript der Tagung: *Draußen? Drinnen? Dazwischen? Migration und Medien: eine offene Beziehung*, Berlin, 30. November 2007

unter ihren arabischstämmigen Schülern seien verschwörungstheoretische Diskurse beliebt, zum Beispiel, dass die Juden am 11. September beteiligt gewesen seien. Immer wieder würde das Verhalten Israels gegenüber den Palästinensern mit den Nazis gleichgesetzt und gleichzeitig der Holocaust geleugnet.

Erfahrungen wie diese nähren die Diskussionen über die Gefahren medialer Parallelgesellschaften. Aber was schauen die arabischen Migranten in Deutschland? Eine kleine Fallstudie, die im Rhein-Main-Gebiet zwischen 2001 und 2003 vom Kompetenzzentrum Orient-Okzident durchgeführt wurde, kommt zu dem Schluss: „Die Mehrzahl der befragten Migranten schaut arabische Nachrichten, um zu sehen, was im Herkunftsland passiert. (...) Sie schauen vor allem Folkloresendungen oder Fußballspiele an. (...) Ein weiterer wichtiger Grund für die Befragten ist, dass sie an Alternativinformationen zu den Nachrichten in Deutschland interessiert sind, um die arabische Sichtweise der Dinge zu erfahren, besonders in Zeiten politisch-militärischer Krisen, aber auch um die islamische Kultur zu bewahren. Deshalb werden vor allem die Nachrichtensender *Al-Jazeera* und *Al-Arabiya*, der stark ideologisierte Sender *Al-Manas*

und der religiös-kulturell orientierte Sender *Iqra* eingeschaltet.“<sup>68</sup>

Wie problematisch sind arabische Sender für Berlin? Und ziehen sich die arabischsprachigen Migranten in ein „Medienghetto“ zurück? Solange es an entsprechenden Studien fehlt und nicht genau bekannt ist, welche Medien die arabischsprachigen Migranten der Stadt konsumieren, kann die Frage nicht abschließend beantwortet werden. Nur eines ist auch ohne Untersuchung sicher: Dieser Entwicklung muss in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, da sie die Gefahr in sich trägt, Hassverbrechen zu begünstigen.

Etwas mehr als über das Medienverhalten der arabischen Einwanderer ist inzwischen über das Medienverhalten der türkischsprachigen Minderheit bekannt.

Als das Zentrum für Türkeistudien Ende der neunziger Jahre veröffentlichte, dass 57 Prozent der Deutschtürken nie ein deutschsprachiges Programm einschalten und mehr als die Hälfte keine deutsche Zeitung liest, war die Aufregung groß. Viele Beobachter fragten sich: Was wird aus der Integration, wenn die öffentliche Meinung der in Deutschland lebenden Türken nicht in Berlin, sondern in Ankara und Istanbul gemacht wird? Und was passiert, wenn Deutsch-

---

<sup>68</sup> ebenda

türken auf Dauer nationalistischer, religiös-fundamentalistischer, antieuropäischer oder antisemitischer Propaganda ausgesetzt werden?

Wie so häufig in Debatten über das Migrationsgeschehen wurde auch diese hochemotional und vor allem mit vielen Unterstellungen geführt. Seit ein paar Jahren ist das anders. 2001 legte die Bundesregierung die Studie „Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung“ vor<sup>69</sup>. Ergebnis: Das deutschsprachige Fernsehen, Radio und Tageszeitungen werden weit häufiger genutzt als bisher angenommen. Die weit verbreitete These, das umfassende Angebot der türkischen Fernsehkanäle und Zeitungen seien ein Integrationshemmnis, bezeichnet der Berliner Kommunikationswissenschaftler Hans-Jürgen Weiß, der die repräsentative Untersuchung durchführte, als „größten Unsinn, der kolportiert wird“.

Generell steht bei der Mediennutzung der Deutsch-türken das Fernsehen an erster Stelle. Die beliebtesten Fernsehsender sind zum Zeitpunkt der Umfrage mit Abstand *RTL* (54 Prozent) und *Pro Sieben* (41 Prozent), ganz ähnlich wie bei Deutschen mit vergleichbarem Einkommen. Den staatlichen türkischen Sender *TRT-INT* schalten nur 34 Prozent ein.

---

<sup>69</sup> Hans-Jürgen Weiss/Joachim Trebbe, *Mediennutzung und Integration der türkischen Bevölkerung in Deutschland. Eine Umfrage des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Berlin 2001

Bei Haushalten, die über Satellit weitere, private Programme aus der Türkei empfangen können, rutscht der regierungsamtliche Kanal sogar auf Platz sechs ab. *RTL* bleibt auch in diesem Fall eindeutiger Spitzenreiter.

Die Schlussfolgerung von Weiss lautet: „Ein großer Teil der hier lebenden Türken ist stärker in der deutschen Gesellschaft angekommen, als diese wahrhaben will. Sie nutzen das deutschsprachige Fernsehen, Radio und die Tageszeitungen weit häufiger als bisher angenommen. Fast die Hälfte von ihnen greift gleichermaßen zu deutschen und türkischen Medien.“ Lediglich 17 Prozent der hier lebenden Türken nutzen ausschließlich türkischsprachige Medien. Es ist die Gruppe, die den größten Abstand zur deutschen Gesellschaft hält. 28 Prozent der Befragten hingegen nutzen ausschließlich deutsche Medien. Die Hälfte liest Zeitungen und sieht fern in beiden Sprachen.

Und all jene, die auch türkischsprachige Fernsehprogramme konsumieren, hängen keineswegs am Gängelband fundamentalistischer oder nationalistischer Hassprediger. Zu diesem Ergebnis kommt das Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung. Es hat 2005 die Inhalte der 40 TV-Sender aus der Türkei, die in Deutschland über Satellit zu empfangen sind, analysiert. „Die inhaltsanalytische Auswertung der Programme ergab, dass traditionelle Wert- und Moral-

vorstellungen sowie Familienstrukturen thematisch keine große Rolle spielen. Stilprägend sind städtische, moderne Lebensmuster.“<sup>70</sup> Dominiert wird das Programmgeschehen durch kommerzielle Privatsender, die auf Massenunterhaltung abzielen. Dabei passen sich die Programmformate wie Talkshows, Reality-Shows, Casting-Programme und Fernsehserien den internationalen Standards der Massenunterhaltung an.

Religiöse Themen spielten in den Programmen generell eine völlig untergeordnete Rolle, so die Verfasser der Studie. Dort, wo die Religion thematisiert wird, handelt es sich um eine im Allgemeinen sachliche Berichterstattung zu aktuellen Ereignissen mit religiösem Bezug. Nur eine Minderheit der 40 Kanäle besitzt ein explizit politisch-propagandistisches Profil; hierbei handelt es sich um vier (radikal)-islamische Sender (*TV 5, Meltem TV, Mesaj TV, Nur TV*) sowie einen rechtsextremistischen Sender.

Die VerfasserInnen der Studie aus dem Jahr 2005 kommen zu einem ähnlichen Ergebnis wie bereits ein paar Jahre vor ihnen Weiss und Trebbe: „Die Annahme, ein Diasporafernsehen behindere die türkische Bevölkerung in Deutschland in ihren Bemühungen um Integration, lässt sich anhand der Untersuchungsergebnisse nicht bestätigen.“

---

<sup>70</sup> Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, *Türkische TV-Sender in Deutschland. Abschlussbericht*, Berlin 2005

Ob sich ähnlich Positives auch für die Einwanderergruppen aus Russland, Polen oder dem ehemaligen Jugoslawien sagen lässt, ist nicht bekannt, da vergleichbare Untersuchungen fehlen. Bislang galt das öffentliche Interesse vor allem den potenziellen Gefahren, die aus dem möglichen „medialen Ghettos“ der muslimischen Einwanderer entstehen könnten.

## **Ideologien der Ungleichwertigkeit**

### **Antisemitismus ++ Ausländerfeindlichkeit ++ Deutschenfeindlichkeit ++ Fremdenfeindlichkeit ++ Rassismus**

Berlin ist keine rassistische Stadt, Deutschland kein rassistisches Land. Parteien mit einem völkischen oder antisemitischen Programm haben keine Chancen auf größere Wahlerfolge. Die Intensität der Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit Deutschlands gehört zu den erfreulichen Kapiteln der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Die Deutschen scheuen weder Aufwand noch Geld, den Rechtsextremismus überall dort zu bekämpfen, wo er sich zeigt. Frank Schirmacher, Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, ist sogar überzeugt: „Eine der größten Leistungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft war es, den ‚inneren Feind‘ nicht zu

postulieren, trotz aller Konflikte und Kontroversen nicht.“<sup>71</sup>

Diese Selbstgewissheit mag mit ein Grund für die Aufregung sein, die Anfang 2008 vor allem in konservativen Feuilletons herrschte. Als ein türkischer und ein griechischer Jugendlicher ihr Opfer, das sie in einer Münchner U-Bahn misshandelten, als „Scheiß-Deutschen“ beschimpften, postulierte Schirrmacher einen neuen Bürgerkrieg: „Deutsche werden neuerdings bei grundlosen Attacken auch als Schweinefresser bezeichnet, was den Konflikt bereits in die Sphäre des Kriegs der Kulturen transportiert.“

Das sind starke Worte. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre, als in Deutschland Wohnstätten von Ausländern brannten und Tausende von Ausländern von völkischen Straßen- und Terrorbanden attackiert, malträtiert und auch erschlagen wurden, hat niemand von einem Krieg der Kulturen geredet. Von einer ernsthaften Gefährdung der inneren Sicherheit, das schon. Aber von einem Bürgerkrieg?

Deutschenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und Antisemitismus unter Ausländern? Darüber kann sich nur wundern, wessen Aufmerksamkeit sich bislang nur um den eigenen deutschen Nabel drehte; der glaubte, Anomien wie Hassverbrechen seien eine deutsche Spezialität, ein deutsches Privileg.

---

<sup>71</sup> Frank Schirrmacher, *Junge Männer auf Feindfahrt*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. Januar 2008, S. 31

Als 2004 eine Studie der Europäischen Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Xenophobie (EUMC) darüber informierte, dass der Antisemitismus unter Migranten in westeuropäischen Ländern zunimmt, nahm die Erregungskurve eine interessante Wendung. Plötzlich widmeten sich selbst Personen, die das Problem des Antisemitismus ansonsten eher ignorierten, den muslimischen Tätern mit einer Hingabe und Ausschließlichkeit, die angesichts der Faktenlage verstörte: Denn nach wie vor werden weit über 90 Prozent der antisemitischen Straftaten in Deutschland von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft verübt. Ganz offensichtlich waren so manche froh, dass sie als Deutsche endlich nicht mehr allein die Last des Antisemitismusvorwurfes zu tragen haben. Mit Begeisterung und Eifer machten sie sich daran, muslimische, allen voran arabische Migranten als die eigentlichen Verantwortlichen für das Problem des Antisemitismus zu sehen.

Wie praktisch. Und was für ein unwürdiges und gleichzeitig dummes Spiel. Diskriminierungen, Abwertungen und Feindseligkeiten gegen das Anderssein sind ein universelles Phänomen. Seit Menschen gedenken dienen sie der eigenen Aufwertung und der Stabilisierung der eigenen Gemeinschaft oder Gruppe. Eine soziologische Binsenweisheit.

Die Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft in Berlin ist begleitet von Anfeindungen, stereotypen

Beschimpfungen und auch von Gewalt. Ungleichheitsideologien gibt es unter allen Einwanderergruppen. Und in Berlin haben Gruppen wie die faschistischen „Grauen Wölfe“ aus der Türkei, die kurdische PKK, die kroatisch-faschistische Ustascha seit den siebziger Jahren eine lange Blutspur hinterlassen. Und Antisemitismus findet sich unter arabischen, türkischen, russischen und polnischen Einwanderern ebenso wie unter den Deutschen.

Wie sehr sich die Deutschen und die Eingewanderten ähneln, ermittelte die Studie „Muslime in Deutschland“<sup>72</sup> des Hamburger Instituts für Kriminalwissenschaften. Bei einem Vergleich der Formen religiöser Intoleranz bei muslimischen und nichtmuslimischen Jugendlichen in Deutschland kommt sie zu dem Ergebnis: Der Aussage „Menschen jüdischen Glaubens sind überheblich und geldgierig“ stimmen wesentlich mehr muslimische Jugendliche (15,7 Prozent der Schüler, 9,4 Prozent der Studenten) als nichtmuslimische Jugendliche (5,4 Prozent und 4,9 Prozent) zu. Bei den nichtmuslimischen Gruppen ermittelte die Studie indes ein hohes Maß an auf den Islam bezogenen Vorurteilen. 17,2 Prozent der Schüler und 15 Prozent der Studenten stimmen der Aussage zu: „Muslime sind intolerant und gewalttätig.“ Das Fazit der Auto-

---

<sup>72</sup> Katrin Brettfeld/Peter Wetzels, *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*, Hamburg 2007

ren: „Betrachtet man die verschiedenen Zielrichtungen der Vorurteile als vergleichsweise Formen religiöser Intoleranz, dann zeigt sich, dass Unterschiede des Ausmaßes religiöser Intoleranz zwischen jugendlichen Muslimen und einheimischen Nichtmuslimen nicht mehr nachweisbar sind.“

Mit der Einwanderung entstehen neue Konfliktlinien. Jugendliche versammeln sich entlang ethnischer Grenzziehungen, definieren ihre Feindbilder: „Scheißrussen“, „Schweinefleischfresser“, „Bin Laden“ oder „Kartoffel“ – zweifelhafte Ehrerbietungen machen die Runde. Konflikte flackern auf. Mitunter werden sie gewaltsam ausgetragen. Fast immer geht es dabei um Hegemonie und die Fragen: Wer dominiert diese Straße, jenes Jugendzentrum? Wer bestimmt die Umgangsformen in der Diskothek oder im Mietshaus? Was in den fünfziger Jahren lediglich Revierkämpfe unter halbstarke deutschen Jugendlichen waren, bekommt mit der Einwanderung plötzlich eine interkulturelle Wendung. Brisanz gewinnen Rivalitätskämpfe, wenn sie die Ebene des Balzverhaltens und des jugendlichen Machogehabes verlassen. Gefährlich wird es immer dann, wenn individuelle Ausgrenzungserfahrungen mit organisierter Ungleichheitsideologie zusammentreffen. Nationalistische, rechtsextreme und zunehmend islamistische Gruppen machen Sinnangebote, die vor allem bei jenen Widerhall finden, denen sozi-

alverträgliche Zugänge zur politischen, gesellschaftlichen und beruflichen Partizipation fehlen.

Die randständigen Jugendlichen mit muslimischem und russischem Hintergrund in Berlin haben viel mit den marginalisierten ostdeutschen Jugendlichen gemein. Auch ihnen fehlt es an beruflichen Perspektiven, auch ihnen gelingt nur schwer eine Integration in die Gesellschaft. Angesichts von 50, 60, 70 Prozent Arbeitslosen wird ihnen klargemacht: Eigentlich brauchen wir euch nicht! Ihr seid überflüssig!

Wenn alle Zugänge versperrt sind, dann bleibt immer noch das eigene Blut, die eigene Religion als letzte Ressource, die von niemandem genommen werden kann, da sie nicht erworben werden müssen, sondern jedem von Geburt an zukommen. Ein idealer Nährboden für die Grauen Wölfe, die Hamas, die Muslimbrüder und andere extremistische Gruppen. Ihre einfachen Botschaften lauten: Der hinterlistige Jude ist schuld, der ungläubige Deutsche, der dekadente Westen, der raffende Kapitalismus, die verbrecherischen USA. Vergleicht man die Feind- und Weltbilder der rechtsextremen deutschen Gruppen mit den radikalen Gruppen der Migranten, ergeben sich erstaunliche Schnittmengen.

Auch hierzu bietet die Studie *Muslims in Deutschland* Aufschlussreiches: Das Potenzial der Muslime, die für eine „islamisch konnotierte Radikalisierung“ erreichbar sind, wird auf 10 bis 12 Prozent geschätzt. Und

knapp 6 Prozent der deutschen Muslime akzeptieren „massive Formen politisch-religiös motivierter Gewalt“. Das ist beunruhigend. Schockieren können diese Zahlen allerdings nur jene, die all die Studien zur Demokratiefeindlichkeit der Mehrheitsgesellschaft nicht zur Kenntnis genommen haben. Zwischen 9 und 13 Prozent der Deutschen verfügen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Sie lehnen die Demokratie ab, befürworten Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und pflegen einen veritablen Antisemitismus. Tatsächlich kommt die Studie *Muslime in Deutschland* zu dem Ergebnis: „Ein signifikant höheres Maß an Autoritarismus/ Demokratiedistanz junger Muslime im Vergleich zu einheimischen Nichtmuslimen ist nicht nachweisbar.“

Eine Aufteilung in „eure“ und „unsere“ Bösen fällt weit hinter den Stand der Entwicklung zurück. Ihre Bekämpfung muss deshalb gemeinsame Aufgabe aller Demokraten sein. Egal woher diese auch ursprünglich kommen mögen.

## 6 Ausblick

Berlin ist seit Jahrhunderten eine Einwanderungsstadt. Die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, führte stets an der Realität vorbei. In Wirklichkeit ging es nie darum, ob wir Zuwanderung wollen, sondern wie wir die Neuankömmlinge integrieren. Aber erst mit der Staatsbürgerschaftsreform von 1998 und dem 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz entwickelten sich erste tragfähige Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Migration und Integration.

Die aufgeregten Debatten der letzten Jahre, vor allem um die muslimischen Neubürger, haben jenseits des bisweilen recht alarmistischen Tons auch ihr Gutes. Die Gesellschaft hat Einwanderung und Integration als eines der zentralen Themenfelder entdeckt. Sie steckt inmitten eines spannenden Klärungsprozesses um die Frage: In was für einer Gesellschaft wollen wir gemeinsam leben? Welche Art der Zuwanderung wollen wir in Zukunft?

Dem Berliner Senat ist bewusst, dass die durch Einwanderung gewonnenen Ressourcen in der Vergangenheit nur unzureichend erschlossen wurden und die Stadt eine aktive Zuwanderungspolitik braucht. Denn die soziale und materielle Lage der Berliner Migranten ist schlecht, die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch, die Verarmung schreitet vor-

an. Gleichzeitig sind die Bildungsabschlüsse der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache weit von denen mit deutscher Herkunftssprache entfernt. Mit einer Politik der Flickschusterei sind die Probleme nicht zu bewältigen.

Der Berliner Senat hat auf diese Herausforderungen reagiert. Im Sommer 2005 legte er erstmals ein Integrationskonzept „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ vor. Damit definiert der Senat sein Verständnis von Integration: „Integration bedeutet neben der Förderung kultureller Vielfalt vor allem, dass Einzelpersonen oder Gruppen gleichberechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Artikulation ihrer Interessen erhalten und vor individueller und kollektiver Ausgrenzung geschützt werden. Integration heißt daher im Kern Herstellung von Chancengleichheit.“<sup>73</sup> Um die Chancengleichheit von Deutschen und Nichtdeutschen zu verbessern, sollen unter anderem Einbürgerungen erleichtert, die Sprachförderung der Kinder und Mütter gestärkt und das Bildungssystem reformiert werden. Im öffentlichen Dienst sollen künftig verstärkt Migrantinnen und Migranten eingestellt werden. Es wurde am 3. Juli 2007 vom Senat beschlossen.

---

<sup>73</sup> Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (Hrsg.), *Das Berliner Integrationskonzept. Handlungsfelder, Ziele, Leitprojekte*, Berlin 2007

Die erfolgreiche Umsetzung des Berliner Integrationskonzeptes wird mit darüber entscheiden, ob die kulturelle Vielfalt Angst erzeugt oder die Chance bietet, sich von Gegensätzen herausfordern zu lassen; ob die Stadt auch weiterhin attraktiv für alte und neue Zuwanderer sein wird. Denn so viel ist klar: Berlin ist auch in Zukunft auf sie angewiesen. Ob in Zukunft die gewünschten und benötigten Zuwanderer kommen werden, ist noch offen. Denn längst ist weltweit ein harter Wettbewerb um die klugen und aktiven Menschen entbrannt. Der Misserfolg um die Anwerbung spezialisierter IT-Kräfte im Rahmen der so genannten Greencard-Aktion nach 2000 hat gelehrt: Anders als in den sechziger und siebziger Jahren ist Deutschland nicht mehr Zielland Nummer eins. Die Gravitationszentren wirtschaftlicher Entwicklung haben sich verschoben. Neue Global Player sind im Spiel. Attraktive Löhne werden heute auch in Irland, Spanien, Italien und Griechenland bezahlt. Und interessante Arbeitsplätze gibt es in Istanbul und Dubai ebenso wie in Indien und den USA. Berlin kann den Wettbewerb bestehen, wenn die Bürger sich auf die besten ihrer Traditionen besinnen.

## Materialien

Der Berliner Beauftragte des Senats für Integration und Migration gibt eine Reihe von Publikationen heraus, die über zahlreiche Facetten des inter- und transkulturellen Lebens Berlins informieren. Den aktuellen Stand erfahren Sie unter

[www.integrationsbeauftragter.berlin.de](http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de) oder:

[www.berlin.de/lb/intmig](http://www.berlin.de/lb/intmig)

## Newsletter

### **Berlin International**

Der monatlich erscheinende Newsletter informiert über integrationspolitische Themen, Veranstaltungen und Projektarbeit.

[www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/](http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/)

## Adressen

### **Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hrsg.), *Integration und Migration – ein Wegweiser für Berlin*, Berlin 2006**

Der von Armin Weber zusammengestellte Wegweiser bietet einen hervorragenden Überblick über staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen, die sich mit dem Thema beschäftigen. Ein äußerst nützliches Nachschlagewerk.

[www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/adressen/](http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/adressen/)

**Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hrsg.), *Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept*, Berlin 2007**

Die 146-seitige Broschüre dokumentiert das am 3. Juli 2007 vom Senat beschlossene Integrationskonzept für Berlin. Hier kann jeder nachlesen, wie es um die Philosophie des Berliner Senats zur Politik und den Perspektiven einer Einwanderungsgesellschaft aktuell bestellt ist.

[www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html](http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html)

Die weiteren Veröffentlichungen des Integrationsbeauftragten, insbesondere auch zu den verschiedenen Minderheiten und ihrer Zuwanderungsgeschichte, finden sich auf der Homepage des Integrationsbeauftragten unter:

[www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/index.html](http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/index.html)

## Die Autoren

### Sanem Kleff

wurde 1955 in Ankara geboren und wuchs von 1960 bis 1970 in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen auf. Zwischen 1970 und 1980 lebte sie in der Türkei und studierte an der Hacettepe Universität in Ankara Germanistik und deutsche Literatur. Sie arbeitete als Dolmetscherin und Übersetzerin. Seit 1980 war sie Lehrerin an Berliner Hauptschulen und arbeitete hauptsächlich mit Flüchtlingen. Bis 2003 war sie außerdem am Berliner Institut für Lehrerfortbildung LISUM in den Bereichen „Deutsch als Zweitsprache“, „Interkulturelle Pädagogik“ und „Pädagogen gegen Rechtsextremismus“ tätig. Seit 2000 leitet sie das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Publikationen u.a.:

- *Islam im Klassenzimmer. Impulse für die Bildungsarbeit*, Hamburg 2005
- *Handbuch multikulturelle Gesellschaft* – GEW Hauptvorstand, Frankfurt am Main, 1995

## Eberhard Seidel

wurde 1955 in Sommerhausen/Franken geboren. Er ist Soziologe und Publizist und lebt seit 1977 in Berlin. Von 1997 bis 2002 war er Redakteur bei der *taz* (*die tageszeitung*) und leitete dort zuletzt das Inlandressort. Er ist heute Geschäftsführer von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher und Aufsätze zu den Schwerpunkten Rechtsextremismus, Islamismus, Migration und jugendliche Subkulturen, unter anderem:

- *In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam?* In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 6, Frankfurt am Main, 2008
- *Die schwierige Balance zwischen Islamkritik und Islamophobie*, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 2, Frankfurt am Main, 2003
- *Politik im Namen Allahs. Der Islamismus – eine Herausforderung für Europa*, 2. aktualisierte Auflage, Brüssel 2001 (mit Dantschke, Claudia; Yildirim, Ali)
- *Aufgespießt. Wie der Döner über die Deutschen kam*, Hamburg 1996
- *Unsere Türken. Annäherung an ein gespaltenes Verhältnis*, Berlin 1995

Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte war die Einwohnerschaft Berlins vielfältiger als heute. Das Buch erzählt, wie tiefgreifend die Migration Berlin in den zurückliegenden fünfzig Jahren verändert hat.

Die wichtigsten Einwanderergruppen werden vorgestellt. „Stadt der Vielfalt“ beantwortet die Fragen, warum und auf welchem Weg sie gekommen sind, welche wirtschaftspolitischen Entwicklungen und internationalen Krisen hinter der Einwanderung stehen.

Neben vielen Informationen gibt es Kontroverse satt. Denn die Einwanderungsgesellschaft ist nicht nur eine Gesellschaft der Kreativität und Vitalität, sondern auch eine des Konflikts.

Copyright © 2009 Der Beauftragte des Senats  
von Berlin für Integration und Migration

<http://www.integrationsbeauftragter.berlin.de>

ISBN: 978-3-938352-38-0